

Zivilgesellschaftliche Akteure in erinnerungskulturellen Projekten

Alberding, Stephanie

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

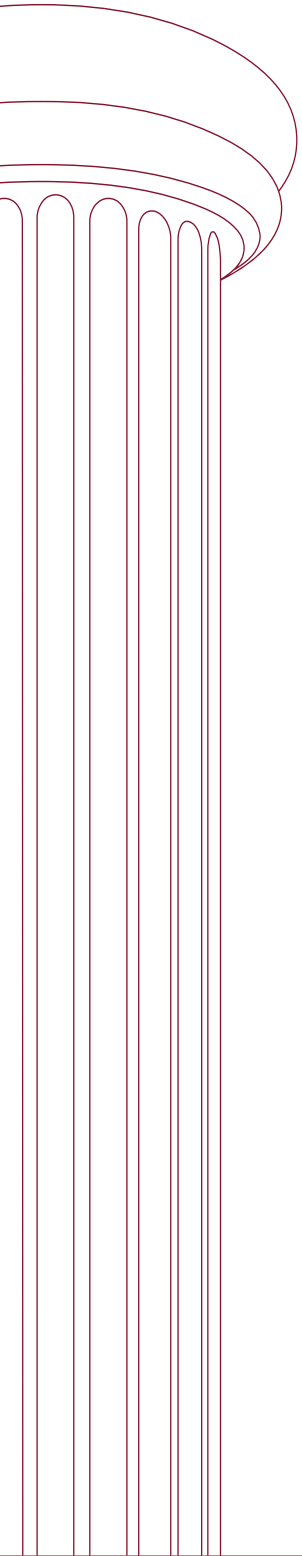
Alberding, S. (2017). *Zivilgesellschaftliche Akteure in erinnerungskulturellen Projekten*. (Opuscula, 102). Berlin: Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-54097-6>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0>



Stephanie Alberding

**Zivilgesellschaftliche Akteure
in erinnerungskulturellen Projekten**

Opusculum Nr. 102

September 2017

Die Autoren

Stephanie Alberding hat Mittlere und Neuere Geschichte, Theater- Film- und Fernsehwissenschaft und Deutsche Philologie an der Universität zu Köln studiert. In ihrer Magisterarbeit befasste sie sich mit der Neuen Wache im Nationalsozialismus. Ihr beruflicher Weg führte sie ins Stiftungswesen und später in Kommunikation: Nach einer Station in der Pressestelle des Jüdischen Museums Berlin ist sie aktuell als Kommunikationskoordinatorin beim Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) tätig. Daneben absolvierte sie seit 2011 den weiterbildenden Masterstudiengang Nonprofit-Management and Governance, den sie 2017 mit dem vorliegenden Text als Masterarbeit abschloss. Ihr wissenschaftliches Interesse gilt den Themen Erinnerungskultur, Nationalsozialismus und Stiftungswesen.

Das Maecenata Institut

Das **Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft, Berlin** wurde 1997 als unabhängige wissenschaftliche Einrichtung gegründet. Das Institut hat die Aufgabe, das Wissen über und das Verständnis für die Zivilgesellschaft und den sogenannten Dritten Sektor mit den Themenfeldern Bürgerschaftliches Engagement, Stiftungs- und Spendenwesen durch Forschung, akademische Lehre, Dokumentation und Information sowie den Austausch zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis zu fördern. Das Institut versteht sich als unabhängiger Think Tank.

Das Institut ist eine nicht rechtsfähige Einrichtung der Maecenata Stiftung (München) und hat seinen Arbeitssitz in Berlin.

Weitere Informationen unter: www.institut.maecenata.eu

Die Reihe Opuscula

Die **Reihe Opuscula** wird seit 2000 vom Maecenata Institut herausgegeben. Veröffentlicht werden kleinere Untersuchungen und Forschungsarbeiten sowie Arbeitsberichte aus Projekten des Instituts. Die Registrierung dieser in elektronischer Form erscheinenden Reihe unter der ISSN 1868-1840, sowie die Vergabe von Einzelkennungen (URNs) durch die Deutsche Nationalbibliothek sorgen für volle Zitierfähigkeit. Durch die Kooperation mit dem Social Science Open Access Repository (SSOAR) Projekt ist eine dauerhafte Verfügbarkeit aller Ausgaben mit fester URL-Adresse sichergestellt. Eine Übersicht der neuesten Exemplare ist auf der letzten Seite jeder Ausgabe zu finden.

Die gesamte Reihe *Opuscula* finden Sie zum kostenlosen Download unter:

<http://www.opuscula.maecenata.eu>

Impressum

Herausgeber

MAECENATA Institut
Rungestraße 17, D- 10179 Berlin,
Tel: +49-30-28 38 79 09,
Fax: +49-30-28 38 79 10,

E-Mail: mi@maecenata.eu

Website: www.maecenata.eu

Redaktion: Markus Edlefsen

ISSN (Web) 1868-1840

URN: urn:nbn:de:0168-ssoar-54097-6



Alle Rechte vorbehalten! Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Dieses Werk bzw. Inhalt steht unter einer [Creative Commons 3.0 Deutschland Lizenz](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/).

Die Beiträge geben ausschließlich die Meinung der Verfasserin bzw. des Verfassers wieder.

Haftungsausschluss: Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernimmt das Maecenata Institut keine Haftung für die Inhalte externer Links.

Für den Inhalt verlinkter Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Maecenata Institut, Berlin 2017

1. Einleitung: Thema, Thesen, Theorien	5
1.1 Zivilgesellschaft	6
1.2 Vom kommunikativen zum kulturellen Gedächtnis.....	8
2. Erinnerungskultur in Deutschland nach 1945	10
2.1 Erste Phase: Wiedergutmachung und Amnestie (1945-1957)	11
2.2 Zweite Phase: Kritik der Vergangenheitsbewältigung (1958-1984).....	11
2.3 Dritte Phase: Erinnerung und Kommemoration (seit 1985)	13
3. Erinnerungskulturelle Projekte und ihre zivilgesellschaftlichen Akteure	16
3.1 Das Jüdische Museum Berlin	16
3.1.1 Literatur	17
3.1.2 Hintergrund.....	18
3.1.3 Akteure.....	18
3.1.3.1 Gründung und Satzung.....	19
3.1.3.2 Repräsentanten	23
3.1.3.3 Charakter und Aktivitäten	25
3.1.4 Realisierung	29
3.2 Das Kunstprojekt <i>Stolpersteine</i>	30
3.2.1 Literatur	31
3.2.2 Hintergrund.....	32
3.2.3 Akteure.....	33
3.2.4 Kritik	38

3.3 Die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung	40
3.3.1 Literatur	41
3.3.2 Akteure	41
3.3.2.1 Der Bund der Vertriebenen	41
3.3.2.2 Erika Steinbach	46
3.3.2.3 Die Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen	47
3.3.3 Kritik	50
3.3.3.1 Legitimität des <i>BdV</i>	50
3.3.3.2 Alternative Entwürfe	51
3.3.4 Realisierung	54
 4. Fazit: Zivilgesellschaftliche Akteure in erinnerungskulturellen Projekten – ein Vergleich in zehn Thesen	 58
4.1 Thesen	59
4.2 Ausblick	72
 5. Quellenverzeichnis	 74
5.1 Print-Quellen	74
5.2 Online-Quellen	82
5.3 Unveröffentlichte Quellen	90
6. Abkürzungsverzeichnis	91

1. Einleitung: Thema, Thesen, Theorien

Eine Generation von Zeitzeugen der schwersten Verbrechen und Katastrophen in den Annalen der Menschheitsgeschichte beginnt nun auszusterben. 40 Jahre markieren eine Epochenschwelle in der kollektiven Erinnerung: wenn die lebendige Erinnerung vom Untergang bedroht und die Formen kultureller Erinnerung zum Problem werden.¹

Legt man diese Aussage zugrunde, so ist es wohl kein Zufall, dass sich die Erinnerungslandschaft in Deutschland und insbesondere in Berlin seit den späten 1980er Jahren grundlegend gewandelt hat. Leidenschaftlich und kontrovers wurde diskutiert, an was und an wen wie erinnert werden sollte. Der Zeitpunkt dieser Debatten hängt sicherlich auch mit dem Erlebnis der deutschen Wiedervereinigung zusammen, denn „Vergangenheits- oder Geschichtspolitik läuft [...] stets auf die Stabilisierung von Gesellschaften in krisenhaften Übergängen hinaus.“² Mittlerweile ist die Erinnerungskultur in Deutschland geprägt von „Pluralismus und Differenziertheit“ und ein „breites Spektrum von Denkmalsetzern und Widmungsgruppen erinnert an zentralen und dezentralen bzw. lokalen Orten an den Nationalsozialismus“.³ Darüber hinaus werden Denkmäler zunehmend auch über ihre „kommunikativen Funktionen für die Gesellschaft“ definiert, denn diese Diskurse sind auch „Strategien gegen das Vergessen“.⁴

Die vorliegende Arbeit nimmt eine bestimmte Gruppe von Akteuren in diesen erinnerungskulturellen Debatten in den Blick: die Zivilgesellschaft. Welche zivilgesellschaftlichen Organisationen werden in der Erinnerungskultur aktiv und wie? Welche Rolle spielen sie bei der Initiierung, Gestaltung und Verstetigung erinnerungskultureller Vorhaben? Um diesen Fragen auf den Grund zu gehen, werden drei Erinnerungsprojekte untersucht: das *Jüdische Museum Berlin*, das Kunstprojekt *Stolpersteine* und die *Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung*. Zunächst werden die Begriffe Zivilgesellschaft sowie kommunikatives und kulturelles Gedächtnis betrachtet. Was verbirgt sich hinter diesen Konzepten und inwiefern sind sie für diese Arbeit relevant? Schließlich wird noch ein Blick auf die Geschichte der Erinnerungskultur nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland geworfen, um die ausgewählten Projekte zu kontextualisieren. Danach werden die ausgewählten Beispiele im Hinblick auf ihre zivilgesellschaftlichen Akteure analysiert. Im Anschluss werden im Rahmen eines Vergleichs zehn Thesen formuliert, die Grundlage für weitere Forschung sein können. Auf diese Weise soll die Arbeit die erinnerungskulturelle Forschung um den Partizipant Zivilgesellschaft erweitern. Dabei soll überprüft werden,

¹ Assmann, Jan (1997): Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen. 2. Aufl. München: Beck, S. 11.

² Leggewie, Claus und Meyer, Erik (2005): „Ein Ort, an den man gerne geht“. Das Holocaust-Mahnmal und die deutsche Geschichtspolitik nach 1989. München: Hanser, S. 17.

³ Sommer, Brinda (2007): Gesellschaftliches Erinnern an den Nationalsozialismus: Stolpersteine wider das Vergessen. Berlin: Institut für Museumsforschung, S. 46.

⁴ Ebd., S. 63.

- (1) ob es sich bei den zivilgesellschaftlichen Akteuren größtenteils um Vereine und lose Zusammenschlüsse wie Bürgerinitiativen, also um Organisationsformen mit partizipatorischen Charakter, handelt,
- (2) in welchen Projektphasen diese Akteure besonders aktiv waren,
- (3) wie sie sich in die Projekte eingebracht haben und schließlich
- (4) ob es Hinweise darauf gibt, dass der zivilgesellschaftliche Rückhalt für das Gelingen zentraler erinnerungskultureller Projekte notwendig ist.

Bei der vorliegenden Arbeit handelt es sich um eine literaturbasierte Theoriearbeit. Der Forschungsstand ist dabei je nach Gedenkdebatte sehr unterschiedlich. Insofern stützt sich diese Arbeit methodisch auf Literaturanalyse sowie die Auswertung von Primärquellen, wie zum Beispiel Internetauftritte und Publikationen der zu untersuchenden Organisationen.

1.1 Zivilgesellschaft

Es gibt kaum einen Begriff in der jüngsten Geschichte, der so vielfältig und schillernd verwendet worden ist. Wir treffen hierbei auf eine Fülle von unterschiedlichen Akteuren, deren Zuordnung zur Zivilgesellschaft in einigen Fällen durchaus als kurios zu bezeichnen ist.⁵

Der hier zu untersuchende Akteur ist die Zivilgesellschaft. Nun hat dieser Begriff in den letzten Jahren nicht nur eine Konjunktur, sondern auch eine Reihe unterschiedlichster Definitionen erlebt. Aus diesem Grund bedarf es einer Klärung, was im Rahmen dieser Arbeit mit Zivilgesellschaft gemeint ist.⁶ Festzuhalten ist, dass der Begriff unterschiedlich verwendet wird, abhängig davon, welches Ziel der jeweilige Autor methodisch verfolgt. In der Begriffsverwendung der *Europäischen Union* wird der Zusammenhang zum Dritten Sektor deutlich, indem von „organisierter Zivilgesellschaft“ die Rede ist.⁷ In der wissenschaftlichen Verwendung unterscheidet man gemeinhin zwischen zwei Konzepten, die sich zum Teil auch überlappen: das deskriptiv-analytische Konzept und das normative Konzept. Der Historiker Dieter Gosewinkel führt die Schwierigkeiten bei der deskriptiv-analytischen Verwendung des Begriffs vor allem auf zwei Ursachen zurück: Zum einen hat Zivilgesellschaft als Begriff mit theoretischem Erklärungsanspruch eine lange Geschichte mit unterschiedlichsten Inhalten, ist aber in Deutschland ein recht neuer Neologismus. Zum anderen ist der Begriff aus verschiedenen Kulturkreisen entlehnt und als politischer Kampfbegriff entsprechend konnotiert.⁸

Hinzu kommt die normative Verwendung des Begriffs:

[So wird] ein normativ verstandenes Konzept von Zivilgesellschaft nicht nur von politischen Akteuren, sondern auch von den meisten wissenschaftlichen Autoren als ein Entwurf aufgefasst, der die Ordnung einer

⁵ Lauth, Hans-Joachim (2003): Zivilgesellschaft als Konzept und die Suche nach ihren Akteuren. In: Bauerkämper, Arnd (Hg.): Die Praxis der Zivilgesellschaft. Akteure, Handeln und Strukturen im internationalen Vergleich. Frankfurt/Main: Campus-Verlag, S. 31-56, S. 32.

⁶ Eine ausführliche Begriffsgeschichte würde hier den Rahmen ohne erkennbaren Erkenntnisgewinn sprengen.

⁷ Zitiert nach: Priller, Eckhard und Zimmer, Annette (2004): Gemeinnützige Organisationen im gesellschaftlichen Wandel. Ergebnisse der Dritte-Sektor-Forschung. Wiesbaden: VS, S. 26.

⁸ Gosewinkel, Dieter (2010): Zivilgesellschaft. In: Europäische Geschichte Online (EGO), 03.12.2010, Online im Internet: <http://ieg-ego.eu/de/threads/transnationale-bewegungen-und-organisationen/zivilgesellschaft/dieter-gosewinkel-zivilgesellschaft> [13.12.2016].

guten oder doch einer besseren Gesellschaft verkörpert. Dieser genuin normative Anspruch, der aus dem politischen Raum kommt, ist bei der Übertragung in die wissenschaftliche Sprache nicht aufgegeben worden und prägt auch hier die Begrifflichkeit. Daraus erwächst die spezifische Ambivalenz des Konzepts Zivilgesellschaft, einerseits als Instrument der Gesellschaftsanalyse, andererseits als normatives Ideal.⁹

Will man sich nun dem Begriff Zivilgesellschaft definitorisch nähern, lohnt es sich, zwischen Handlungs- und Bereichskonzept zu unterscheiden.¹⁰ Im Handlungskonzept werden die Begriffe Zivilgesellschaft und Bürgergesellschaft häufig synonym verwendet. Dem Handlungskonzept liegen „normative Grundannahmen über die Qualität sozialen Handelns bzw. eines gesellschaftlichen Zusammenhangs zugrunde.“¹¹ Insofern charakterisiert Zivilgesellschaft als normativ besetzter Begriff im Sinne von Bürgergesellschaft eine Gesellschaft als Ganzes, die „nach eigenem Selbstverständnis und tatsächlich vom Menschen her konzipiert ist“.¹² Im Gegensatz hierzu werden im Rahmen des deskriptiv-analytischen Bereichskonzeptes die Begriffe Bürgergesellschaft und Zivilgesellschaft ausdrücklich nicht synonym verwendet. So beschreibt der Begriff „Zivilgesellschaft den Teil einer Gesellschaft, der sich durch unterscheidbare [...] Kriterien von anderen Teilen, namentlich Staat und Markt, abhebt.“¹³ Zivilgesellschaft bezeichnet einen Teilbereich der Gesellschaft und neben Markt und Staat die dritte Arena des „kollektiven Handelns im öffentlichen Raum“.¹⁴ Zivilgesellschaft setzt sich vom Staat und der Familie durch eine bewusste und freiwillige Zugehörigkeit ab.¹⁵ Im Gegensatz zum Markt geht es beim Handeln in der Arena Zivilgesellschaft nicht primär um materielle Daseinsvorsorge bzw. Gewinn. Zivilgesellschaft stellt eine „Summe gesellschaftlicher Akteure im öffentlichen Raum“ dar, die trotz großer Unterschiede auch zahlreiche Gemeinsamkeiten aufweisen.¹⁶ Insofern geht der Begriff über das, was allgemein als Dritter Sektor bezeichnet wird, hinaus, da er neben den verhältnismäßig fest organisierten Institutionen auch eine Vielzahl loser organisierter Vereinigungen umfasst, „soweit diesen ein als gemeinschaftlich bestimmt erkennbares Handeln und einen außerhalb des rein persönlich-familiären Bereichs liegenden Wirkungskreis zugeordnet werden kann“.¹⁷ Daher eignet sich auch für diese Arbeit eher das Konzept der Zivilgesellschaft gegenüber dem des Dritten Sektors, da – wie eingangs erwähnt – die Vermutung nahe liegt, dass es häufig lose Verbindungen wie Bürgerinitiativen sind, die sich in der Erinnerungskultur engagieren. Ethische Leitbilder spielen als definitorische Merkmale keine Rolle, sondern sind eher Charakteristika einer gesellschaftlich

⁹ Ebd.

¹⁰ Sozialwissenschaftliche Ansätze bemühen sich um eine Kombination der beiden Konzepte. Danach herrscht im Bereich Zivilgesellschaft eine Art minimalistischer Verhaltenskonsens, der beispielsweise auf Toleranz und Fairness basiert. So lassen sich normative und deskriptive Ansätze zumindest teilweise vereinen. (Ebd.)

¹¹ Ebd.

¹² Strachwitz, Rupert Graf (2010): Zivilgesellschaft und Stadtentwicklung. In: Strachwitz, Rupert Graf u.a. (Hgg.): Stadtentwicklung, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement. Stuttgart: Lucius & Lucius, S. 279-302, S. 286.

¹³ Ebd.

¹⁴ Strachwitz, Rupert Graf (2014): Achtung vor dem Bürger. Ein Plädoyer für die Stärkung der Zivilgesellschaft. Freiburg im Breisgau: Herder, S. 23.

¹⁵ Ab hier bis 1.2 – sofern nicht anders angegeben: Strachwitz, Achtung vor dem Bürger, S. 74-87.

¹⁶ Ebd., S. 74.

¹⁷ Ebd.

erwünschten Zivilgesellschaft. Zivilgesellschaft setzt selbstermächtigtes Handeln ihrer Akteure und subjektiv empfundene Gemeinwohlorientierung voraus. Rupert Graf Strachwitz unterscheidet insgesamt sieben Funktionen, von denen zivilgesellschaftliche Organisationen in der Regel mehrere erfüllen: Themenanwaltschaftsfunktion, Wächterfunktion, politische Deliberationsfunktion, Selbsthilfefunktion, intermediäre Funktion, Dienstleistungsfunktion, Solidaritätsstiftungs- oder Geselligkeitsfunktion. Es ist zu erwarten, dass auch die hier untersuchten zivilgesellschaftlichen Akteure unterschiedliche Funktionen übernehmen. Sie sind in ihrem Handeln nicht in einem formalen Sinne durch einen demokratischen Prozess legitimiert, sondern durch ihr eigenes Gewissen. Im Folgenden wird der Begriff Zivilgesellschaft – Strachwitz folgend – im Sinne des oben erläuterten Bereichskonzeptes verwendet.

1.2 Vom kommunikativen zum kulturellen Gedächtnis

Unter dem Begriff des kulturellen Gedächtnisses fassen wir den jeder Gesellschaft und jeder Epoche eigentümlichen Bestand an Wiedergebrauchs-Texten, -Bildern und -Riten zusammen, in deren ‚Pflege‘ sie ihr Selbstbild stabilisiert und vermittelt, ein kollektiv geteiltes Wissen vorzugsweise (aber nicht ausschließlich) über die Vergangenheit, auf das eine Gruppe ihr Bewußtsein von Einheit und Eigenart stützt.¹⁸

Wer sich heute – und sei es nur am Rande – wissenschaftlich mit Erinnerungskultur in Deutschland auseinandersetzt, kommt an den Arbeiten der Kulturwissenschaftler Aleida und Jan Assmann nicht vorbei. Sie entwickelten seit den 1980er Jahren eine Theorie des kulturellen Gedächtnisses. Ausgehend von der Grundannahme der Existenz des kollektiven Gedächtnisses, die der französische Soziologe Maurice Halbwachs in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts entwickelte,¹⁹ differenzieren Aleida und Jan Assmann das kommunikative und das kulturelle Gedächtnis. Dabei stützen sie sich mit Halbwachs auf die Annahme, dass es so etwas wie individuelle Gedächtnisse nicht gibt, da Erinnerungen immer durch Kommunikation mit den Mitmenschen entstehen und stabilisiert werden.²⁰ Insofern sprechen sie selten vom individuellen Gedächtnis, das für sie vielmehr ein kommunikatives ist.²¹ Das kommunikative Gedächtnis beruht auf Alltagskommunikation und existiert zwischen den Angehörigen der lebenden Generationen und wird auch als ‚Kurzzeitgedächtnis der Gesellschaft‘ bezeichnet.²² „Das kommunikative Gedächtnis entsteht in einem Milieu räumlicher Nähe, regelmäßiger Interaktion, gemeinsamer Lebensformen und geteilter Erfahrungen.“²³ Das kulturelle Gedächtnis hilft einer Gesellschaft bei der Überbrückung der Generationsschwelle und wird

¹⁸ Assmann, Jan (1988): Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität. In: Assmann, Jan und Hölscher, Antonio (Hgg.): Kultur und Gedächtnis. Frankfurt/Main: Suhrkamp, S. 9-19, S. 15.

¹⁹ Halbwachs (1877-1945) verfasste dazu drei wegweisende Schriften: *Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen* (1925), *Stätten der Verkündigung im Heiligen Land. Eine Studie zum kollektiven Gedächtnis* (1941) sowie das nach seinem Tod im KZ Buchenwald veröffentlichte Werk *Das kollektive Gedächtnis*.

²⁰ Assmann, Aleida und Frevert, Ute (1999): Geschichtsvergessenheit – Geschichtsversessenheit. Vom Umgang mit deutschen Vergangenheiten nach 1945. Stuttgart: DVA, S. 36.

²¹ Ebd.

²² Assmann, Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität, S. 10 f.; Assmann und Frevert, Geschichtsvergessenheit - Geschichtsversessenheit, S. 37 f.

²³ Ebd., S. 36.

durch externe Medien und Institutionen gestützt.²⁴ Damit Erinnerungen des Gruppengedächtnisses über Generationsgrenzen hinweg weiter gegeben werden können, müssen sie nicht nur kommuniziert, sondern auch durch materielle Speicherung oder Formen von Praxis (zum Beispiel Riten und Feste) stabilisiert werden.²⁵ Doch ein kulturelles Gedächtnis entsteht nicht nur nachträglich mittels Sammlung und Konservierung, sondern auch durch gezielte Selektion.²⁶ Um das zu verdeutlichen differenzieren Aleida und Jan Assmann zwischen Speicher- und Funktionsgedächtnis. Im Speichergedächtnis werden die Erinnerungen zur Überlieferung mehr oder weniger unsystematisch gesichert. Es enthält anderes und mehr als das Funktionsgedächtnis und dient gewissermaßen als „Reservoir zukünftiger Funktionsgedächtnisse.“²⁷ Der wesentliche Unterschied ist, dass das Funktionsgedächtnis identitätsstiftend wirkt und das Speichergedächtnis nicht.²⁸ Man kann verschiedene Gebrauchsformen des Funktionsgedächtnisses unterscheiden, darunter Legitimation bzw. Delegitimation bestehender Machtverhältnisse sowie Distinktion.²⁹ Die Erinnerungskultur hat sich mittlerweile gewandelt: Heute unterliegt das kulturelle Gedächtnis nach Aleida Assmann nicht mehr der nachträglichen Sinnstiftung.³⁰ „Durch Strategien der ‚Aneignung und Historisierung‘ wird [heute] versucht, die Verbrechen des Nationalsozialismus‘ in das kulturelle Gedächtnis zu integrieren.“³¹

Im Rahmen dieser Arbeit wird es um die zivilgesellschaftlichen Akteure gehen, die sich an den Debatten um Erinnerungsprojekte beteiligen. Damit bewegt sich die Arbeit thematisch im Bereich des Funktionsgedächtnisses, indem sie den Fokus darauf legt, wer die zukünftig zu erinnernden Ereignisse eigentlich selektiert. Dabei muss eine Demokratisierung des Gedenkens mitgedacht werden:

In demokratischen Gesellschaften sind staatliche Denkmale keine Zeichensetzung des Herrschers zum Zwecke der Glorifizierung, sondern sie entstehen im öffentlichen Auftrag. Neben dem Staat als Denkmalschöpfer lassen auch nichtstaatliche Institutionen und Initiativen Denkmale errichten. Inhaltlich werden bestimmte Aspekte der Vergangenheit ausgewählt und aus einer spezifischen Perspektive interpretiert. Mit Hilfe dieser Interpretation wird versucht, gesellschaftliche Ansprüche der Gruppe in der Gegenwart und für die Zukunft durchzusetzen. Der kollektive Wille, welcher sich in diesen Denkmälern manifestiert, bezieht sich auf die Vision der entsprechenden Interessengemeinschaft.³²

²⁴ Ebd., S. 49.

²⁵ Ebd., S. 79.

²⁶ Assmann, Aleida (2006): Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik. München: Beck, S. 55.

²⁷ Assmann, Aleida (2010): Erinnerungsräume. Formen und Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses. 5. Aufl. München: Beck, S. 140.

²⁸ Ebd., S. 137. Das Funktionsgedächtnis umfasst „Speicherungsformen der Wiederholung (symbolische Praktiken)“, also Riten, Traditionen etc., und das Speichergedächtnis umfasst „Speicherungsformen der Dauer (materiale Formen)“, also Bücher, Bilder, Filme, Bibliotheken, Archive, etc.. (Assmann, Der lange Schatten, S. 58.)

²⁹ Assmann, Erinnerungsräume, S. 138 f. Unter Distinktion „sind alle symbolischen Äußerungsformen zu verstehen, die der Profilierung einer kollektiven Identität dienen.“ (Ebd., S. 139.) Auf die Erinnerung an den NS trifft dies nicht zu: Zwar können auch Momente der Niederlage ins kulturelle Gedächtnis integriert werden, doch dies geschah früher in der Regel nur, wenn diese Niederlage anschließend heroisiert werden konnte. In Bezug auf den NS ist dies jedoch nicht möglich, was wiederum die vielen sehr unspezifisch formulierten Denkmäler sowie die starke Konzentration auf den militärischen Widerstand erklärt. (Sommer, Gesellschaftliches Erinnern, S. 49.)

³⁰ Ebd.

³¹ Ebd., S. 69.

³² Ebd., S. 34.

Neben der Initiierung und Pflege von Denkmälern können zivilgesellschaftliche Organisationen institutionalisierte Kommunikation betreiben, die den Platz im kulturellen Gedächtnis sichert. Denkmäler und andere Monumente, Jubiläen und Rituale (zum Beispiel Gedenkveranstaltungen) bieten „Anlässe für spätere Generationen, ohne eigenen Erfahrungsbezug in eine gemeinsame Erinnerung hineinzuwachsen.“³³ Der hier betrachtete Fixpunkt ist im weitesten Sinne der Zweite Weltkrieg, der sowohl den Holocaust als auch die Vertreibung mit einschließt. Die *Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung* ist im Rahmen dieser Arbeit im erinnerungskulturellen Kontext auch deshalb besonders interessant, weil sie eine Gruppe in den Blick nimmt, die nicht zu den Verfolgten des NS-Regimes zählt. Beim Thema Flucht und Vertreibung handelt es sich um ein Beispiel für eine Erinnerung, „der vorerst eine institutionelle Grundlage fehlt, für die jedoch große Anstrengungen unternommen werden, sie über die Schwelle des Drei-Generationen-Gedächtnisses zu heben [...]“³⁴ Mit dem absehbaren Ende der NS-Zeitzeugenschaft befinden sich die genannten Ereignisse auf der Schwelle zwischen kommunikativem und kulturellem Gedächtnis. Dabei scheint die Aufnahme der Erinnerung an den Holocaust ins Funktionsgedächtnis gesichert.

*Die biographischen Erinnerungen der Überlebenden haben bisher mit den kulturellen Formungen konkurriert. Doch bald werden die kulturellen Formungen an Bedeutung gewinnen und die Instanzen des kulturellen Gedächtnisses die Erinnerung an die nationalsozialistische Geschichte gänzlich übernehmen. Ihre Aufgabe wird es sein, die Kommunikation über die nationalsozialistische Zeit anzuregen und zu stützen.*³⁵

Zu diesen Instanzen des kulturellen Gedächtnisses zählen dabei auch die zivilgesellschaftlichen Akteure. Indem diese im Rahmen der vorliegenden Arbeit in den Blick genommen werden, vollzieht sich gleichsam ein Perspektivwechsel, der die bisher schwerpunktmäßig betrachteten Felder der Literaturwissenschaftlerin Aleida Assmann und des Althistorikers Jan Assmann ergänzt. Einhergehend damit wird gezeigt, welchen Einfluss die Zivilgesellschaft auf die Gestaltung des kulturellen Gedächtnisses ausgeübt hat und weiterhin ausübt. Dabei hat man es heute in Deutschland mit der unüblichen Situation zu tun, dass ein beschämendes und unrühmliches Ereignis erinnert und zur Identitätsbildung herangezogen wird. Dies ist eine eher neue Entwicklung, die so direkt nach dem Krieg nicht absehbar war.

2. Erinnerungskultur in Deutschland nach 1945³⁶

*Die Erinnerung an die Verbrechen der Nationalsozialisten erhielt [...] die Bedeutung eines negativen Maßstabs, an dem die politische Kultur der Bundesrepublik zu messen ist. Das erklärt die hohe Verbindlichkeit dieser Erinnerung für die Konstruktion und Sicherung politischer und individueller Identität.*³⁷

Der Zugang zur Vergangenheit ist nicht allgemeingültig oder stabil, sondern wird von jeder Generation in neuer Perspektive entwickelt.³⁸ Konflikte und Reibungen, wie sie in den letzten

³³ Assmann, *Der lange Schatten*, S. 35.

³⁴ Ebd., S. 241.

³⁵ Sommer, *Gesellschaftliches Erinnern*, S. 28.

³⁶ Die DDR-Geschichte wird hier weitgehend ausgespart, da es dort vor allem eine staatlich verordnete Gedenkpoltik gab, deren Historie in diesem Kontext nicht weiterführend ist.

³⁷ Assmann und Frevert: *Geschichtsvergessenheit - Geschichtsversessenheit*, S. 143.

Jahren zu spüren waren, sind dabei typisch für einen Generationswechsel.³⁹ Das nun folgende Kapitel bietet einen Überblick über die deutsche Erinnerungsgeschichte nach 1945 und skizziert damit zugleich den historischen Kontext dieser Arbeit. Dabei folgt die Darstellung in ihrer Struktur den drei Phasen, die Aleida Assmann definiert hat.⁴⁰

2.1 Erste Phase: Wiedergutmachung und Amnestie (1945-1957)

Unmittelbar nach Kriegsende gab es in der deutschen Bevölkerung wenig Interesse an Gedenkstätten und Mahnmalen, die an die NS-Verbrechen erinnerten, für die es zu diesem Zeitpunkt nicht einmal einen Namen gab. Das „repressive und komplizitäre Beschweigen der historischen Schuld“ hielt zum Teil sogar bis in die 1960er Jahre an.⁴¹ Die beherrschenden Themen waren Wiedergutmachung und Amnestie.⁴² 1945 sahen sich die meisten Deutschen zunächst in der Opferrolle und so entstanden beispielsweise Mahnmale zur Erinnerung an die Zivilbevölkerung, die bei den Bombenangriffen ums Leben gekommen war.⁴³ Nur in der Opferrolle konnte man sich schon früh und intensiv erinnern: Flüchtlinge und Vertriebene schlossen sich schnell in Verbänden zusammen und veranstalteten große Kundgebungen.⁴⁴ Aber auch die NS-Opfer organisierten sich schon früh: So wurde 1945 der Ausschuss *Opfer des Faschismus (OdF)* und 1947 die *Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN)* gegründet.⁴⁵ Die ersten Initiativen zur Bewahrung historischer Orte gingen von Überlebenden aus, die dort regelmäßig Gedenkveranstaltungen abhielten.⁴⁶ Sie wurden zu frühen Denkmalssetzern und widmeten ihren toten Leidensgenossen Gedenk- und Grabsteine.⁴⁷ In den folgenden Jahrzehnten entstand sukzessiv eine komplexe Gedenkstättenlandschaft.

2.2 Zweite Phase: Kritik der Vergangenheitsbewältigung (1958-1984)

Diese Phase bezeichnet Assmann als „Kritik der Vergangenheitsbewältigung“.⁴⁸ Sie beginnt mit der Einrichtung der zentralen Stelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen in Ludwigsburg und umfasst große und wichtige Gerichtsprozesse, darunter die Auschwitz-Prozesse und den Eichmann-Prozess.⁴⁹ Zudem fällt die Verjährungs-Debatte in diesen Zeitraum.⁵⁰ Gleich-

³⁸ Assmann, *Der lange Schatten*, S. 27.

³⁹ Ebd.

⁴⁰ Assmann und Frevert: *Geschichtsvergessenheit - Geschichtsversessenheit*, S. 144 f.

⁴¹ Assmann, *Der lange Schatten*, S. 27.

⁴² Assmann und Frevert: *Geschichtsvergessenheit - Geschichtsversessenheit*, S. 145.

⁴³ Ebd., S. 158 f.; Sommer, *Gesellschaftliches Erinnern*, S. 37.

⁴⁴ Assmann und Frevert: *Geschichtsvergessenheit - Geschichtsversessenheit*, S. 208.

⁴⁵ Die VVN wurde 1952 in der DDR aufgelöst und ihre Aufgaben von staatlichen Organen übernommen. (Sommer, *Gesellschaftliches Erinnern*, S. 37.)

⁴⁶ Endlich, Stefanie (2009): *Orte des Erinnerns – Mahnmale und Gedenkstätten*. In: Reichel, Peter u.a. (Hgg.): *Der Nationalsozialismus – Die zweite Geschichte. Überwindung – Deutung – Erinnerung*. Bonn: Bpb, S. 350 – 377, S. 350.

⁴⁷ Sommer, *Gesellschaftliches Erinnern*, S. 37.

⁴⁸ Assmann und Frevert: *Geschichtsvergessenheit - Geschichtsversessenheit*, S. 145.

⁴⁹ Ebd.

⁵⁰ Ebd.

zeitig war dies die Zeit der Kritik an der bisherigen Vergangenheitsbewältigung.⁵¹ Wesentlich geprägt wurde der öffentliche Diskurs von den sogenannten 68ern, die das Schweigen brachen.

Diese Generation brachte nicht nur die kritische Thematisierung der deutschen Schuld in Gang, sondern war auch führend beteiligt bei der Errichtung von Monumenten, der Konzeption von Ausstellungen in den Museen, der Produktion von Filmen und anderen Formen öffentlicher Erinnerungskultur.⁵²

Der Kalte Krieg hinterließ ebenfalls seine Spuren in der westdeutschen Erinnerungskultur. Durch die Festlegung neuer Feindbilder bzw. die Festigung subtiler Feindbilder wurde die eigene NS-Täter-Rolle verdrängt.⁵³ Die Schuld wurde auf eine kleine Gruppe NS-Verbrecher abgewälzt und die DDR als NS-ähnlicher Terrorstaat gebrandmarkt.⁵⁴ Die Inschriften an Denkmälern für NS-Opfer waren meist vage formuliert und konnten so auch als „Bestätigung eigener Leidenserfahrungen und als Mahnzeichen gegen den Totalitarismus generell gesehen werden.“⁵⁵ Schnell widmete sich die BRD der Heroisierung des militärischen und konservativen Widerstands und blendete linke Widerstandskämpfer weitestgehend aus.⁵⁶ Offizielle Staatsakte fanden an einem Gedenkstein in Bonn statt.⁵⁷ Seit Ende der 1970er Jahre entstanden neben den wenigen frühen Gedenkstätten zahlreiche weitere Einrichtungen.⁵⁸ „Der Anstoß kam von Jugendverbänden, gewerkschaftlichen oder kirchlichen Gruppen, die sich gemeinsam mit Überlebenden für Recherchen und Sichtbarmachung der historischen Orte engagierten.“⁵⁹ Damit zeigt sich schon die Bedeutung der Zivilgesellschaft in diesem Zusammenhang. Geschichtswerkstätten entstanden und führten Ausgrabungen, Renovierungen und Restaurierungen durch: Lokalgeschichte wurde in den Blick genommen und das Ergebnis der Recherchen in alternativen Stadtführern und Ausstellungen der Öffentlichkeit präsentiert.⁶⁰ Durch die Ausstrahlung des US-Fernsehfilms *Holocaust* (1979) begannen viele, sich mit dem Schicksal der Juden zu befassen.⁶¹ Die Akteure dieser „Bewegung der Geschichte ‚von unten‘“ waren hauptsächlich die zweite und die dritte Generation nach dem NS.⁶² Seit 1981 koordinierte die Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste⁶³ ein „kommunikatives Netz zentraler und dezentraler Gedenkstättenarbeit“. ⁶⁴ Diese Auseinandersetzung förderte

⁵¹ Ebd.

⁵² Assmann, *Der lange Schatten*, S. 27.

⁵³ Endlich, *Orte des Erinnerns*, S. 361.

⁵⁴ Ebd.

⁵⁵ Ebd. Häufig gab es einfach ergänzende Inschriften an bereits bestehenden Kriegerdenkmälern des Ersten Weltkrieges. (Ebd., S. 362.)

⁵⁶ Ebd., S. 362.

⁵⁷ Ebd.

⁵⁸ Endlich, *Orte des Erinnerns*, S. 362.

⁵⁹ Ebd.

⁶⁰ Sommer, *Gesellschaftliches Erinnern*, S. 42 f.

⁶¹ Ebd., S. 42.

⁶² Ebd., S. 43.

⁶³ Die Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste ist zumindest aktuell in der Form eines eingetragenen Vereins organisiert. (O.A. (Ohne Datum): Impressum - Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, Online im Internet: <https://www.asf-ev.de/de/meta/impressum.html> [06.12.2016].)

⁶⁴ Endlich, *Orte des Erinnerns*, S. 363.

viele Facetten der NS-Verbrechen zutage.⁶⁵ Insbesondere in den Anfangsjahren traf das Engagement unter dem Vorwurf der ‚Nestbeschmutzung‘ oft auf Widerstände in Politik und Medien.⁶⁶

2.3 Dritte Phase: Erinnerung und Kommemoration (seit 1985)

Die dritte und vorerst letzte Phase der Erinnerungsgeschichte steht im Zeichen von Erinnerung und Kommemoration.⁶⁷ So ist es kein Zufall, dass alle hier untersuchten Projekte in dieser Phase realisiert wurden (auch wenn das *Jüdische Museum Berlin* schon früher initiiert wurde). Nun hatte sich die Gesellschaft auch von Konzepten wie Vergangenheitsbewältigung und Wiedergutmachung losgesagt.⁶⁸ An ihre Stelle trat immer offensichtlicher die Vergangenheitsbewahrung: „Sie beginnt mit der Einsicht in die Unbeendbarkeit der Schuld und die Irreparabilität des Schadens, für den es keine Wiedergutmachung und Versöhnung gibt, nur die Solidarität in der Erinnerung.“⁶⁹ Die Zahl der Denkmäler, die an den Holocaust erinnern, ist seit den frühen 1980er Jahren sprunghaft gestiegen. Zudem hat sich auch der „Kreis der Denkmalsetzer und der Widmungsgruppen verbreitert und differenziert“:⁷⁰ Roma und Sinti, Menschen mit Behinderungen, Homosexuelle und der kommunistische Widerstand forderten zunehmend ihre Anerkennung als Verfolgte und Entschädigung und schlossen sich zum Teil zu Selbsthilfegruppen zusammen.⁷¹ Der „Denkmalboom“ der 1980er Jahre ging auch mit der Wiederentdeckung historischer Orte und damit „einer entscheidenden Erweiterung und Präzisierung der Denkmaltopographie“ einher.⁷² Die symbolisch-rituelle Zeichensetzung sowie die öffentlichen Medien gewannen an Bedeutung, obwohl die Opfer-Entschädigung und die strafrechtliche Verfolgung der Täter noch nicht abgeschlossen waren.⁷³

Die Rede Richard von Weizsäckers 1985, in der er den Tag des Kriegsendes als „Tag der Befreiung“ bezeichnete, bedeutete 15 Jahre nach dem – damals noch geschmähten – Kniefall Willy Brandts eine Zäsur im öffentlichen Gedenken.⁷⁴

Mit der Einrichtung des Dokumentationszentrums *Topographie des Terrors* am historischen Ort von Gestapo, SS und Sicherheitsdienst 1987 kamen die Täter sowie die strukturellen Voraussetzungen für den Holocaust in den Blick.⁷⁵ In den 1980er Jahren entwickelten sich in den alten Bundesländern und in West-Berlin zahlreiche nicht-jüdische Bürgerinitiativen, die

⁶⁵ Ebd.

⁶⁶ Ebd.

⁶⁷ Assmann und Frevert: Geschichtsvergessenheit - Geschichtsversessenheit, S. 145 f.

⁶⁸ Ebd., S. 146.

⁶⁹ Ebd.

⁷⁰ Spielmann, Jochen (1991): DENK-MAL-PROZESSE. Eine Bilanz der in den achtziger Jahren mit Denkmälen geführten Auseinandersetzungen über den Nationalsozialismus. Berlin: Selbstverlag, S. 11.

⁷¹ Hierzu zählen die *Interessengemeinschaft ehemaliger Zwangsarbeiter unter dem NS-Regime* (1986) und die *„Euthanasie“-Geschädigten und Zwangssterilisierten* (1987). (Sommer, Gesellschaftliches Erinnern, S. 43 f.)

⁷² Sommer, Gesellschaftliches Erinnern, S. 44.

⁷³ Assmann und Frevert: Geschichtsvergessenheit - Geschichtsversessenheit, S. 145.

⁷⁴ Endlich, Orte des Erinnerns, S. 363.

⁷⁵ Ebd., S. 365 f.

sich für die Erinnerung an die verfolgten und ermordeten Juden einsetzten und zahlreiche kleinere und größere Gedenkprojekte initiierten.⁷⁶ Darüber hinaus holte eine Folge von Gedenktagen die Vergangenheit wieder in den öffentlichen Fokus.⁷⁷ In den 1980er und 1990er Jahren kam es zu kontroversen Diskussionen, die nicht nur in Fachkreisen geführt wurden.⁷⁸ Zudem fand mit Filmen wie *Schindlers Liste* (1993) die „Fiktionalisierung des Holocaust“ statt.⁷⁹

Die nächste Zäsur folgte mit dem Mauerfall 1989: Bisher hatten beide deutsche Staaten keine eigene nationale Erinnerungspolitik entwickeln können, sondern bauten ihre Erinnerungen im Referenzrahmen der West- bzw. Ostmächte auf.⁸⁰ Nach dem Mauerfall und mit dem Verschwinden der Ost-West-Grenze ging somit eine „Ära eingefrorener Erinnerungen“ zu Ende, die Gedächtnisrahmen verschoben sich wieder und die Verknüpfung von Erinnerung und Identität gewann eine neue Aktualität.⁸¹ Die DDR-Gedenkstättengestaltung erlebte eine Legitimitätskrise und auch die Rolle des Bundes musste neu definiert werden.⁸²

Die frühen 1990er Jahre brachten auch auf einer anderen Ebene tiefgreifende Veränderungen in die deutsche Erinnerungskultur: Berlin wurde zur neuen Hauptstadt und zum Regierungssitz. Damit einher ging eine zentralere Bedeutung Berlins und seiner Erinnerungslandschaft.

*Einerseits hatte sich seit den 1980er Jahren ein von den Orten des historischen Geschehens ausgehendes, dialogisch angelegtes Netzwerk von Erinnerungsstätten zu unterschiedlichen Themen der nationalsozialistischen Verfolgung herausgebildet. Andererseits wurden nun einzelne Orte als ‚zentral‘ hervorgehoben, mit dem Status einer ‚nationalen Bedeutung‘ versehen und in eine politisch definierte Rangfolge eingeordnet.*⁸³

Schon geplante lokale Berliner Projekte gewannen an Wichtigkeit oder veränderten ihre Bedeutung und neue Projekte kamen aufgrund der zentralen Bedeutung Berlins hinzu.⁸⁴ Die Erinnerungslandschaft Berlins unterscheidet sich wesentlich von der Bonns:

Während sich in Bonn der Verzicht aufs Nationale ausdrückte, wird in Berlin in großem Stil die Nation re-inszeniert. Die Nation will nicht nur imaginiert, sie will auch repräsentiert sein: durch Ideen, Mythen, Erzählungen, Symbole und nicht zuletzt durch die Architektur ihrer neuen Hauptstadt. Der Wandel des deut-

⁷⁶ Dazu zählen die sogenannte Spiegelwand in Steglitz, die Schilder-Installation in Schönebergs Bayerischem Viertel, das *Gleis 17* im Grunewald und auch das *Holocaust-Mahnmal*. (Neumärker, Uwe (2009): *Monumente und Stolpersteine. Erinnerungslandschaft Berlin*. In: *Dachauer Hefte* 25/2009, S. 206-213, S.209.)

⁷⁷ 1985: 40 Jahre Kriegsende, 1988: 50 Jahre Novemberpogrome, 1989: 50 Jahre Kriegsbeginn. (Assmann, Der lange Schatten, S. 103.)

⁷⁸ So beispielsweise der Historiker-Streit (ab 1986) die Wehrmachtausstellung (ab 1995) und die Goldhagen-Debatte (ab 1996). (Assmann und Frevert: *Geschichtsvergessenheit - Geschichtsversessenheit*, S. 258 ff.)

⁷⁹ Ebd., S. 284 ff.

⁸⁰ Assmann, *Der lange Schatten*, S. 113.

⁸¹ Assmann, *Erinnerungsräume*, S. 62; Assmann, *Der lange Schatten*, S. 113.

⁸² Endlich, *Orte des Erinnerns*, S. 365-368.

⁸³ Ebd., S. 368.

⁸⁴ Hierzu zählt zum Beispiel die *Neue Wache*, die seit den 1930er Jahren als Denkmal fungierte und mit den diversen Systemwechseln zugleich ihre Bedeutung und ihre Widmung änderte. Bundeskanzler Helmut Kohl ließ sie als zentralen Gedenkort in Berlin umgestalten. Sowohl die gewählte Statue – eine vergrößerte Pietà der Künstlerin Käthe Kollwitz, die als christlich konnotierte Figur für das Gedenken an jüdische Opfer ungeeignet erscheint – als auch die pauschale Widmung „Den Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft“ waren dabei Grund von Diskussionen und Kritik. (Endlich, *Orte des Erinnerns*, S. 369; Neumärker, *Monumente*, S. 210.)

schen Geschichtsbewußtseins und die Zunahme an Geschichtsbedarf sind derzeit in nichts so anschaulich wie in der Architektur beider Städte bzw. im Umgang mit ihr.⁸⁵

Weitere wichtige Erinnerungsorte, die seit den 1990ern entstanden, sind die Gedenkstätte *Haus der Wannseekonferenz* (1992) sowie die *Dokumentationszentren Obersalzberg* (1999), das *Reichsparteitagsgelände* (2001) und das *Jüdische Museum Berlin* (Eröffnung 2001). Der Bau des *Holocaust-Mahnmals* (Eröffnung 2005) wurde 1999 beschlossen und fällt damit ebenfalls in diese prägende Zeit der 1990er Jahre, in denen alle großen Einrichtungen wesentliche Veränderungs- und Neuerungsprozesse erfuhren.⁸⁶ Die Neukonzeptionen der 1990er Jahre bezogen bislang vergessene Opfergruppen ein und reflektierten in der Regel auch die Geschichte der Gedenkort.⁸⁷ „Nach 1989 wurde außerdem eine Vielzahl kleinerer aktiver NS-Gedenkstätten eingerichtet, deren Entstehungsgeschichte [...] schon lange zuvor mit Initiativen von Bürgergruppen und Überlebenden begonnen“ hatte.⁸⁸ Hier wird die Bedeutung der Zivilgesellschaft für die Initiierung erinnerungskultureller Projekte und Einrichtungen deutlich. Das zeigt sich auch am *Denkmal für die ermordeten Sinti und Roma* sowie am *Denkmal für die im NS verfolgten Homosexuellen*, die in unmittelbarer Nähe zum *Holocaust-Mahnmal* entstanden sind und von derselben Bundesstiftung getragen werden:

Im Gegensatz zur Neuen Wache waren alle drei nationalen Denkmäler [...] nicht staatlich verordnet. Während das Holocaustmahnmal von engagierten Bürgern gefordert und gewissermaßen erkämpft wurde, gehen das Roma- und das Homosexuellendenkmal auf Anregungen entsprechender Interessenverbände zurück. Allen drei ist gemeinsam, dass sich der Bund dieser Projekte annahm, ihre Errichtung finanzierte und ihren Unterhalt sicherstellt.⁸⁹

Selbstverständlich ließen sich die Opfergruppen auch immer weiter ausdifferenzieren, wie die Forderung nach einem Denkmal für gehörlose jüdische Ermordete zeigt.⁹⁰ Von der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet steht ein Erinnerungsort für die Opfer der sogenannten T4-Aktion in der Diskussion.⁹¹ Diese Opfergruppe und die sie umgebenden historischen Zusammenhänge sind jedoch in der breiten Öffentlichkeit wenig bekannt. „Dieses Wissensdefizit, vor allem aber das Fehlen einer bürgerschaftlichen Unterstützung oder gar einer Lobby unterscheidet solche denkbaren Gedenkzeichen von den erfolgreichen Umsetzungen.“⁹² So

⁸⁵ Assmann, Aleida (2007): *Geschichte im Gedächtnis. Von der individuellen Erfahrung zur öffentlichen Inszenierung*. München: Beck, S. 111.

⁸⁶ Endlich, *Orte des Erinnerns*, S. 368-371. Die Vermittlungsarbeit wurde überdacht, und zunehmend setzten die Pädagogen und Kuratoren auf „dialogisch und multiperspektivisch angelegte Angebote.“ (Ebd., S. 371.)

⁸⁷ Ebd., S. 372.

⁸⁸ Ebd., S. 372 f.

⁸⁹ Neumärker, *Monumente*, S. 211.

⁹⁰ Ebd.

⁹¹ Die im Kontext des Holocaust zentrale Opfergruppe der Patienten aus Heil- und Pflegeanstalten spielt im öffentlichen Gedenken nur eine marginale Rolle. Planungs- und Organisationsort dieses Massenmords, der auch als Testlauf für den Holocaust bezeichnet wird, ist die Berliner Tiergartenstraße 4. Hier befindet sich heute die Philharmonie. Das Land Berlin plant eine städtebauliche Neufassung des Geländes und wieder ist es ein Opferverband als Teil der Zivilgesellschaft, der sich maßgeblich einbringt: „Der Bund der „Euthanasie“-Geschädigten und Zwangssterilisierten e.V. als Opferorganisation fordert, dass zum einen der historische Ort sichtbar gemacht und zum anderen über Täter, ihre Organisation und die Opfer in ganz Europa sowie die (kaum erfolgte) Strafverfolgung der Mörder nach 1945 aufgeklärt werden müsse. Die Tiergartenstraße 4 sei ein Ort der Täter und kein Gedenkort; sie bietet den Opfern keinen Ort des Trauerns. Dagegen steht die Ansicht, dass der Ort bereits als Gedenkort genutzt werde und ein angemessenes Denkmal dem lediglich Rechnung trüge.“ (Ebd., S. 212.)

⁹² Ebd.

hängt die öffentliche Anerkennung der einzelnen Opfergruppen auch immer eng mit einer vorhandenen Interessenvertretung in Form von zivilgesellschaftlichen Opferverbänden und Initiativen zusammen.

Seit Mitte der 1990er Jahre zeigt sich zunehmend eine Akzeptanz der „deutschen Opfererfahrung im öffentlichen Erinnerungsdiskurs“. ⁹³ Zudem trat international die Phase der Institutionalisierung ein, in der Institutionen das kulturelle Gedächtnis sichern. ⁹⁴

Institutionen festigen das kulturelle Gedächtnis nicht nur dadurch, dass sie Orte sichern, materielle Spuren sammeln, Erinnerungen aufzeichnen und Repräsentationen ausstellen, sondern auch dadurch, dass sie viele unzusammenhängende Informationen bündeln und als anzueignendes Wissen bereitstellen. Sie wählen Informationen aus, verdichten sie durch wertende Deutung und stabilisieren sie zu Gedächtnisinhalten. Institutionen heben Informationen auf eine neue Stufe. ⁹⁵

Die Zukunft der Erinnerung an den Holocaust hängt maßgeblich von diesen Organisationen ab und „ist so dauerhaft, wie die Strukturen dieser Institutionen stabil sind.“ ⁹⁶ Hier könnte ein Grund dafür liegen, dass viele der hier als Beispiel herangezogenen Projekte schließlich in der Gründung einer Stiftung öffentlichen Rechts mündeten. Ein monumentales Denkmal wie das *Holocaust-Mahnmal* steht dabei ebenfalls für diese Art der Beständigkeit. ⁹⁷ „Der Institutionalisierung geht ein Deutungsprozess und Deutungskampf voraus, denn es bedarf zunächst einer Entscheidung, welche Erinnerung auf die Stufe der Institutionalisierung zu heben ist.“ ⁹⁸

3. Erinnerungskulturelle Projekte und ihre zivilgesellschaftlichen Akteure

Im Folgenden sollen die zivilgesellschaftlichen Akteure, die sich an den ausgewählten erinnerungskulturellen Projekten beteiligten bzw. beteiligen untersucht werden.

3.1 Das Jüdische Museum Berlin

Das *Jüdische Museum Berlin* (JMB) kann – darauf hat die Kunsthistorikerin Stefanie Endlich hingewiesen – aufgrund seiner symbolträchtigen Architektur als Denkmal angesehen werden. ⁹⁹ Der *Holocaust-Turm*, die unterirdischen Achsen, die Leerstellen – Voids genannt – der *Garten des Exils* und der glänzende gezackte Bau, der an einen zerbrochenen David-Stern erinnert: Daniel Libeskind's Entwurf ¹⁰⁰ war sogar so inhaltsvoll, dass einer der Initiatoren des Museums zeitweise der Ansicht war, das Bauwerk könne das geplante *Holocaust-Mahnmal*

⁹³ Assmann, *Der lange Schatten*, S. 184.

⁹⁴ Ebd., S. 239.

⁹⁵ Ebd.

⁹⁶ Ebd., S. 240.

⁹⁷ Ebd.

⁹⁸ Ebd.

⁹⁹ Endlich, *Orte des Erinnerns*, S. 368 f.

¹⁰⁰ Der jüdisch-amerikanische Architekt Daniel Libeskind entwarf den Neubau, der ursprünglich als Erweiterungsbau für das *Berlin Museum* bzw. *Stadtmuseum* vorgesehen war und heute zusätzlich zum sogenannten Altbau (Kollegienhaus) das *Jüdische Museum Berlin* beherbergt.

ersetzen.¹⁰¹ Dieser Eindruck stärkt den Status des *JMB* als erinnerungskulturelles Projekt. Darüber hinaus bezeichnet Katrin Pieper das *JMB* als „Memory Museum“, dessen Eigenschaft die „Funktionalisierung der Präsentation zur Formulierung gegenwärtiger gesellschaftlicher oder politischer Ziele mit Verweis auf die Vergangenheit“ sei.¹⁰² Der nationale Status sowie die Bekanntheit als Architekturikone und Gedenkort in der Hauptstadt führten dazu, dass sich das Museum in einem „öffentlichen Spannungsfeld der Geschichtsdebatten und offiziellen Erinnerungskultur“ befinde.¹⁰³ Pieper bezeichnet Jüdische Museen auch als „Mahnmale und ‚Gedächtnisstellvertreter‘ der deutschen Nation“.¹⁰⁴

3.1.1 Literatur

Den umfangreichsten und aktuellsten Überblick über die Vorgeschichte des *JMB* bietet das Werk *Von der Hauptstadtposse zur Erfolgsgeschichte* (2014) des Historikers Daniel Bussenius. Er stützt sich vor allem auf Interviews, biographische Zeugnisse, Presse sowie Unterlagen der Kulturverwaltung. Diese Rekonstruktion der Konflikte und Debatten, die schließlich in der Gründung des Museums mündeten, ist die wichtigste und ausführlichste Grundlage für dieses Kapitel. Auch Pieper hat die Initiierungsphase des *JMB* genauer untersucht und mit der des *United States Holocaust Memorial Museums* in Washington D.C. verglichen. Während sie detailliert auf die ausstellungskonzeptionellen und inhaltlichen Debatten eingeht, widmet sich Bussenius schwerpunktmäßig den örtlichen und administrativen Streitpunkten. Des Weiteren wurden für dieses Kapitel Quellen herangezogen, die während der Initiierungsphase entstanden sind, darunter die umfangreiche Dokumentation *Das Jüdische Museum im Stadtmuseum Berlin* von Martina Weinland und Kurt Winkler, das 1997 vom *Verein der Freunde und Förderer des Stadtmuseums* herausgegeben wurde. Bussenius hat darauf hingewiesen, dass das zweisprachige Werk mit Einführung und zahlreichen abgedruckten Dokumenten eine Stärkung des integrativen Konzeptes zum Ziel hatte.¹⁰⁵ Er hat für diese Arbeit außerdem seine Aufzeichnungen zu seinem Gespräch mit Hanns-Peter Herz, dem mittlerweile verstorbenen langjährigen Vorsitzenden der *Gesellschaft für ein Jüdisches Museum in Berlin e.V.* (im Folgenden *Gesellschaft*), zur Verfügung gestellt. Fast alle Texte zur Entstehung des *JMB* räumen der *Gesellschaft* einen Platz ein, wenn auch mit sehr unterschiedlicher Schwerpunktsetzung.

¹⁰¹ Bussenius, Daniel (2014): *Von der Hauptstadtposse zur Erfolgsgeschichte. Die Entstehung des Jüdischen Museums Berlin 1971–2001*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 62 f.

¹⁰² Pieper, Katrin (2006): *Die Musealisierung des Holocaust. Das Jüdische Museum Berlin und das U.S. Holocaust Memorial Museum in Washington D.C.*. Köln: Böhlau, S. 327.

¹⁰³ Ebd.

¹⁰⁴ Ebd., S. 329.

¹⁰⁵ Dafür spricht in seinen Augen die Auswahl der erläuterten Stationen und Dokumente, die zum Teil zentrale Momente und Texte außer Acht lässt. (Bussenius, *Hauptstadtposse*, S. 122 f.)

3.1.2 Hintergrund

„Museumsrealisierungen sind keine gradlinigen Prozesse, sondern entwickeln zumeist eine Eigendynamik, sodass die Planungsvorlage bei der Initiative kaum mit dem letztendlich eröffneten Museum kongruent ist.“¹⁰⁶ Das gilt auch für das *JMB*. Seine Entstehungsgeschichte umfasst mehrere Jahrzehnte und ist geprägt von grundsätzlichen Auseinandersetzungen und Konzeptdebatten. So war die Beziehung zwischen dem stadthistorischen *Berlin Museum* und dem *Jüdischen Museum*, das im Rahmen des sogenannten integrativen Konzeptes bzw. Integrationsmodells nur eine Abteilung bzw. ein Museum im Museum werden sollte, lange unklar. Selbst zum integrativen Konzept gab es unterschiedliche Auffassungen.¹⁰⁷ Diese Differenzierung hier genauer auszuführen, würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen. Daher wird lediglich festgehalten, dass man lange davon ausging, dass das *Jüdische Museum* in irgendeiner Weise – sei es inhaltlich, räumlich oder organisatorisch – mit dem *Berlin Museum* bzw. dem *Stadtmuseum* verbunden sein würde. So werden die Begriffe Integrationsmodell und -konzept sowie integratives Modell bzw. Konzept hier synonym verwendet, um diese konzeptionelle Verbundenheit auszudrücken. Zwar wird die Debatte um das *JMB* häufig als Autonomiestreit bezeichnet, doch das greift nach Pieper zu kurz, da die Streitigkeiten verschiedene Ebenen hatten: die administrative, die inhaltliche und die persönliche.¹⁰⁸ Es gab Diskussionen um die Symbolik des Libeskind-Entwurfs, das Ausstellungskonzept, die Standortoptionen sowie widerstreitende Interessen in der *Jüdischen Gemeinde*. Die Wiedervereinigung stellte alle getroffenen Entscheidungen erneut in Frage.¹⁰⁹ Endpunkt der Auseinandersetzungen war schlussendlich die Eröffnung des *JMB* im September 2001. Heute besteht das Museum als öffentlich-rechtliche Stiftung unabhängig vom *Stadtmuseum*. Seit der Übernahme der Länderstiftung durch den Bund widmet sich das Museum der jüdischen Geschichte ganz Deutschlands. Maßgeblich zu verdanken ist die heutige Bedeutung dem Gründungsdirektor W. Michael Blumenthal.

3.1.3 Akteure

Im Folgenden werden der Verein *Gesellschaft für ein Jüdisches Museum in Berlin e.V.*, dessen Gründungsgeschichte und seine Repräsentanten näher betrachtet.

¹⁰⁶ Pieper, *Musealisierung*, S. 317.

¹⁰⁷ Ebd., S. 230 ff. So „existierte eine deutliche konzeptionelle Opposition zwischen dem „Integrationsmodell“ der 1980er Jahre und dem „Integrativen Konzept“, das nach der Entscheidung für den architektonischen Entwurf von Libeskind von Mitarbeitern des Stadtmuseums sowie der anderen Trägergruppen – der Repräsentanten der Jüdischen Gemeinde zu Berlin und der „Gesellschaft für ein Jüdisches Museum“ – ausgearbeitet wurde.“ (Ebd., S. 259.)

¹⁰⁸ Ebd., S. 261.

¹⁰⁹ Eine ausführliche Betrachtung der Konflikte würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen und wäre für die Fragestellung nicht zielführend.

3.1.3.1 Gründung und Satzung

In den 1960er und 1970er Jahren, als die Idee für ein *Jüdisches Museum* in Berlin aufkam, widmeten sich nur ein paar Einzelausstellungen jüdischen Themen. Ein dezidiert *Jüdisches Museum* existierte in Deutschland nicht.¹¹⁰ Das junge West-Berliner *Berlin Museum* zeigte 1971 die Ausstellung *Leistung und Schicksal. 300 Jahre Jüdische Gemeinde zu Berlin*, die die Initialzündung zur Gründung der *Gesellschaft* gab.¹¹¹ Häufig „waren die Freunde und Förderer des Berlin Museums auch Mitglied in der Gesellschaft, um aktiv die Aufarbeitung der NS-Zeit und der Judenverfolgung mit ihren dramatischen Folgen zu unterstützen.“¹¹² Im Anschluss an diese Ausstellung sollte eine dauerhafte Präsentation jüdischer Themen im *Berlin Museum* in Form einer einzurichtenden Abteilung sichergestellt werden.¹¹³ Die Gründerversammlung der *Gesellschaft* fand am 18. November 1975 statt, die konstituierende Sitzung erfolgte am 25. Februar 1976.¹¹⁴ Der §2 „Aufgaben und Zweck“ verrät mehr über die Selbstwahrnehmung der Körperschaft. Im ersten Absatz heißt es:

*Aufgabe der Gesellschaft ist es, die Tradition des am 28. November 1929 unter dem Ehrenvorsitz von Max Liebermann gegründeten „Berliner Jüdischen Museumsvereins“ fortzuführen und das „Jüdische Museum“, das als Abteilung des Berlin Museums wieder errichtet wird, zu fördern.*¹¹⁵

Hier nimmt die Satzung Bezug auf das alte *Jüdische Museum* in Berlin, das bis zur Pogromnacht 1938 bestand.¹¹⁶ Man kann also davon ausgehen, dass der Charakter dieses *Berliner Jüdischen Museumsvereins* ein Schlüssel zur Eigenwahrnehmung der *Gesellschaft* bereithält.¹¹⁷ Der *Berliner Jüdische Museumsverein* machte

*es sich zur Aufgabe, das allgemeine Interesse für jüdische Kunst und Kultur zu wecken, insbesondere die Kunstsammlung der Jüdischen Gemeinde zu Berlin zu fördern und zu einem jüdischen Museum auszubauen. Aus den Mitteln des Vereins sollen für das Museum geeignete Kunstwerke beschafft und der bestehenden Kunstsammlung überwiesen werden. Publikationen, Führungen und Vorträge sollen diese Bestrebungen unterstützen.*¹¹⁸

¹¹⁰ Das erste *Jüdische Museum* im deutschsprachigen Raum wurde 1967 in Basel gegründet. (Bussenius, Hauptstadtposse, S. 20.)

¹¹¹ Die Schau damals ging vom *Verein der Freunde und Förderer des Stadtmuseums Berlin* aus. (Mann, Bärbel (2012): Ein Blick zurück auf die Jahrzehnte 1962 bis 2012. In: Beuermann, Dieter (Hg.): 50 Jahre Bekenntnis zu Berlin. Verein der Freunde und Förderer des Stadtmuseums Berlin. Berlin: Verlag M, S. 17-55, S. 31 f.) Laut Bussenius ging die Ausstellung auf den jüdischen Gemeindevorsitzenden Heinz Galinski zurück. (Bussenius, Hauptstadtposse, S. 21.)

¹¹² Mann, Blick zurück, S. 31 f.

¹¹³ Bussenius, Hauptstadtposse, S. 20-24.

¹¹⁴ Ebd., S. 24.

¹¹⁵ O.A. (1976): Satzung des Vereins „Gesellschaft für ein Jüdisches Museum in Berlin e.V.“ (abgedruckt als Dokument 9). In: Weinland, Martina und Winkler, Kurt (1997): Das Jüdische Museum im Stadtmuseum Berlin. Eine Dokumentation. Berlin: Nicolai, S. 106.

¹¹⁶ Die Gestapo hat das Museum geschlossen, seine Sammlung beschlagnahmt und den Museumsdirektor Franz Landsberger ins Konzentrationslager Sachsenhausen verschleppt. (Bussenius, Hauptstadtposse, S. 24.)

¹¹⁷ In der Dokumentation heißt es, das Museum sei in Absprache mit Galinski von Anfang an an das *Berlin Museum* angebunden gewesen. Dies sei auch geschehen, „um sich letztlich auch von der Historie des ersten Jüdischen (Gemeinde-)Museums abzusetzen“. (Weinland, Martina und Winkler, Kurt (1997): Das Jüdische Museum im Stadtmuseum Berlin. Eine Dokumentation. Berlin: Nicolai, S. 17.) Diese Argumentation scheint angesichts des deutlichen Bezugs in der Satzung abwegig.

¹¹⁸ §2 der Satzung des *Berliner Jüdischen Museumsvereins*, zitiert nach: Simon, Hermann (2000): Das Berliner Jüdische Museum in der Oranienburger Straße. Geschichte einer zerstörten Kulturstätte. Berlin: Hentrich & Hentrich, S. 30.

Sehr ähnlich sind auch die Absätze des §2 der *Gesellschafts*-Satzung formuliert. Insofern ist anzunehmen, dass der Bezugspunkt *Berliner Jüdische Museumsverein* über den reinen Satzungszweck hinausgeht und auch andere Aspekte umfasst. Vielmehr stellt sich die *Gesellschaft* in die Tradition eines Vereins, der durch die Nationalsozialisten aufgelöst wurde. Damit stärkt die *Gesellschaft* in gewisser Weise ihr Argument, Berlin habe aufgrund dieser Geschichte eine historische Verpflichtung zur Wiedereinrichtung eines *Jüdischen Museums*. Durch den Verweis auf Max Liebermann betont die *Gesellschaft* darüber hinaus die Bedeutung prominenter Unterstützer. An der Gründungsveranstaltung des *Berliner Jüdischen Museumsvereins* nahmen etwa 300 Personen teil. Die wichtigen Positionen wurden durch gut vernetzte jüdische Persönlichkeiten besetzt.¹¹⁹ Auch das Interesse an der *Gesellschaft* war groß: 1978 hatte der Verein 129 Mitglieder.¹²⁰ Die Mitgliedschaft in der *Gesellschaft* erfolgt auf schriftlichen Vorschlag eines *Gesellschafts*-Mitglieds und nach Zustimmung durch den Vorstand.¹²¹ Zudem muss die Mitgliedschaft durch zwei weitere Mitglieder befürwortet werden.¹²² Dieses Vorgehen erweckt den Eindruck einer elitären und eng verbundenen Gemeinschaft. Auch juristische Personen konnten Mitglied werden.¹²³ Auf diese Weise wurden die Voraussetzungen für den Aufbau eines ausgewählten, einflussreichen und vermutlich finanzkräftigen Netzwerks geschaffen.

Die Organe der *Gesellschaft* entsprechen der gesetzlichen Mindestanforderung für Vereine: Vorstand und Mitgliederversammlung.¹²⁴ Da es keinen zusätzlichen Fachbeirat oder ähnliches gibt, ist davon auszugehen, dass die Auffassung vorherrschte, man habe in den Reihen des Vorstands bzw. der Mitgliedschaft ausreichend sachkundige Personen. Der Vorstand besteht aus fünf Personen und umfasst einen Vorsitzenden, einen Schatzmeister, einen Schriftführer, den Direktor des *Berlin Museums* bzw. seinen Amtsvertreter (unabhängig von einer *Gesellschafts*-Mitgliedschaft) sowie ein weiteres Mitglied.¹²⁵ Auch wenn der Direktor des *Berlin Museums* zwingend Vorstandsmitglied ist, so darf er doch nicht den Vorsitz übernehmen.¹²⁶ Dieses Schicksal teilt er mit den Mitarbeitern des *Berlin Museums* bzw. anderer Museen in Berlin sowie Angestellten der *Gesellschaft*.¹²⁷ Vermutlich wollte man so Interessenkonflikte und Außeneinflüsse gering halten. Mit einigen Satzungsregelungen unterwarf sich die *Gesellschaft* in ihren Handlungen der Kontrolle des Senats bzw. des Direktors des

¹¹⁹ Vorsitzender des Vereins wurde der Generalkonsul Eugen Landau (1852-1935), Schriftführer Dr. Karl Schwarz, Schatzmeister der Leiter des Wohlfahrtsamtes der Berliner Gemeinde, Eugen Caspary (1863-1931). Als Beisitzer fungierten die Kunstkritiker Adolph Donath (1876-1931), der für das „Berliner Tageblatt“, und Dr. Max Osborn (1870-1946), der für die *Vossische Zeitung* schrieb, das Vorstandsmitglied der Gemeinde Dr. med. Aron Sandler (1879-1954), der Teilhaber des Warenhauskonzerns „Hermann Tietz“ Georg Tietz (1889-1953) und der Schriftsteller Arnold Zweig (1887-1968). (Simon, Das Berliner Jüdische Museum, S. 30.)

¹²⁰ Bussenius, Hauptstadtposse, S. 24.

¹²¹ Satzung der *Gesellschaft*, §3 Absatz 1.

¹²² Ebd.

¹²³ Ebd.

¹²⁴ Satzung der *Gesellschaft*, §5.

¹²⁵ Satzung der *Gesellschaft*, §6 Absatz 2.

¹²⁶ Satzung der *Gesellschaft*, §7 Absatz 9.

¹²⁷ Satzung der *Gesellschaft*, §7 Absatz 9.

Berlin Museums.¹²⁸ Bei Auflösung des Vereins fällt das Vermögen an das Land Berlin, das dieses für die Zwecke nach §2 Absatz 2 zu verwenden hätte.¹²⁹ Auffällig ist die enge Anbindung an das *Berlin Museum*, die auf das sogenannte integrative Konzept zurückzuführen ist, sowie die Abhängigkeit vom Senator für Wissenschaft und Kunst. Letztere ist sicherlich durch die Gründungsgeschichte der *Gesellschaft* zu erklären: Hanns-Peter Herz, der erste und langjährige Vorsitzende der *Gesellschaft*, war zum Gründungszeitpunkt Staatssekretär und Leiter der Berliner Senatskanzlei. Der Regierende Bürgermeister hatte ihn aufgefordert, den Vorsitz zu übernehmen.¹³⁰ Initiatorin der *Gesellschaft* war Irmgard Wirth, die Direktorin des *Berlin Museums*.¹³¹ Darüber hinaus wurde die Satzung der *Gesellschaft* durch den Juristen Reiner Güntzer verfasst, der Museumsreferent der Wissenschafts- und Kulturverwaltung war.¹³²

Zwar nannte sich der Verein *Gesellschaft für ein Jüdisches Museum in Berlin*, in seiner Satzung wurde jedoch schon deutlich, dass es sich bei diesem Museum um eine Abteilung des *Berlin Museums* handeln sollte.¹³³ Die Position der *Gesellschaft* im Konzeptstreit war also zunächst klar auf Seiten der Kulturverwaltung.

*Einerseits lag in Erinnerung an das alte Berliner Jüdische Museum der Begriff „Museum“ nahe, andererseits war er, da letztlich nur eine Abteilung geplant war, geeignet – vor allem in Verbindung mit dem jüdisch konnotierten Palais Ephraim –, in der Öffentlichkeit einen falschen Eindruck zu erwecken.*¹³⁴

Diese Ambivalenz barg von Anfang an Konfliktpotential.¹³⁵ Die Tatsache, dass das integrative Konzept sogar Eingang in die Satzung der *Gesellschaft* fand, lässt darauf schließen, dass die Kulturverwaltung eine Verselbständigung des Projektes *Jüdisches Museum* verhindern wollte.¹³⁶ Die Geschäftsstelle saß laut ihres Briefkopfes im *Berlin Museum*. Bei den Planungen für den Erweiterungsbau, in dem auch das *Jüdische Museum* untergebracht werden sollte, wurden auch Räume für die *Gesellschaft* berücksichtigt.¹³⁷ In einem Schreiben vom

¹²⁸ So bedurfte die Wirksamkeit von Satzungsänderungen, die den „Vereinszweck oder die Zusammenarbeit mit den übrigen Abteilungen des Berlin Museums betreffen“, der Zustimmung des Senators für Wissenschaft und Kunst. (Satzung der *Gesellschaft*, §7 Absatz 7.) Auch für die Übereignung von durch die *Gesellschaft* erworbenen Kunstwerken und Dokumenten an das *Berlin Museum* für dessen *Jüdische Abteilung* bedurfte es der Zustimmung des Museumsdirektors bzw. bei damit verbundenen Auflagen zusätzlich des Senators für Wissenschaft und Kunst. (Satzung der *Gesellschaft*, §8 Absatz 1.) Der Senator für Wissenschaft und Kunst ist es auch, dem die durch die *Gesellschaft* erworbenen Gegenstände angeboten werden zur „Übernahme des Eigentums durch das Land Berlin mit der Auflage [...], daß die Sammlungsgegenstände dem Verwaltungsvermögen des Berlin Museums zugewiesen werden“. (Satzung der *Gesellschaft*, §8 Absatz 2.)

¹²⁹ Satzung der *Gesellschaft*, §9.

¹³⁰ Bussenius, Daniel (2006): Aufzeichnungen zum Zeitzeugen-Gespräch mit Hanns-Peter Herz, 24.07.2006.

¹³¹ Rede von Hanns-Peter Herz am 10. Februar 1983 anlässlich der Eröffnung der Ausstellung *Synagogen in Berlin* im *Berlin Museum* (Landespressedienst Berlin (1983): Aktuelles der Woche. Ausstellung „Synagogen in Berlin“ im Berlin-Museum, 10.02.1983 (abgedruckt als Dokument 24). In: Weinland, Martina und Winkler, Kurt (1997): Das Jüdische Museum im Stadtmuseum Berlin. Eine Dokumentation. Berlin: Nicolai, S. 162-167, S. 166.)

¹³² Bussenius, Hauptstadtposse, S. 21, 27.

¹³³ Ebd., S. 25 f.

¹³⁴ Ebd.

¹³⁵ Ebd.

¹³⁶ Ebd., S. 27.

¹³⁷ Höhn (1988): Schreiben des Senators für Finanzen an den Senator für Kulturelle Angelegenheiten. Betr.: Erweiterungsbau für das Berlin-Museum, 17 00 / 701 08, 11.10.1988 (abgedruckt als Dokument 59). In: Weinland, Martina und Winkler, Kurt (1997): Das Jüdische Museum im Stadtmuseum Berlin. Eine Dokumentation. Berlin: Nicolai, S. 282-286. S. 284.

Februar 1976 stellte sich die frisch gegründete *Gesellschaft* vor und warb um Unterstützer und Mitglieder.¹³⁸ Demzufolge bestand die Hauptaufgabe der *Gesellschaft* in der

*Förderung dieser Pläne [der Aufbau des Palais Ephraim und die Einrichtung eines Jüdischen Museums dort] und vor allem [in der] Beschaffung von Mitteln [...], mit denen die über die ganze Welt verstreuten Memorabilia einer Zeit zurückerworben werden können, in der hier in Berlin Deutsche jeder Provenienz gemeinsam zum Ruhme der Stadt am Werk gewesen sind.*¹³⁹

Der Brief ist ein Schlüsseldokument, wenn es um das Selbstverständnis der Organisation, ihre Beweggründe sowie ihre Vision geht. Die wesentlichen Bezugspunkte der *Gesellschaft* werden deutlich: (1) die Möglichkeit des Wiederaufbaus des *Palais Ephraim* auf dem Nachbargrundstück des *Berlin Museums* sowie die dortige Unterbringung des *Theatermuseums* und des *Jüdischen Museums* im Rahmen des integrativen Konzeptes (2) die Ausstellung *Leistung und Schicksal* von 1971 (3) die Zerstörung der jüdischen Kultur in Deutschland während des Nationalsozialismus (4) das alte *Jüdische Museum* in der Oranienburger Straße sowie (5) die Tatsache, dass Berlin wieder die bedeutendste *Jüdische Gemeinde* in Deutschland habe:

*Und so reifte der Wunsch, dieser Stadt, die schon einmal ein Jüdisches Museum besessen hatte, neuerlich ein solches Jüdisches Museum zu geben, dieses Mal allerdings mit der durch die Entwicklung bedingten weit über die Sammlung jüdischer Kultgegenstände und Kulturgüter hinausgehenden Aufgabe, vor den Nachfahren der christlich-jüdischen Symbiose in Deutschland und vor allem in Berlin eine permanente Dokumentation der aus ihr hervorgegangenen großen Leistungen auszubreiten.*¹⁴⁰

Insofern – so heißt es in dem Brief – solle das „Jüdische Museum als weithin sichtbarer Ausdruck der Identifizierung mit unseren jüdischen Mitbürgern verstanden sein“.¹⁴¹ Diese Formulierung deutet darauf hin, dass sich die *Gesellschaft* selbst nicht als jüdisch verstand. Tatsächlich macht Pieper eine kritische Distanz aus, die die Jüdischen Gemeinden in den 1980er und 1990er Jahren gegenüber der Musealisierung jüdischer Geschichte wahrten.¹⁴² In der Regel übten sie sich in Zurückhaltung gegenüber den nichtjüdischen Initiatoren.¹⁴³ Pieper sieht diese These auch in der Geschichte des *Jüdischen Museums* bestätigt und weist darauf hin, dass auch Vera Bendt, die Leiterin der Abteilung *Jüdisches Museum im Berlin Museum*, die Juden immer wieder zur Mithilfe auf- und ihr Engagement einforderte.¹⁴⁴

*Abgesehen von der engagierten Initiatorenrolle des Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde, Heinz Galinski, und der jüdischen Mitglieder der „Gesellschaft für ein Jüdisches Museum in Berlin“ existierte während der 80er Jahre eine weitgehende Distanz der Jüdischen Gemeinde Berlins zu dem Museumsprojekt.*¹⁴⁵

Nach der Wende kam es zu einem mehrjährigen Streit über das Konzept des *Jüdischen Museums* und die Bespielung des Libeskind-Baus, der schließlich zu einem Bruch zwischen der

¹³⁸ Gesellschaft für ein Jüdisches Museum in Berlin e.V. (1976): Rundbrief ohne Titel (abgedruckt als Dokument 10). In: Weinland, Martina und Winkler, Kurt (1997): Das Jüdische Museum im Stadtmuseum Berlin. Eine Dokumentation. Berlin: Nicolai, S. 107-108.

¹³⁹ Ebd., S. 108.

¹⁴⁰ Ebd., S. 107 f.

¹⁴¹ Ebd., S. 108.

¹⁴² Pieper, Musealisierung, S. 217 ff.

¹⁴³ Ebd.

¹⁴⁴ Ebd., S. 217 ff.

¹⁴⁵ Ebd., S. 218.

*Stiftung Stadtmuseum*¹⁴⁶ und dem Berliner Senat auf der einen und dem *Jüdischen Museum* im *Stadtmuseum*, der *Gesellschaft* und der *Jüdischen Gemeinde* auf der anderen Seite führte.¹⁴⁷ Pieper sieht in der Geschichte des *Jüdischen Museums* „ein Beispiel für eine ‚negative Symbiose‘ zwischen nichtjüdischen Deutschen und Juden nach dem Holocaust.“¹⁴⁸

3.1.3.2 Repräsentanten

Den Gründungsvorsitz übernahm der bereits erwähnte SPD-Politiker Hanns-Peter Herz, Leiter der Senatskanzlei und evangelischer Christ mit jüdischem Vater.¹⁴⁹ Damit war er (laut Bendt) scheinbar ein typischer Vertreter der Mitgliederschaft der *Gesellschaft*: „Viele der Mitglieder hätten aus der „Zwischenzone“ gestammt, d.h. sie waren beispielsweise Christen mit (partiell) jüdischer Abstammung, und viele seien zugleich Mitglieder der *Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit* gewesen.“¹⁵⁰ Nach Querelen über die Schaffung einer Direktorenstelle für das *Jüdische Museum* in Abhängigkeit vom Direktor des *Berlin Museums* schied Herz 1994 aus dem Vorstand der *Gesellschaft* aus.¹⁵¹

Sein Stellvertreter war Heinz Galinski, Vorsitzender der *Jüdischen Gemeinde* in Berlin.¹⁵² Gemeinsam führten sie den Verein über viele Jahre. Allerdings kam es bei den Konzeptdebatten vor, dass Galinski in seiner Doppelrolle in Erscheinung trat – als Vorstandsmitglied der *Gesellschaft* und als Vorsitzender der *Jüdischen Gemeinde*. In beiden Funktionen hatte er ein starkes Interesse an den Entwicklungen des *Jüdischen Museums*.¹⁵³ Nach Intervention durch die *Jüdische Gemeinde* war er Jury-Mitglied beim Architekturwettbewerb für den Erweiterungsbau zum *Berlin Museum*, das u.a. das *Jüdische Museum* beherbergen sollte.¹⁵⁴ Galinski verstarb wenige Monate vor der Grundsteinlegung für den Libeskind-Bau am 9. November 1992 und hatte sich zuletzt für ein unabhängiges *Jüdisches Museum* ausgesprochen.¹⁵⁵

¹⁴⁶ Das *Stadtmuseum* ist die Fusion *Berlin Museums* (West-Berlin) und dem *Märkischen Museum* (Ost-Berlin)

¹⁴⁷ Ebd., S. 261.

¹⁴⁸ Ebd..

¹⁴⁹ Bussenius, Hauptstadtposse, S. 24.

¹⁵⁰ Ebd., S. 83.

¹⁵¹ Ebd., S. 25.

¹⁵² Ebd., S. 24.

¹⁵³ Dies führte insbesondere später zu Konflikten, als er die politische und finanzielle Unterstützung der jüdischen Oberschule in Berlin gegenüber dem *Jüdischen Museum* vorzog. (Ebd., S. 70.) Die Doppelrolle Galinskis hatte aber auch Vorteile, da er über sämtliche Entwicklungen des jüdischen Lebens in Berlin auf dem Laufenden gehalten wurde und den Vorstand entsprechend informieren konnte. So traf er sich 1986 erstmals mit dem DDR-Staatssekretär für Kirchenfragen Klaus Gysi, der ihn über den geplanten Wiederaufbau der Neuen Synagoge in Ost-Berlin informierte. Bussenius geht infolgedessen davon aus, dass auch Herz davon wusste. (Ebd., S. 41)

¹⁵⁴ Dabei ließ er sich die meiste Zeit vertreten und besuchte die Sitzung lediglich am zweiten Tag gemeinsam mit Herz. (Ebd., S. 59 f.) Herz hatte vor dem Mauerfall unter Diepgens schwarz-gelbem Senat eine Teilnahme an der Jury abgelehnt. (Bussenius, Gespräch mit Hanns-Peter Herz.)

¹⁵⁵ Bussenius, Hauptstadtposse, S. 80. Damit hatte er offensichtlich seine Meinung gegenüber den Anfängen geändert, da er sich ursprünglich mit dem gesamten Vorstand der *Gesellschaft* für das integrative Modell eingesetzt hatte. (Ebd., S. 45.) Ähnlich verhielt es sich mit seiner Einstellung zum *Holocaust-Mahnmal*. Hier gehörte er laut Bussenius ursprünglich nicht zu den Befürwortern und war offensichtlich sogar der Ansicht, mit der Realisierung des Libeskind-Baus würde aufgrund der symbolträchtigen Architektur ein *Holocaust-Mahnmal* obsolet. Erst nach dem Mauerfall unterstützte er diese Initiative. (Ebd., S. 61 ff.)

Ein weiteres Vorstandsmitglied war Ernst Cramer, „ein deutsch-jüdischer Emigrant, der als amerikanischer Offizier nach Deutschland zurückgekommen war und nach dem Krieg als Journalist zu einem der engsten Mitarbeiter des Verlegers Axel Springer aufstieg“.¹⁵⁶ Auch Cramer nutzte seine öffentliche Rolle zur Unterstützung des Museums – nicht nur publizistisch.¹⁵⁷ Cramer schied 1991 aus dem Vorstand der *Gesellschaft* aus, weil er sich mit seiner Position zum *Jüdischen Museum* nicht durchsetzen konnte.¹⁵⁸ Er stellte sich auch öffentlich gegen eine Realisierung des Libeskind-Entwurfs und plädierte für eine Einrichtung des *Jüdischen Museums* in den Räumen des *Centrum Judaicum*. Alternativ schlug er die Nutzung des *Palais Ephraim* vor.¹⁵⁹ Der Austritt Cramers hatte weitreichende Folgen: Die *Berliner Morgenpost* und andere Springer-Medien waren bis dahin der „publizistische Hauptunterstützer der Jüdischen Abteilung/des Jüdischen Museums“ gewesen.¹⁶⁰

Diese Rolle übernahm zunehmend der Tagesspiegel. [...] Springer war selbst von Anbeginn Mitglied der Gesellschaft für ein Jüdisches Museum und einer der großzügigsten, vielleicht auch der großzügigste private Spender gewesen. Der Löwenanteil der Mittel für den Aufbau der Sammlung der Jüdischen Abteilung kam allerdings von der staatlichen Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin, dem Berliner Nebenhaushalt. Der Tagesspiegel hatte dagegen zunächst eine besondere Affinität zum Berlin Museum insgesamt – was vermutlich daran lag, dass sein Mitbegründer Edwin Redslob 1962/63 die Bürgerinitiative zur Gründung des Museums, den „Verein der Freunde und Förderer des Berlin Museums“, ins Leben gerufen hatte.¹⁶¹

In nur drei Jahren verlor die *Gesellschaft* somit drei prägende Vorstandsmitglieder, die die Geschicke der *Gesellschaft* gemeinsam mehr als 15 Jahre lang geführt hatten und die über ein außerordentlich gutes Netzwerk verfügten, um die Interessen der *Gesellschaft* durchzusetzen. Laut Herz war ihre Zusammenarbeit harmonisch gewesen.¹⁶² Die weiteren Streitigkeiten um das *Jüdische Museum* gingen auch an der *Gesellschaft* nicht spurlos vorbei, und nicht immer war man einer Meinung. 1995 trennte sich der Verein von seiner Vorsitzenden Dorothea Kolland, weil man ihr Parteilichkeit zugunsten des *Stadtmuseums* vorwarf.¹⁶³ In einer Pressemitteilung der *Gesellschaft* wurden die Arbeitsschwerpunkte des neuen Vorstands kommuniziert:

Der neue Vorstand will besonders den Neuaufbau des Jüdischen Museums begleiten [...]. Man wolle ferner versuchen, die in Berlin seit langem arbeitenden Initiativen, Gruppen und Institutionen, die sich mit jüdischer Geschichte beschäftigen, an diesem Aufbauprozess zu beteiligen.¹⁶⁴

¹⁵⁶ Ebd., S. 24.

¹⁵⁷ Als er im März 1988 durch das Land Berlin geehrt wurde, bekräftigte er in seiner Dankesrede die Forderung nach einem *Jüdischen Museum* in Berlin. (Ebd., S. 44 f.)

¹⁵⁸ Bendt, Vera (1990): Brief an Kultursenator Reiner Güntzer ohne Betreff, 22.06.1990 (abgedruckt als Dokument 65). In: Weinland, Martina und Winkler, Kurt (1997): Das Jüdische Museum im Stadtmuseum Berlin. Eine Dokumentation. Berlin: Nicolai, S. 298-299; Cramer, Ernst (1991): Brief an Heinz Galinski und Hanns-Peter Herz, 04.03.1991 (abgedruckt als Dokument 65a). In: Weinland, Martina und Winkler, Kurt (1997): Das Jüdische Museum im Stadtmuseum Berlin. Eine Dokumentation. Berlin: Nicolai, S. 300-304.

¹⁵⁹ Bussenius, Hauptstadtposse, S. 69; Lackmann, Thomas (2000): Jewrassic Park. Wie baut man (k)ein Jüdisches Museum in Berlin. Berlin: Philo, S. 16; Cramer, Ernst (1990): Brief an Hanns-Peter Herz ohne Betreff, 05.02.1990 (abgedruckt als Dokument 63). In: Weinland, Martina und Winkler, Kurt (1997): Das Jüdische Museum im Stadtmuseum Berlin. Eine Dokumentation. Berlin: Nicolai, S. 291-293.

¹⁶⁰ Bussenius, Hauptstadtposse, S. 75.

¹⁶¹ Ebd., S. 75 f.

¹⁶² Bussenius, Gespräch mit Hanns-Peter Herz.

¹⁶³ Bussenius, Hauptstadtposse, S. 110. Mit ihr im Vorstand waren Sybill Hardt, Helena Stern, Jochem-Dieter Oesterreich und Dominik Bartmann (in seiner Funktion als Direktor des Berlin Museums). (O.A. (1994): Jüdisches Museum: Neuer Gesellschaftsvorstand. In: Der Tagesspiegel, 10.06.1994.)

¹⁶⁴ Ebd.

Die Pfarrerstochter Kolland – eine „Expertin für interkulturelle Kulturarbeit“¹⁶⁵ – war von 1981 bis 2012 Leiterin des Kulturamtes Neukölln und damit auch Teil der Berliner Kulturverwaltung. Ihre Position verdeutlicht die enge Bindung der *Gesellschaft* an öffentliche Strukturen sowie die Vorliebe der *Gesellschaft* für wichtige Multiplikatoren in Führungspositionen. Ihr Nachfolger wurde Bernhard Schneider, dessen Personalie ebenso eng mit der Berliner Kulturverwaltung verknüpft war: Er war als Planungsreferent für Kultursenator Hassemer tätig gewesen und ein enger Vertrauter von Libeskind.¹⁶⁶

Schneider war 1996 als Kulturstaatssekretär für den Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Peter Radunski, vorgesehen. Zu der Einstellung kam es jedoch aufgrund einer Haushaltssperre in Berlin nicht. Schneider arbeitete stattdessen auf Werksvertragsbasis für den Senator, der ihn als praktisch seinen „Hauptberater“ bezeichnete.¹⁶⁷

Auch Schneider musste schon kurz nach Antritt sein Amt auf Forderung seiner Vorstandskollegen im Mai 1996 wieder aufgeben, da er sich öffentlich gegen den JMB-Direktor Amnon Barzel gestellt hatte.¹⁶⁸ Die *Gesellschaft* unterstützte im Folgenden Barzel.¹⁶⁹ Eine personelle Kontinuität, wie es sie in den ersten 15 Jahren der *Gesellschaft* unter Herz, Galinski und Cramer gegeben hatte, gab es nicht wieder. Die zahlreichen Personalwechsel sind wohl auf die unterschiedlichen Streitpunkte rund um das Museumsprojekt zurückzuführen. Bei den wechselnden Debatten war es sicherlich schwer, als eine Organisation mit zahlreichen einflussreichen Persönlichkeiten eine homogene Position zu entwickeln und stabil beizubehalten.

Laut des *Tagesspiegel*-Redakteurs Thomas Lackmann zählte auch Lea Rosh, maßgebliche Initiatorin des *Holocaust-Mahnmals*, zu den Mitgliedern der *Gesellschaft*.¹⁷⁰ Sie war ebenfalls Vorsitzende des *Förderkreises zur Errichtung eines Denkmals für die ermordeten Juden Europas*. Auch ihr langjähriger Stellvertreter, der Jurist, Publizist und Stifter Lothar C. Poll, gehörte der *Gesellschaft* an und war von 1998 bis 2001 in ihrem Vorstand.¹⁷¹

3.1.3.3 Charakter und Aktivitäten

Bei den Repräsentanten der *Gesellschaft* handelte es sich um einflussreiche Persönlichkeiten. Entsprechend wurden sie offenbar auch von den anderen Beteiligten, die sich in die Debatte einbrachten, wahr- und als Gesprächspartner ernst genommen. Offenbar wurde von

¹⁶⁵ Bartels, Gunda (2012): Glück ist immer möglich. In: Der Tagesspiegel, 22.05.2012, Online im Internet: <http://www.tagesspiegel.de/kultur/portraet-glueck-ist-immer-moeglich/6656992.html> [01.02.2017].

¹⁶⁶ Bussenius, Hauptstadtposse, S. 110.

¹⁶⁷ Ebd., S. 110 f.

¹⁶⁸ Ebd.

¹⁶⁹ Ebd., S. 116 f.; Lackmann, Jewrassic Park, S. 16.

¹⁷⁰ Lackmann, Jewrassic Park, S. 16. Lackmann hat sich ausgiebig an den Debatten um das *Jüdische Museum* beteiligt, die Entwicklungen stetig kommentiert und ein Buch zu diesem Thema veröffentlicht, das jedoch in weiten Teilen satirisch und daher keine wirklich verlässliche Quelle ist.

¹⁷¹ Poll war und ist darüber hinaus Mitglied in einer Vielzahl von Gremien gemeinnütziger Kulturorganisationen. (O.A. (Ohne Datum): Lothar C. Poll. Rechtsanwalt, Online im Internet: <http://www.pw-kanzlei.de/kanzlei/lothar-c-poll> [01.02.2017].)

Seiten der Kulturverwaltung eine Verselbständigung des Museumsprojektes als eine vom *Berlin Museum* unabhängige Institution befürchtet; eine Tendenz, die man mit der Gestaltung der Satzung zu verhindern versuchte. Bussenius erwähnt einen Aktenvermerk des Museumsreferenten Güntzer für den Senator 1975 – noch vor Gründung der *Gesellschaft*. Dort heißt es, die *Gesellschaft* sei nur als „unterstützender Museums-Förderverein denkbar“. ¹⁷² Dass die *Gesellschaft* dabei keineswegs ausschließlich die von staatlicher Seite gewünschte Haltung vertrat, sich aktiv in die Debatte einbrachte und nicht nur Geld und Objekte sammelte, wird deutlich, wenn man die Aktivitäten der *Gesellschaft* näher betrachtet. So stimmte sie 1983 gegen den Willen der Kulturverwaltung und des *Berlin Museums* den provisorischen Räumen im *Martin-Gropius-Bau* zu. ¹⁷³ Der Regierende Bürgermeister Richard von Weizsäcker sicherte dafür einen Erweiterungsbau für das *Berlin Museum* zu. ¹⁷⁴ Pieper sieht in diesem Provisorium auch ein „Mobilisierungsmoment, indem es Trägergruppen [...] veranlasste, die geplante Realisierung eines Erweiterungsbaus für das Berlin Museum stärker einzufordern und zu beschleunigen“. ¹⁷⁵ In einem Rundbrief wurden die Mitglieder der *Gesellschaft* über die geplanten provisorischen Räume im *Martin-Gropius-Bau* informiert. Dort heißt es unter anderem:

*Der Regierende Bürgermeister Dr. Richard von Weizsäcker, und der Senator für kulturelle Angelegenheiten, Volker Hassemer, haben sich in einem Gespräch mit Mitgliedern unseres Vorstandes am 13.7.1983 dafür ausgesprochen, **unserer** Gesellschaft für **ihre** Exponate im Gropiusbau angemessene Räume zur Verfügung zu stellen [Hervorhebungen durch St.A.].* ¹⁷⁶

Diese Entwicklung und die Formulierung im Rundbrief zeigen deutlich, dass die *Gesellschaft* nicht nur ein Förderverein war, sondern gewissermaßen Vertreter des geplanten Museums. Offenbar entsprach dies nicht nur dem Selbstverständnis, sondern auch der Außenwahrnehmung, denn bei offiziellen Anlässen war der Vorstand der *Gesellschaft* oft als Redner geladen. ¹⁷⁷ Insofern galt die *Gesellschaft* als Repräsentant des noch nicht existenten Museums. Auch bei wichtigen Personalien wie der Einstellung eines Direktors für das *Jüdische Museum* meldete sie sich zu Wort. ¹⁷⁸ Barzel trat sein Amt im Juli 1994 an und wurde 1997

¹⁷² Zitiert nach: Bussenius, Hauptstadtposse, S. 27.

¹⁷³ Der Unmut des *Berlin Museums* geht deutlich aus einem Brief hervor, den Museumsdirektor Rolf Bothe und die Leiterin der *Jüdischen Museums im Berlin Museum* Vera Bendt an den Vorstand der *Gesellschaft* schrieben. (Bendt, Vera und Bothe, Ralf (1983): Brief ohne Betreff an die Vorstandsmitglieder der Gesellschaft für ein Jüdisches Museum in Berlin, 19.08.1983 (abgedruckt als Dokument 30). In: Weinland, Martina und Winkler, Kurt (1997): Das Jüdische Museum im Stadtmuseum Berlin. Eine Dokumentation. Berlin: Nicolai, S. 178-179.)

¹⁷⁴ Auch das *Berlin Museum* lenkte daraufhin ein und stellte noch vor Bezug der Räume im Gropius-Bau einen Ausstellungsraum im *Berlin Museum* für das *Jüdische Museum* zur Verfügung. (Bussenius, Hauptstadtposse, S. 32.) Zuvor hatte sich die *Gesellschaft* gegen die Räume im Gropius-Bau gewehrt – einerseits, weil sie befürchtete, diese Interimslösung würde sich zu einer Dauerlösung entwickeln und andererseits, weil sie eine Isolierung befürchtete. (Weinland und Winkler, Dokumentation, S. 26; Pieper, Musealisierung, S. 210 f.)

¹⁷⁵ Pieper, Musealisierung, S. 215.

¹⁷⁶ Herz, Hanns-Peter (1983): Rundbrief, 15.08.1983 (abgedruckt als Dokument 30). In: Weinland, Martina und Winkler, Kurt (1997): Das Jüdische Museum im Stadtmuseum Berlin. Eine Dokumentation. Berlin: Nicolai, S. 177.

¹⁷⁷ So sprach zum Beispiel Herz bei der Eröffnung der drei zusätzlichen Ausstellungsräume für das *Jüdische Museum* im *Martin-Gropius-Bau* im November 1986. (Bussenius, Hauptstadtposse, S. 35.) Herz nutzte die Gelegenheit, um die Forderung der *Gesellschaft* nach einem *Jüdischen Museum* zu bekräftigen. (Herz, Hanns-Peter (1987): Rede. In: Berlinische Notizen 4/87, S. 129-130, S. 129.)

¹⁷⁸ Eigentlich wollte Kultursenator Roloff-Momin 1992 Herz bei der Stellenausschreibung für den Direktorenposten für das *Jüdische Museum* miteinbeziehen. Herz lehnte das entschieden ab, weil er erst andere Punkte geklärt

aufgrund schwerwiegender Auseinandersetzungen entlassen.¹⁷⁹ Die *Gesellschaft* reagierte darauf mit einer öffentlichen Protest-Aktion unter dem Motto „Ein Jüdisches Museum – ohne Juden?!“, zu der sie per Anzeige im *Tagesspiegel* aufrief. Etwa 200 Personen – darunter auch Barzel – nahmen an der Veranstaltung teil.¹⁸⁰ Etwa 300 Personen – Protestteilnehmer und Ausstellungsbesucher – unterschrieben eine Resolution an den Senat, die eine Zurücknahme der Kündigung Barzels forderte.¹⁸¹ Auch bei der Besetzung des Direktorenpostens der neuen *Stiftung Stadtmuseum* 1995 mischte sich die *Gesellschaft* ein, indem sie gegen die Besetzung der Stelle mit dem langjährigen Museumsreferenten Güntzer protestierte.¹⁸² Die wohl wichtigste Aufgabe war die Beschaffung von Sammlungsobjekten. Dazu warb die *Gesellschaft* durch Rundschreiben und Anzeigen auch in jüdischen Migrantenkreisen im Ausland.¹⁸³ Zu diesem Zweck wurden viele Informationen auch auf Englisch übersetzt.¹⁸⁴ Das Sammlungsprofil orientierte sich an den Sammlungsbeständen des alten *Jüdischen Museums* in der Oranienburger Straße – allerdings auf Berlin beschränkt – und umfasste Ölbilder, Zeichnungen, Druckgrafiken, Porträtbüsten, Medaillen und Plaketten, Kultgegenstände, Dokumente, Fotos, Bücher und Druckschriften.¹⁸⁵ Die *Gesellschaft* übernahm bei einigen Schenkungen die „teilweise sehr hohen Nebenkosten für Transport und Versicherung“. ¹⁸⁶ 1978 richtete die *Gesellschaft* die Ausstellung *Erste Erwerbungen und Stiftungen für das künftige Jüdische Museum im Palais Ephraim* aus und zwei Jahre später die Folgeausstellung *Erwerbungen und Stiftungen für das künftige Jüdische Museum seit Herbst 1978*.¹⁸⁷ Die Begleithefte zu den beiden Ausstellungen wurden jeweils durch einen Beitrag des *Gesellschafts*-Vorsitzenden Herz eröffnet. Selbstbewusst heißt es im Begleitheft zur zweiten Ausstellung:

Wir sind dem Berlin Museum, zu dem wir als unverzichtbarer Bestandteil gehören, außerordentlich dankbar. Dafür, daß schon jetzt zum zweitenmal der Berliner Öffentlichkeit und allen, die besonders regen Anteil an der Schaffung der Jüdischen Abteilung nehmen, gezeigt werden kann, daß diese Abteilung im Rahmen des Berlin Museums nach relativ kurzer Zeit bereits auf eigenen Füßen steht. Gewiß ist über die Form der endgültigen Unterbringung noch nicht abschließend entschieden, aber die Berechtigung, jüdi-

haben wollte, bevor über eine solche Besetzung entschieden werden sollte. (Bussenius, Hauptstadtposse, S. 83.) So wirkte schließlich zwar die *Jüdische Gemeinde* bei der Auswahl der Bewerber mit, nicht aber die *Gesellschaft*. (Ebd., S. 87 f.)

¹⁷⁹ Ebd., S. 125 ff.

¹⁸⁰ Lackmann, Thomas (1997): Bleibt nur ein Berliner Zimmer? In: Der Tagesspiegel, 05.07.1997. Der öffentlichkeitswirksame Anlass war die Eröffnung der Ausstellung „Leben im Wartesaal. Exil in Shanghai 1938-1947“ in den Räumen der Abteilung *Jüdisches Museum* im Gropius-Bau. (Bussenius, Hauptstadtposse, S. 125 ff; Lackmann, Jewrassic Park, S. 18.) Barzel wurde 1998 Ehrenmitglied der *Gesellschaft*. (Bussenius, Hauptstadtposse, S. 173.)

¹⁸¹ Lackmann, Berliner Zimmer. Helena Stern, Vorstandsmitglied der *Gesellschaft*, sagte, der Senat wolle offenbar den „Einfluß der Juden in der Stadt zurückdrängen“. (O.A. (1997): Der Streit um das Jüdische Museum verschärft sich. In: Der Tagesspiegel, 04.07.1997.)

¹⁸² Bussenius, Hauptstadtposse, S. 99.

¹⁸³ Ebd., S. 80.

¹⁸⁴ Eine Liste von Stiftern in der Broschüre, die die Ausstellung *Erste Erwerbungen und Stiftungen für das künftige Jüdische Museum im Palais Ephraim* 1978 begleitete, belegt, dass viele Stiftungen nicht nur aus dem deutschsprachigen In- und Ausland, sondern auch aus den USA kamen. (Weinland und Winkler, Dokumentation, S. 18.) Insofern scheint die Strategie der *Gesellschaft* aufgegangen zu sein.

¹⁸⁵ Ebd.

¹⁸⁶ Bendt, Vera (1986): Das Jüdische Museum Berlin. Eine Abteilung des Berlin Museums. Berliner Forum 5/86. Berlin: Presse- und Informationsamt des Landes Berlin, S. 47.

¹⁸⁷ Bussenius, Hauptstadtposse, S. 26.

*sche Geschichte in Berlin und jüdisches Leben in der Stadt an vielfältigen Beispielen darzustellen, wird von niemandem bestritten.*¹⁸⁸

1985 bot die *Gesellschaft* entsprechend ihrer Satzung dem Land Berlin die erworbenen Objekte zur Übernahme an.¹⁸⁹ Dies geschah erst, als der Senat vorläufige Räume für die Abteilung *Jüdisches Museum* zur Verfügung stellte.¹⁹⁰ Die *Gesellschaft* war demzufolge durchaus in der Lage, Druck auszuüben.

Darüber hinaus beteiligte sich die *Gesellschaft* an mindestens zwei wichtigen Informationsveranstaltungen zum Konzept des *Jüdischen Museums*: 1996 versuchte der israelische Philosoph und Permanent Fellow am Berliner Wissenschaftskolleg Yehuda Elkana eine öffentliche Diskussionsrunde unter dem Titel *A New Jewish Museum in Berlin: Purpose, Concept and Realization* durchzuführen.¹⁹¹ Die Veranstaltung scheiterte letztlich an dem Vorwurf, die Gäste würden einseitig der Position Barzels nahe stehen. Die *Gesellschaft*, die ebenfalls Barzel unterstützte, wollte die Reise- und Unterbringungskosten für die Teilnehmer tragen.¹⁹² Elkana versuchte vergeblich, die Veranstaltung zu retten, indem er weitere Podiumsteilnehmer einlud, darunter der ehemalige Vorstandsvorsitzende der *Gesellschaft* Schneider.¹⁹³

1998 veranstaltete die *Gesellschaft* zusammen mit der *Friedrich-Naumann-Stiftung* ein öffentliches Kolloquium zum Konzept des *JMB*.¹⁹⁴ Teilnehmer waren Direktor Blumenthal, Vertreter der *Gesellschaft*, Vertreter deutscher und europäischer Museen sowie der Medien.¹⁹⁵

Außerdem richtete die *Gesellschaft* Kulturveranstaltungen aus, darunter in Zusammenarbeit mit dem *Jüdischen Theaterverein Berlin* ein Abend mit jüdischen Liedern im *Berlin Museum* (Oktober 1984).¹⁹⁶ Die meisten Kulturveranstaltungen (zum Beispiel Exkursionen und Vorträge) wurden in Zusammenarbeit mit der *Jüdischen Volkshochschule Berlin* und dem *Verein für die Geschichte Berlins* organisiert.¹⁹⁷

Wie bereits erwähnt, war Galinski in Begleitung von Herz auch an der Jury des Architekturwettbewerbs für den Erweiterungsbau des *Berlin Museums* beteiligt.¹⁹⁸ Dabei war die Jury

¹⁸⁸ O.A. (1980): Erwerbungen und Stiftungen für das künftige Jüdische Museum seit Herbst 1978, Berlin: Berlin Museum.

¹⁸⁹ Herz, Hanns-Peter u.a. (1985): Brief an Kultursenator Volker Hassemer ohne Betreff, 05.12.1985 (abgedruckt als Dokument 34). In: Weinland, Martina und Winkler, Kurt (1997): Das Jüdische Museum im Stadtmuseum Berlin. Eine Dokumentation. Berlin: Nicolai, S. 185-186.

¹⁹⁰ Bussenius, Hauptstadtposse, 33 ff.

¹⁹¹ Ebd., 116 f.

¹⁹² Bussenius, Hauptstadtposse, 116 f.; Elkana, Yehuda (1996): Brief an Kurt Winkler ohne Betreff, 30.09.1996 (abgedruckt als Dokument 81). In: Weinland, Martina und Winkler, Kurt (1997): Das Jüdische Museum im Stadtmuseum Berlin. Eine Dokumentation. Berlin: Nicolai, S. 399-400.

¹⁹³ O.A. (1996): Internationale Debatte zum Jüdischen Museum abgesagt. In: Der Tagesspiegel, 31.10.1996.; Elkana, Yehuda (1996): Participants in the Round-Table-Dialogue. Wissenschaftskolleg, November 3, 1996 (September 1996), (abgedruckt als Dokument 82a). In: Weinland, Martina und Winkler, Kurt (1997): Das Jüdische Museum im Stadtmuseum Berlin. Eine Dokumentation. Berlin: Nicolai, S. 401.

¹⁹⁴ Bussenius, Hauptstadtposse, 167.

¹⁹⁵ Schlör, Joachim (1998): Ein Ort des Zurückfindens. Die Zukunft des Jüdischen Museums – eine Tagung in Berlin. In: Der Tagesspiegel, 07.04.1998.

¹⁹⁶ O.A. (1984): Einladungs-Poster für Musikveranstaltung im Oktober 1984, Archiv des Jüdischen Museums Berlin, Konvolut 434.

¹⁹⁷ Bendt, Das Jüdische Museum Berlin, S. 47.

¹⁹⁸ Die Leitung des *Berlin Museums*, die *Gesellschaft* und Galinski als Vorsitzender der *Jüdischen Gemeinde Berlin* bewerteten den Entwurf Libeskind's als sehr positiv. (Pieper, Musealisierung, S. 235.)

nicht nur bemüht, Herz und Galinski in der kurzen Zeit ihrer Anwesenheit möglichst stark in die Entscheidungsfindung einzubinden.¹⁹⁹ Sie kamen auch in der offiziellen Begründung der Wettbewerbsentscheidung ausführlich zu Wort.²⁰⁰ Das ist umso interessanter, wenn man sich vor Augen hält, was solche Wettbewerbe bedeuten:

Wettbewerbe zur architektonischen und künstlerischen Ausgestaltung von Denkmälern und Museen sind zugangsbeschränkte Kommunikationsforen, auf denen unterschiedliche politische und persönliche Interessen sowie Interpretationen der Geschichte sowie der Gegenwart diskutiert, verhandelt und durchgesetzt werden. Die Zugangsbeschränkungen beziehen sich zum einen auf den Kreis der Teilnehmer, zum anderen die Zusammensetzung der Jury aus Experten, Politikern und Repräsentanten der diversen Initiativ- und Trägergruppen.²⁰¹

Schließlich tauchte die *Gesellschaft* auch in den Ausschreibungsunterlagen des Realisierungswettbewerbs gleich mehrfach auf und spielt augenscheinlich eine wichtige Rolle:

Vordringlicher Erweiterungsgrund ist die seit 1971 verfolgte Absicht, zur Darstellung der Jüdischen Geschichte und Kultur in Berlin eine Abteilung Jüdisches Museum innerhalb des Berlin Museums aufzubauen. Diese Absicht wird insbesondere durch die ‚Gesellschaft für ein Jüdisches Museum in Berlin e.V.‘ gefördert.²⁰²

Die Öffentlichkeitsarbeit für das *Jüdische Museum im Berlin Museum* wurde „in enger Zusammenarbeit zwischen dem Museum und der Gesellschaft für ein Jüdisches Museum in Berlin geleistet“.²⁰³ Die Herausgabe von Schriften übernahm der *Verein der Freunde und Förderer des Berlin Museums*, so dass die *Gesellschaft* selbst über keine eigene Publikationsreihe verfügte.²⁰⁴ Sie beteiligte sich aber an der „Herausgabe kleiner Schriften und Postkarten für den Verkauf im Museum“.²⁰⁵

3.1.4 Realisierung

Laut Pieper missachtete der Berliner Senat das Engagement der Museumsmitarbeiter, der *Jüdischen Gemeinde* und der *Gesellschaft* so lange, bis der mediale und öffentliche Druck zu stark wurde und er die große öffentliche und kulturelle Bedeutung eines *Jüdischen Museums* nicht mehr ignorieren konnte.²⁰⁶ Es scheint, als habe die *Gesellschaft* mit der Zeit an Bedeutung verloren. Dieser Eindruck deckt sich mit der Aussage von Herz, dass der Verein in den 1980er Jahren erlahmte und schließlich immer mehr zu einer Plattform für Auseinandersetzungen der *Jüdischen Gemeinde* wurde.²⁰⁷ Auch in der zum *JMB* erschienenen Literatur spielt die *Gesellschaft* häufig zu Beginn eine wichtige Rolle, wird aber dann nach und

¹⁹⁹ Weinland und Winkler, Dokumentation, S. 39 f.

²⁰⁰ Ebd., S. 42 f. Die Begründungen sind abgedruckt in: O.A. (1990): Realisierungswettbewerb Erweiterung BERLIN MUSEUM mit Abteilung JÜDISCHES MUSEUM. Voraussetzungen, Verfahren, Ergebnisse. Berlin: Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen, 58 f.

²⁰¹ Pieper, Musealisierung, S. 233 f.

²⁰² O.A. (1988/89): Realisierungswettbewerb Erweiterung BERLIN MUSEUM mit Abteilung JÜDISCHES MUSEUM. Berlin: Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen, S. 15. Auch in den Vorbemerkungen zu Anlage 1 der Ausschreibung ist es die *Gesellschaft*, die mit zentralen Anforderungen an das zu planende Gebäude zu Wort kommt. (Ebd., S. 75.)

²⁰³ Bendt, Das Jüdische Museum Berlin, S. 46.

²⁰⁴ Ebd., S. 47.

²⁰⁵ Ebd.

²⁰⁶ Pieper, Musealisierung, S. 318.

²⁰⁷ Bussenius, Gespräch mit Hanns-Peter Herz.

nach immer seltener erwähnt. Spätestens seit der Einstellung Blumenthals 1997 tritt die *Gesellschaft* scheinbar nicht mehr öffentlich in Erscheinung. Als dieser 1999 die Gründung des *JMB* als selbständige Stiftung durchsetzte und der Berliner Senat auf seine Empfehlung einen Stiftungsrat berief, wurden die „Hauptforderungen des Jüdischen Museums im Stadtmuseum, des ehemaligen Direktors Barzel, der Jüdischen Gemeinde sowie der ‚Gesellschaft für ein Jüdisches Museum‘ erfüllt.“²⁰⁸ Man kann mutmaßen, dass das langsame Verblässen der *Gesellschaft* auch mit der Abwesenheit der Personen Herz, Galinski und Cramer zu tun hatte, die sich in den vielen Jahren ihres aktiven Engagements sicherlich eine bedeutende Position erarbeitet hatten. Mit Eröffnung des *JMB* 2001 verlor die *Gesellschaft* dann endgültig an Relevanz, auch wenn sie bis heute fortbesteht.²⁰⁹ Ihr folgte ein reiner Förderverein: Der Verein *Gesellschaft der Freunde und Förderer des Jüdischen Museums e.V.* hat seine Geschäftsstelle im *JMB* und besteht seit der Museumsgründung 2001. Mit seiner Hilfe konnten ausgewählte Objekte erworben und Bildungsprojekte sowie der Bau des Glashofs finanziert werden.²¹⁰ Die Mitarbeiter erarbeiten ein exklusives Kulturprogramm für die Mitglieder. Der Mitgliedsbeitrag ist gestaffelt und bietet unterschiedliche Mitgliedschafts-Modelle.²¹¹ So möchte sich der Verein scheinbar für alle Alters- und Einkommensgruppen öffnen. In Gremien und öffentlichen Debatten spielt er offenbar keine Rolle.

3.2 Das Kunstprojekt *Stolpersteine*

Beim Kunstprojekt *Stolpersteine* handelt es sich um ein „dezentrales Monument“²¹², eine „soziale Skulptur“²¹³, die aus tausenden mit Messing beschlagenen Betonsteinen besteht. Diese Steine (10 x 10 cm) verlegt der Künstler Gunter Demnig vor dem letzten frei gewählten Wohn- oder Arbeitsort eines NS-Opfers. Die Beschriftung auf dem Stein gibt Auskunft über Name, Geburtsdatum und -ort sowie Todesdatum und -ort der jeweiligen Person. Die *Stolpersteine* erweitern die Topographie der Vernichtung um „den Ausgangspunkt der Verbre-

²⁰⁸ Pieper, Musealisierung, S. 283.

²⁰⁹ Telefonische Auskunft des zuständigen Vereinsregisters (Vereinsregister-Nr. 5241 B) am 4.11.2016: Die letzte Eintragung erfolgte 2010. Den Vorstandsvorsitz hat Klaus Detlev Woisnitza inne. Seine Stellvertreterinnen sind Heidemarie Sow und Vera Bendt (ehemals Leiterin der Abteilung *Jüdisches Museum im Berlin Museum*). Die Auflösung des in der Öffentlichkeit nicht mehr aktiven Vereins ist für 2017 geplant. (Bendt, Vera (2016): Re: Fragen zur Gesellschaft für ein Jüdisches Museum in Berlin e.V.. Email: vera@bendt.org (10.11.2016).)

²¹⁰ O.A. (Ohne Datum): Freund*innen des Jüdischen Museums Berlin, Online im Internet:

<https://www.jmberlin.de/gesellschaft-der-freunde-und-foerderer-des-juedischen-museums-berlin> [01.02.2017];

O.A. (Ohne Datum): Dank der Unterstützung unserer Mitglieder, Online im Internet: <https://www.jmberlin.de/vom-freundeskreis-unterstuetzt> [01.02.2017].

²¹¹ So gibt es auch einen Jugendtarif und einen Familientarif und man kann das Museum als *Förderer* oder *Mäzen* mit einem unterschiedlich hohen Geldbetrag unterstützen. (O.A. (Ohne Datum): Erleben Sie spannende Einblicke, Begegnungen und Perspektiven, Online im Internet: <https://www.jmberlin.de/erleben-sie-spannende-einblicke-begegnungen-und-perspektiven> [01.02.2017].)

²¹² Zum Begriff des dezentralen Denkmals: „Dezentrale Denkmale sind plastische oder architektonische Formungen mit einem gemeinsamen Inhalt und einer gleichartigen Gestaltung. Dezentralität kann bei informationsorientierten Ansätzen die Möglichkeiten der Aussage erweitern und bei Markierungskonzepten Erinnerungsorte konkretisieren und miteinander verbinden [...]. Die Einzugsbereiche, Themen und Gestaltungen der dezentralen Denkmale differieren jedoch erheblich.“ (Sommer, Gesellschaftliches Erinnern, S. 59.)

²¹³ Kačič, Silvija (2013): Koordinierungsstelle Stolpersteine. Das dezentrale Denkmal. Gunter Demnigs Kunstprojekt im öffentlichen Raum. In: Museumsjournal 1/2013, S. 34-35, S. 35.

chen, und sie zeigen damit auf den Ort, an dem die Gewalt geschah.“²¹⁴ Die *Stolpersteine* sind grundsätzlich anders als traditionelle monumentale Denkmäler: Sie markieren im Stadtraum historische und authentische Orte und lenken den Blick des zufälligen Passanten nach unten.²¹⁵ Das im Zusammenhang mit dieser Arbeit Besondere an diesem Projekt ist seine außerordentlich aktivierende Wirkung auf die Zivilgesellschaft, denn ein „wichtiger Aspekt ist der basisdemokratische Ansatz, der es allen ermöglicht, sich nach ihren Möglichkeiten zu engagieren.“²¹⁶ Zu den Beteiligten zählen Nachbarn, Hausbewohner und Angehörige.²¹⁷ Recherche, Finanzierung und Organisation der Verlegungen vor Ort erfolgen durch die engagierte Bürgerschaft. Die *Stolpersteine* sind laut des ehemaligen Regierenden Bürgermeisters von Berlin Klaus Wowereit eine „beeindruckende Bürgerinitiative und ein Beispiel für eine lebendige Erinnerungskultur, die von breitem bürgerschaftlichen Engagement getragen wird.“²¹⁸

3.2.1 Literatur

Neben zahlreichen kleinen Publikationen und grauer Literatur der vielen lokalen *Stolperstein*-Initiativen, die hier aufgrund der Menge nur beispielhaft herangezogen werden, gibt es kunsthistorische, kultur- und geschichtswissenschaftliche sowie interdisziplinäre und populärwissenschaftliche Literatur zu den *Stolpersteinen*. Das NS-Dokumentationszentrum in Demnigs Wahlheimat Köln hat eine umfangreiche Broschüre über das Projekt herausgegeben. Eine Broschüre der *Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst e.V. (NGBK)* dokumentiert die Anfänge des Projektes. Stefanie Endlich erwähnt die *Stolpersteine* in Überblicksdarstellungen über Denkmäler und Erinnerungskultur. Darüber hinaus sind die beiden wichtigsten Werke für dieses Kapitel die Promotion der Kommunikationswissenschaftlerin Petra T. Fritsche (2014) sowie die veröffentlichte Masterarbeit der Museologin und Publizistin Brinda Sommer (2007). Fritsches Arbeit zeichnet sich vor allem durch das detaillierte Zusammentragen von Informationen zu unterschiedlichsten Aspekten des Projektes aus. Daneben tritt ihr offensichtlich starkes persönliches Engagement deutlich hervor. Sommers Arbeit versucht die Theorien von Halbwachs und Assmann auf eine *Neue Denkmalkunst* – und insbesondere auf das Projekt *Stolpersteine* – anzuwenden. Zugleich ordnet sie die *Stolpersteine* in einen historischen und erinnerungskulturellen Kontext ein.

²¹⁴ NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln (Hg.) (2007): *Stolpersteine*. Gunter Demnig und sein Projekt. Köln: Emons, S. 57.

²¹⁵ Sommer, Gesellschaftliches Erinnern, S. 10.

²¹⁶ Kačič, Koordinierungsstelle Museumsjournal, S. 35.

²¹⁷ Bürgerverein Luisenstadt e.V. (Hg.) (2003): Projekt "Stolpersteine" Oktober 2002 - Oktober 2003: Erinnerungen an Opfer des Nationalsozialismus im öffentlichen Raum von Berlin durch "Stolpersteine". Berlin, S. 16.

²¹⁸ Wowereit, Klaus (2013): Geleitwort des Regierenden Bürgermeisters von Berlin. In: Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V., Koordinierungsstelle Stolpersteine Berlin, Kulturprojekte Berlin GmbH (Hgg.): *Stolpersteine in Berlin*. 12 Kiezspaziergänge. Berlin, S. 5-6, S. 5.

3.2.2 Hintergrund

Demnig hat sich der historischen Spurensuche verschrieben. Sein Interesse an den NS-Opfern zeigte sich schon 1990 im Projekt *Mai 1940 – 1.000 Roma und Sinti*, das er gemeinsam mit dem Kölner Verein *Rom e.V.* umsetzte.²¹⁹ Aus dieser Kooperation heraus entstand 1992 der erste *Stolperstein*, der vor dem Kölner Rathaus verlegt wurde und die ersten Worte des Erlasses zur Deportation der Sinti und Roma nach Auschwitz von 1942 zeigte.²²⁰

Demnig entwickelte die Idee eines gigantischen dezentralen Monuments mit sechs Millionen *Stolpersteinen*, die 1993 im Buchprojekt *Größenwahn – Kunstprojekte für Europa* veröffentlicht wurde.²²¹ Langsam reifte daraufhin auch die Überlegung zu einer Umsetzung.²²² 1994 fertigte er im Rahmen des Projektes *STOLPERSTEINE – Hier wohnte...* die ersten 230 Steine für deportierte Sinti und Roma, Juden und andere NS-Opfer.²²³ Diese *Stolpersteine* wurden zunächst aber nicht vor den Wohnhäusern verlegt, sondern 1994 in der Kölner Antoniter Kirche ausgestellt.²²⁴ 1995 wurden sie ohne Genehmigung in Köln verlegt.²²⁵ Zwei Jahre später begann Demnigs langer Marsch durch die Institutionen mit dem Ziel, eine Erlaubnis zum Verlegen der *Stolpersteine* im öffentlichen Raum zu erhalten, was schließlich im Jahr 2000 gelang.²²⁶ Auf Einladung der *NGBK* verlegte er im Rahmen der Ausstellung *Künstler forschen nach Auschwitz* 1996 ohne behördliche Genehmigung die ersten 50 *Stolpersteine* in Kreuzberg.²²⁷ Die Verlegung war zunächst als temporäre Installation gedacht.²²⁸ Die Initialzündung zur Verbreitung des Projektes folgte 1997, als der Südafrikaner Steven Robins zufällig diese *Stolpersteine* entdeckte und das Ziel verfolgte, auch seine ermordeten Angehörigen auf diese Weise zu ehren.²²⁹ Gemeinsam mit dem *Kreuzberg-Museum* erwirkte er bei der Bezirksverordnetenversammlung schließlich eine Genehmigung zur Verlegung, so dass die Steine für seine Angehörigen im Jahr 2000 in der Naunynstraße verlegt werden konnten.²³⁰ Mittlerweile gibt es 54.000 *Stolpersteine* in 1.600 Orten in Deutschland, Österreich, Belgien, Frankreich, Griechenland, Italien, Kroatien, Luxemburg, den Niederlanden, Norwegen, Polen, Rumänien, Russland, der Schweiz, der Slowakei, Slowenien, Tschechien, der Ukraine und Ungarn (Stand: November 2015).²³¹ Die *Stolpersteine* widmen sich von Anfang

²¹⁹ Er zog eine Farbspur von den Wohnorten von Roma und Sinti zum Ort der Deportation. (NS-Dokumentationszentrum, *Stolpersteine*, S. 12.)

²²⁰ Ebd., S. 25.

²²¹ Sommer, *Gesellschaftliches Erinnern*, S. 74.

²²² Ebd.

²²³ NS-Dokumentationszentrum, *Stolpersteine*, S. 12.

²²⁴ Sommer, *Gesellschaftliches Erinnern*, S. 74.

²²⁵ Ebd.

²²⁶ Unterstützt wurde er dabei vom Kölner *NS-Dokumentationszentrum*. (NS-Dokumentationszentrum, *Stolpersteine*, S. 13.)

²²⁷ Kačič, *Koordinierungsstelle Museumsjournal*, S. 34.

²²⁸ Fritsche, Petra T. (2014): *Stolpersteine. Das Gedächtnis einer Straße*. Berlin: wvb, S. 213.

²²⁹ Kačič, *Koordinierungsstelle Museumsjournal*, S. 34.

²³⁰ Ebd.

²³¹ O.A. (Ohne Datum): Technik, Online im Internet: <http://www.stolpersteine.eu/technik/> [02.02.2017]. Der 5000. *Stolperstein* in Berlin wurde Paul Höhlmann, einem Opfer der „Euthanasie“-Programme, gewidmet. Bisher wurden nur 100 *Stolpersteine* in Berlin für diese Opfergruppe verlegt, was sicherlich auch der schwierigen Quellenlage

an allen Opfergruppen.²³² „Damit grenzt sich dieses Projekt von anderen Denkmälern ab, die meist nur eine Verfolgtengruppe im Blick haben.“²³³

Demnig hat lange Zeit alle Steine selbst hergestellt. Seit 2006 werden sie vom Bildhauer Michael Friedrichs-Friedländer gefertigt.²³⁴ Eine maschinelle Herstellung lehnt Demnig ab, weil diese die Opfer erneut entindividualisieren würde. Insofern werden alle Buchstaben nach wie vor per Hand in die Messingoberfläche geschlagen.²³⁵ Demnig nimmt fast alle Verlegungen selbst vor.²³⁶ Der handwerkliche und organisatorische Aufwand hat bei der großen Nachfrage lange Wartezeiten zur Folge. Die Finanzierung erfolgt durch Patenschaften.²³⁷ Die *Stolpersteine* sind aber nicht nur ein Erinnerungs-Projekt, sondern durch die zum Teil umfangreichen Recherchearbeiten der Paten auch ein Geschichtsprojekt.²³⁸ So wurde das Projekt *Stolpersteine* auch von Geschichtswerkstätten aufgegriffen.²³⁹ *Stolpersteine* sind also Gedenkstätte, Monument, Mahnmal, Denkmal, Geschichtsprojekt und Kunstwerk.²⁴⁰ Ein Ende der *Stolpersteine* ist nicht in Sicht. „In diesem Sinne ist die dokumentarische Markierung die persönliche Reflektion sowie die Kommunikation und Interaktion zwischen den Menschen bereits als entscheidendes Ergebnis des Stolperstein-Projekts zu verstehen.“²⁴¹ Es scheint vor allem die Verbindung von individuellem und kollektivem Gedenken sowie von kommunikativem und kulturellem Gedächtnis zu sein, die den Reiz der *Stolpersteine* ausmacht.²⁴²

3.2.3 Akteure

Das Projekt *Stolpersteine* entstand aus einer Zusammenarbeit mit dem gemeinnützigen Kölner Verein *Roma e.V.* heraus. Insofern war die organisierte Zivilgesellschaft von Anfang

zuzuschreiben ist. Mit der Nutzung neuer Archivbestände hat das zivilgesellschaftliche Engagement für die *Stolpersteine* dazu beigetragen, das Wissen über bisher wenig berücksichtigte Opfergruppen zu erweitern. (Hillebrecht, Sabine und Kühling, Gerd (2013): Der 5000. Stolperstein in Berlin. In: Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V., Koordinierungsstelle Stolpersteine Berlin, Kulturprojekte Berlin GmbH (Hgg.): *Stolpersteine in Berlin. 12 Kiezspaziergänge*. Berlin, S. 25-27.)

²³² Die Zugehörigkeit zu manchen Opfergruppen wird auf dem Stolperstein vermerkt. Es existiert keine Statistik darüber, wie viele Steine für welche Opfergruppen verlegt wurden. (Fritsche, *Gedächtnis einer Straße*, S. 219 f.) Dass die ersten Steine für Roma und Sinti verlegt wurden, ergab sich aus der Zusammenarbeit mit dem *Roma e.V.*, der bereits umfangreiche Informationen recherchiert hatte. (Sommer, *Gesellschaftliches Erinnern*, S. 74.)

²³³ Kačič, Koordinierungsstelle Museumsjournal, S. 34.

²³⁴ Ebd., S. 35.

²³⁵ Fritsche, *Gedächtnis einer Straße*, S. 217.

²³⁶ Ebd., S. 218.

²³⁷ Sommer, *Gesellschaftliches Erinnern*, S. 76. Ein Stein kostet mittlerweile 120 Euro, inklusive Herstellung und Versand. Für die Verlegung kommen ggf. noch Übernachtungskosten für Demnig hinzu.

²³⁸ Fritsche, *Gedächtnis einer Straße*, S. 271.

²³⁹ Ebd., S. 272.

²⁴⁰ Ebd., S. 308. Die Kategorisierung als Kunstwerk war sogar schon Thema einer behördlichen Auseinandersetzung, als es darum ging, ob Demnig weiterhin auch den ermäßigten Umsatzsteuersatz an das Kölner Finanzamt richten dürfe. Nach zwei Fachgutachten und einem breiten Medien-Echo wurde das bestätigt. (Ebd., S. 309 ff.) Fritsche hat *Stolperstein*-Paten und Angehörige von NS-Opfern, denen *Stolpersteine* gewidmet wurden, nach ihrer Auffassung gefragt. Danach werden die Stolpersteine von beiden Gruppen hauptsächlich als Mahnmal angesehen (Paten: 71%; Angehörige: 90%). Dass 60% der Paten die Stolpersteine als Geschichtsprojekt empfinden, hängt sicherlich mit ihrer Recherchearbeit zusammen. Nur rund ein Drittel aller Befragten sieht in den Stolpersteinen auch ein Kunstwerk. Sie sehen die „Funktion als Geschichtsprojekt, Mahnmal, Grabmal oder Denkstein im Vordergrund.“ (Ebd., S. 314 f.)

²⁴¹ Sommer, *Gesellschaftliches Erinnern*, S. 88.

²⁴² Ebd., S. 103.

an involviert. In anderen Projekten arbeitete Demnig ebenfalls mit zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammen.²⁴³ Auch die Weiterführung und die enorme Ausbreitung des Projektes ist den zivilgesellschaftlichen Akteuren zu verdanken.

*Die STOLPERSTEINE sind ein Denkmal von „unten“. Sie entstehen, wenn sich Einzelpersonen, Vereine, Initiativen oder Schulklassen dafür interessieren, was während der Zeit des Nationalsozialismus vor ihrer Haustür geschah – und sie der Opfer individuell gedenken wollen. Dann fangen sie an zu recherchieren, übernehmen eine Patenschaft und setzen sich dafür ein, dass ihr Ort die Verlegung eines STOLPERSTEINES genehmigt.*²⁴⁴

Die Recherche der Lebensdaten sowie der individuellen Schicksale erfolgt durch engagierte Gruppen und Einzelpersonen, die mal mehr, mal weniger organisiert sind. „Meistens bilden sich Initiativgruppen wie Hausgemeinschaften, Geschichtsvereine und -werkstätten, Schülergruppen [...]. Aber auch Stadtverwaltungen selbst [...], Museen oder Universitäten werden zu Initiatoren.“²⁴⁵ In Fällen ohne direkten persönlichen Bezug zu den NS-Opfern (wie beispielsweise Angehörige oder Freunde), denen *Stolpersteine* gewidmet werden sollen, sind es die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und die „unmittelbare Partizipationsmöglichkeit“, die zum Engagement motivieren.²⁴⁶ Die Möglichkeit zur Beteiligung und zu einer sehr selbstverantwortlichen und selbständigen Initiative macht also für die Engagierten einen großen Teil der Attraktivität des Projektes aus. Darüber hinaus schafft der allgegenwärtige lokale Kontext die Möglichkeit der persönlichen Identifikation und des nachbarschaftlichen Engagements.²⁴⁷ Bestandteil der Vorarbeit ist oftmals auch die (versuchte) Kontaktaufnahme zu Angehörigen, aus der nicht selten Freundschaften und langfristige Bekanntschaften entstehen.²⁴⁸ Grundsätzlich kann jede Person einen *Stolperstein* initiieren. Es können aber auch Gruppen von Bürgern, Museen oder Vereine zu Initiatoren werden.²⁴⁹ Die Initiatoren übernehmen sowohl inhaltliche als auch organisatorische Vorarbeiten für die Verlegung der *Stolpersteine*. Hierzu zählen: Antragstellung bei Behörden für die Erlaubnis der Verlegung, biographische Recherchen, Fundraising, Organisation von Informationsveranstaltungen, Informieren der Hausbewohner und Hausbesitzer, Kontaktieren von Angehörigen, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.²⁵⁰ Häufig werden die Ergebnisse der biographischen Recherchen bei der Verlegung verlesen und in kleinen Broschüren veröffentlicht.²⁵¹ Durch das

²⁴³ NS-Dokumentationszentrum, *Stolpersteine*, S. 12, S. 32.

²⁴⁴ Ebd., S. 38

²⁴⁵ Fritsche, *Gedächtnis einer Straße*, S. 224. Während die Engagierten in Deutschland eine sehr heterogene Gruppe sind, bemühen sich im Ausland oft die jüdischen Gemeinden um die *Stolpersteine*. Nur in Einzelfällen kommt es zur Gründung von Bürgervereinen zu diesem Zweck. Häufig werden die *Stolpersteine* dort durch Angehörige der Opfer initiiert und finanziert. Die Anwohner sind in der Regel nicht involviert. (Ebd., S. 233 ff.)

²⁴⁶ Kačič, Koordinierungsstelle Museumsjournal, S. 34.

²⁴⁷ Sommer, *Gesellschaftliches Erinnern*, S. 94.

²⁴⁸ Kačič, Koordinierungsstelle Museumsjournal, S. 34.

²⁴⁹ Sommer, *Gesellschaftliches Erinnern*, S. 86.

²⁵⁰ Ebd.

²⁵¹ Als Beispiel seien hier die Publikationen des *Bürgervereins Luisenstadt e.V.* genannt: Die Broschüre gibt Auskunft über die Standorte der Steine sowie die Opfer-Biografien und listet zudem die Spender auf: Darunter sind das Kabarett *Diesterl*, Sammel Spenden aus einem Kiezfest und der Vorstand der *Jüdischen Gemeinde* zu Berlin, der *Bürgerverein Luisenstadt*, aber auch ein gespendeter Buseinsatz der *Johanniter*, der Polizeipräsident, Schüler und Lehrer. (Bürgerverein Luisenstadt e.V., *Stolpersteine*, S. 109 ff.)

Projekt entstehen konkrete und virtuelle Kommunikationsräume, sowohl innerhalb der Initiativen, zwischen den Initiativen als auch zwischen den Initiativen und vormals unbeteiligten Passanten (zum Beispiel im Rahmen von Verlegungen).²⁵² Auf diese Weise initiieren und stützen die *Stolpersteine* „die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und bieten interessierten Bürgern wiederum die Möglichkeit der Information und Teilnahme.“²⁵³ Das Kunstwerk *Stolpersteine* ist „eine Soziale Plastik und entfaltet in der Öffentlichkeit seine ganze Dimension.“²⁵⁴ Die Initiatoren der *Stolpersteine* bemühen sich in der Regel auch um die Einbeziehung weiterer Menschen bei der Verlegung, beispielsweise mittels Plakaten, Handzetteln, Gastrednern und Musikern.²⁵⁵ Die Verlegungen enden häufig mit Gesprächen unter den Beteiligten sowie mit den Teilnehmern: „Diese spezifische Öffentlichkeit, fern aller offiziellen Gedenkveranstaltungen, eröffnet die Gelegenheit zu Gesprächen und Begegnungen von Menschen, die sonst keinen Kontakt zueinander fänden.“²⁵⁶ Nach der Verlegung erweitert sich der Kreis der Öffentlichkeit in Bezug auf die *Stolpersteine* meist zufällig durch vorbeilaufende Touristen, Passanten, Kinder, die ihre Eltern fragen, etc.²⁵⁷ „Stolpersteine bringen Menschen und Ideen zusammen, stiften kollektives Gedenken, vertiefen ein sonst eher diffuses Unbehagen an der jüngsten deutschen Geschichte, ermöglichen Handeln und Reden im öffentlichen Raum.“²⁵⁸

Neben der Recherche, der Organisation von Verlegungen sowie ggf. der lokalen Koordination der Arbeit übernehmen Engagierte auch noch andere Aufgaben: Sie verfassen und veröffentlichen Broschüren, übernehmen Putzpatenschaften und organisieren Stadtführungen, Ausstellungen und Vorträge.²⁵⁹ Zudem können die Initiativen mit ihren Netzwerken auch Öffentlichkeit herstellen, um auf Missstände aufmerksam zu machen, sich an anderen Aktionen beteiligen oder diese initiieren.²⁶⁰ Insofern hat das Projekt *Stolpersteine* auch eine akti-

²⁵² Sommer, Gesellschaftliches Erinnern, S. 86 f. Zwar engagieren sich auch viele Schulklassen für die *Stolpersteine*, diese zählen aber – sofern es sich um einen Teil des Unterrichts und nicht um eine freiwillige Arbeitsgemeinschaft handelt – nicht zur Zivilgesellschaft, da die Mitgliedschaft bzw. das Engagement nicht auf Freiwilligkeit beruht. Das Projekt stößt gerade bei Jugendlichen aufgrund der „detektivisch anmutenden Suche nach biographischen Fakten“ auf großes Interesse. (Kačič, Koordinierungsstelle Museumsjournal, S. 35.)

²⁵³ Sommer, Gesellschaftliches Erinnern, S. 86 f.

²⁵⁴ Fritsche, Gedächtnis einer Straße, S. 480.

²⁵⁵ Ebd., S. 267.

²⁵⁶ Ebd.

²⁵⁷ Ebd., S. 268.

²⁵⁸ Ebd., S. 270.

²⁵⁹ Ebd., S. 224. Die Initiative *Mahnwache und Stolpersteine putzen* und das Bürgerradio *Radio Blau* in Leipzig vertonten die Biographien von NS-Opfern, für die *Stolpersteine* verlegt wurden. Auf diese Weise sollten *Stolpersteine* „hörbar“ werden. Andere freie Radiosender haben sich mittlerweile dem Projekt angeschlossen. (Ebd., S. 227 f.) Am 75. Jahrestag der Novemberpogrome druckte das Berliner Stadtmagazin *tip* einen ganzseitigen Aufruf *Berlin putzt Stolpersteine* und legte ein Brillenputztuch bei, das ausdrücklich zum Putzen der *Stolpersteine* gedacht war. (Ebd., S. 15.) Beispielsweise haben Besucher eines Seniorenheims, Schüler und Kindergartenkinder Putzpatenschaften für *Stolpersteine* in der Berliner Stierstraße übernommen. (Ebd., S. 478.)

²⁶⁰ Beispielsweise kam es aufgrund personeller Engpässe in der Berliner Koordinierungsstelle 2013 zu einem Verlegestopp durch das Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg in Berlin. Der Grund dafür war das Auslaufen des Arbeitsvertrags einer befristet angestellten Mitarbeiterin, die in zehn Jahren die Verlegung von mehr als 550 *Stolpersteinen* koordiniert und Paten beraten hatte. Die Initiative *Stolpersteine Stierstraße* informierte daraufhin nicht nur die anderen *Stolperstein*-Initiativen, sondern auch die Presse. Des Weiteren wurde ein entsprechender Antrag zur Unterstützung der Koordinierungsstelle in der Bezirksverordnetenverwaltung gestellt. (Ebd., S. 226 f.) Außerdem setzte der *Arbeitskreis Euthanasie* der Stuttgarter *Stolperstein*-Initiative gemeinsam mit dem Bürger-

vierende Wirkung auf die Zivilgesellschaft entwickelt, die über das eigentliche Projekt hinausgeht.

Die Besonderheit dieses Netzwerks ist, dass es quasi basisdemokratisch aus der Bevölkerung heraus erwächst. Es gibt keinen öffentlichen Auftraggeber und selbst der Künstler Gunter Demnig versteht sich lediglich als „Initiator“ der Stolpersteine. Die Möglichkeiten der konkreten Kommunikation und Interaktion, die das Projekt bietet, werden von vielen Teilen der Bevölkerung überaus produktiv wahrgenommen, wodurch sich das Volk in der Tat sein eigenes Mahnmal setzt.²⁶¹

Für die *Stolpersteine* wird zuweilen auch mehr Stadtraum einbezogen als nur der Bürgerteil. So hat die Initiativgruppe *Stolpersteine Stierstraße* in Berlin eine Informationstafel angebracht, die biographische Dokumente, Fotos und Reden von der Verlegung zeigt und auch Schändungen dokumentiert.²⁶² Manche argumentieren, bei den *Stolpersteinen* handle es sich um die Initiative eines einzelnen Künstlers, der damit seine Vorstellung von Gedenken zum Ausdruck bringt. In dem Maße, wie das Vorhaben jedoch von der Zivilgesellschaft getragen wird, zeigt sich, dass es sich um eine kollektive Willensäußerung handelt und die „Grenzen zwischen Auftragsarbeit und Eigeninitiative“²⁶³ verschwimmen.

Da das Projekt schnell, ungeplant und unerwartet gewachsen ist, fehlten lange die organisatorischen Strukturen. Deutschlandweit wird es von einem Netzwerk ehrenamtlicher Mitarbeiter getragen, die aus allen Bevölkerungsgruppen stammen: lokale Geschichtswerkstätten, Parteien, Vereine, Museen, Archive, Schulen und Privatpersonen. Diese gruppieren sich häufig zu lokalen Initiativen, deren Arbeit oftmals ein regionaler Koordinator organisiert. Uta Franke, Autorin und Demnigs Lebensgefährtin, verantwortet seit 2003 die zentrale Koordination und Dokumentation des Projektes.²⁶⁴ Durch die Koordinierung sollen Doppelverlegungen verhindert, Verlegerouten geplant und die Richtigkeit der Daten gewährleistet werden.²⁶⁵ Die Arbeit, Größe und Ausgestaltung dieser Koordinierungsstellen variiert stark.²⁶⁶

Sie beantworten Anfragen aus aller Welt, bemühen sich, Verlegungswünsche zeitnah zu erfüllen und unterstützen die Paten bei den Recherchen. Somit ist jeder, der sich in diesem Kunstprojekt engagiert, Teil eines kommunikativen Prozesses.²⁶⁷

In Berlin waren es zu Beginn die beiden Bezirks-Museen Friedrichshain-Kreuzberg und Mitte mit dem *Bürgerverein Luisenstadt*. Bereits nach wenigen Jahren waren sie aber mit der Masse der Anfragen überfordert.²⁶⁸ Schließlich riefen die beiden Museen 2005 gemeinsam die *Koordinierungsstelle Stolpersteine Berlin* ins Leben, die seit 2012 an das *Aktive Museum*

rechtsforum *Die Anstifter* 2009 eine Aktion um, die an die „Euthanasie“-Morde erinnern sollte. Mehr als 7.000 Menschen beteiligten sich an der Initiative, die mit einer blauen Farbspur, die von Grafeneck – dem Ort der Morde – zum Stuttgarter Innenministerium – dem Ort der Schreibtischtäter – führte. (Ebd., S. 228.)

²⁶¹ Sommer, Gesellschaftliches Erinnern, S. 87.

²⁶² Fritsche, Gedächtnis einer Straße, S. 478.

²⁶³ Sommer, Gesellschaftliches Erinnern, S. 35.

²⁶⁴ Ebd., S. 74. Laut einer anderen Quelle hat Uta Franke 2002 die Gesamtkoordination übernommen. (NS-Dokumentationszentrum, Stolpersteine, S. 13.)

²⁶⁵ Fritsche, Gedächtnis einer Straße, S. 225.

²⁶⁶ Ebd.

²⁶⁷ Kačič, Koordinierungsstelle Museumsjournal, S. 34 f.

²⁶⁸ Düspohl, Martin (2013): *Stolpersteine. Die Anfänge in Berlin*. In: Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V., Koordinierungsstelle Stolpersteine Berlin, Kulturprojekte Berlin GmbH (Hgg.): *Stolpersteine in Berlin*. 12 Kiezspaziergänge. Berlin, S. 21-23, S. 22 f.

Faschismus und Widerstand in Berlin e.V. angegliedert ist und die einzelnen Paten und Initiativen unterstützt.²⁶⁹ Die *Koordinierungsstelle* ist zudem mittlerweile mit Personal ausgestattet, das sich ausschließlich mit den *Stolpersteinen* beschäftigt und verfügt auch über eine Pädagogin, die interessierte Pädagogen berät.²⁷⁰ Außerdem obliegt der Stelle die regelmäßige Kommunikation mit Demnig und seinem Team.²⁷¹ Seit 2013 informiert die umfangreiche Homepage über Verlegungen, Biographien sowie über die Arbeit der Bezirks-Initiativen.²⁷² Die institutionelle Förderung ermöglicht der *Koordinierungsstelle* außerdem weitere Angebote für die Bezirksinitiativen, darunter Seminare zum biographischen Schreiben, Ausstellungsbesuche, Vorträge durch Archiv-Mitarbeiter und Archiv-Workshops.²⁷³ Entsprechende Spenden erfolgen in Berlin an das *Aktive Museum* zugunsten der *Koordinierungsstelle*. Seit 2014 gibt es eine gemeinnützige *STIFTUNG – SPUREN – Gunter Demnig* mit Sitz in Frechen.²⁷⁴ Die Stiftung verfügt über einen Vorstand und ein beratendes Kuratorium, das aus drei Historikern, einer Kunsthistorikerin, einem Juristen und einer Steuerfachfrau besteht.²⁷⁵ Der Stifter Demnig ist alleinvertretender Vorstand der Stiftung; eine Nachfolgeregelung wurde getroffen.²⁷⁶ Die Stiftung wurde aus dem Wunsch heraus gegründet, die *Stolpersteine* nach dem Tode Demnigs weiterzuführen, denn „das Interesse wächst eher noch“.²⁷⁷ Man kann noch einen weiteren Wunsch hinter der Stiftungsgründung vermuten: Mit seiner Alleinvertretung und der nicht-demokratischen Binnenorganisation von Stiftungen sichert Demnig die fortbestehende Kontrolle. Nach Plagiatsfällen²⁷⁸ und dem rasanten Wachstum des Projektes ist die Angst, dass es dem Initiator entgleiten könnte, nachvollziehbar. Eine Stiftung steht aber in deutlichem Kontrast zur basisdemokratischen Organisation des Gesamtprojektes.

²⁶⁹ Kačič, Koordinierungsstelle Museumsjournal, S. 35; Fritsche, Gedächtnis einer Straße, S. 225.

²⁷⁰ Kačič, Silvija (2013): Die Koordinierungsstelle Stolpersteine Berlin. In: Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V., Koordinierungsstelle Stolpersteine Berlin, Kulturprojekte Berlin GmbH (Hgg.): *Stolpersteine in Berlin. 12 Kiezspaziergänge*. Berlin, S. 9-13, S. 9 ff.

²⁷¹ Kačič, Koordinierungsstelle Museumsjournal, S. 35.

²⁷² Ebd. Für Berlin gibt es eine interaktive Karte mit allen verlegten Stolpersteinen. (O.A. (Ohne Datum): *Stolpersteine finden*, Online im Internet: <https://www.stolpersteine-berlin.de/de/stolpersteine-finden> [02.02.2017].) Auch in Köln gibt es eine Online-Datenbank mit allen in Köln verlegten Stolpersteinen: auf der Webseite des *NS-Dokumentationszentrums*. (O.A. (Ohne Datum): *Stolpersteine. Erinnerungsmale für die Opfer des Nationalsozialismus*, Online im Internet: <http://www.museenkoeln.de/ns-dokumentationszentrum/default.aspx?s=1194> [02.02.2017] (NS-Dokumentationszentrum, *Stolpersteine*, S. 4.)

²⁷³ Kačič, Koordinierungsstelle Aktives Museum, S. 11.

²⁷⁴ Die Stiftung wurde am 16.12.2014 von der Stiftungsaufsicht – der Bezirksregierung Köln – anerkannt und verfolgt folgende gemeinnützige Zwecke: Bildung, Erziehung, Ausbildung – allgemein; Kunst und Kultur – allgemein; Stipendien / Hochschule / Erwachsenenbildung. (O.A. (Ohne Datum): *Stiftungsverzeichnis*, Online im Internet: <http://bit.ly/2k5NVuw> [02.02.2017].) Zwar ist die Satzung nicht öffentlich einsehbar, Demnig hat aber per Email Fragen zur Stiftung beantwortet.

²⁷⁵ Demnig, Gunter (2017): Re: Satzung der STOLPERSTEINE-Stiftung. Email: gunter@gunterdemnig.de (29.01.2017).

²⁷⁶ Ebd.

²⁷⁷ Ebd.

²⁷⁸ Die *Stolpersteine* sind europaweit ein eingetragenes Warenzeichen. Trotzdem kommt es hin und wieder zu Plagiatsfällen. (Fritsche, *Gedächtnis einer Straße*, S. 237.)

Die *Stolpersteine* wirken aktivierend auf die Zivilgesellschaft: Sie fördern und fordern die individuelle Beschäftigung mit den NS-Verbrechen.²⁷⁹ „Erinnern anhand der *Stolpersteine* bedeutet sich zu informieren und zu lernen, sich auszutauschen und zu streiten, sich zu solidarisieren und zu engagieren – kurzum, die Erinnerung lebendig zu halten.“²⁸⁰ Die dezentrale Organisation und die lokale Verortung der *Stolpersteine* ermöglichen vielen Menschen im direkten nachbarschaftlichen Umfeld ein Verständnis für die Alltäglichkeit der Verbrechen zu entwickeln. Andere empfinden dies wiederum als Provokation und fühlen sich gestört.²⁸¹

3.2.4 Kritik

In der Bundesrepublik Deutschland sind Debatten über die richtige Form der Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus ein wichtiger Bestandteil des politischen Diskurses. Und so wird auch über die STOLPERSTEINE – bei allgemein breiter Zustimmung – heftig diskutiert. Es wird zum Beispiel vor einer „Stigmatisierung der Häuser und ihrer Bewohner“ gewarnt – aus Angst davor, es könnte auf Fälle von „Arisierung“ aufmerksam gemacht werden. Oder es wird eine „Inflation des Erinnerns“ befürchtet – und es werden, wie in München, die STOLPERSTEINE wieder entfernt.“²⁸²

Nicht alle deutschen Städte genehmigen die Verlegung von *Stolpersteinen*. Die Ablehnung erfolgt meist „aufgrund von Vorbehalten und auch Rücksichtsnahmen auf Hausbesitzer und (oft) vorgeblich auch auf Nachkommen von Opfern“.²⁸³ Die wohl schärfste und einflussreichste Kritikerin ist Charlotte Knobloch, Präsidentin der *Israelitischen Kultusgemeinde (IKG) München und Oberbayern*, ehemalige Vorsitzende des *Zentralrats der Juden in Deutschland* sowie ehemalige Vizevorsitzende des *Jüdischen Weltkongresses* und des *Europäischen Jüdischen Kongresses*.²⁸⁴ Ihr stärkstes Argument gegen die *Stolpersteine* ist die Befürchtung, Neo-Nazis könnten auf ihnen herumtrampeln und so die Opfer ein weiteres Mal erniedrigen. Ihrem Einfluss ist es wohl zuzuschreiben, dass bis heute kein einziger *Stolperstein* in München im öffentlichen Raum verlegt wurde. Dennoch bildeten sich Initiativen, die zum Teil Unterstützung aus dem Ausland erhalten.²⁸⁵ Mittlerweile gibt es eine App mit virtuellen *Stolpersteinen* für München.²⁸⁶ Etwa 120 Steine wurden für München hergestellt und warten dort in Wohnungen und auf Privatgrundstücken auf ihre Verlegung.²⁸⁷ Das Verbot hat ein Engagement nicht verhindert, sondern ihre Aktivitäten nur in andere Bahnen gelenkt. *Stolpersteine*, die ohne Genehmigung verlegt worden sind, wurden innerhalb weniger Tage entfernt und auf dem jüdischen Friedhof verlegt.²⁸⁸ Peter Jordan, der in Manchester lebt und *Stolpersteine* für seine ermordeten Eltern verlegen lassen möchte, lieferte sich eine erbitterte Auseinan-

²⁷⁹ Sommer, *Gesellschaftliches Erinnern*, S. 103.

²⁸⁰ Ebd.

²⁸¹ Ebd.

²⁸² NS-Dokumentationszentrum, *Stolpersteine*, S. 55.

²⁸³ Fritsche, *Gedächtnis einer Straße*, S. 315.

²⁸⁴ Andere Repräsentanten des *Zentralrats der Juden in Deutschland* befürworten die *Stolpersteine*, darunter Vizepräsident Salomon Korn und der ehemalige Vorsitzende Stephan Kramer. (Ebd., S. 320 f.)

²⁸⁵ Sommer, *Gesellschaftliches Erinnern*, S. 91 f.

²⁸⁶ O.A. (Ohne Datum): *Stolpersteine München*, Online im Internet: <http://stolpersteine.partcours.de/> [02.02.2017].

²⁸⁷ Fritsche, *Gedächtnis einer Straße*, S. 319.

²⁸⁸ Die Entlokalisierung widerspricht dabei der künstlerischen Intention der Sichtbarkeit im Alltag und im öffentlichen Raum sowie der Markierung historisch authentischer Orte. (Ebd., S. 318.)

dersetzung mit Knobloch.²⁸⁹ Der damalige Münchener Oberbürgermeister Christian Ude (SPD) schloss sich ihrer Position an, stellte sich damit auch auf die Seite der *IKG* und befürchtete darüber hinaus eine „Inflation des Gedenkens“.²⁹⁰ Der Münchener Stadtrat hatte bereits 2004 ein Verbot für das Verlegen der Steine auf öffentlichem Grund beschlossen.²⁹¹ Die Fronten zwischen *Stolperstein*-Befürwortern und *IKG*/Stadtrat sind nach wie vor verhärtet, aber die mediale Berichterstattung über die Auseinandersetzung sowie die positiven Meinungsäußerungen anderer jüdischer Repräsentanten und Politiker anderer Städte zu diesem Thema sorgen für eine größere gesamtgesellschaftliche Aufmerksamkeit für das Projekt.²⁹²

Des Weiteren wurden (u.a. in Halle, Köln und Berlin) *Stolpersteine* mutwillig zerstört oder aus dem Bürgersteig entfernt.²⁹³ In einigen Städten Mecklenburg-Vorpommerns wurden *Stolpersteine* geschändet und in rechtsradikalen Internet-Foren wird gegen Demnig und örtliche Initiatoren gehetzt.²⁹⁴ Jeder der 111 *Stolpersteine*, die bis 2012 zerstört bzw. entfernt wurden, ist inzwischen ersetzt worden.²⁹⁵ In Fällen von Beschädigung oder Diebstahl ermittelt der Staatsschutz in der Regel wegen des Verdachts der Volksverhetzung und der Verunglimpfung von Opfern des Holocaust.²⁹⁶ Auch wenn Anwohner bzw. Bürger der Nachbarschaft häufig Patenschaften übernehmen und Verlegungen initiieren und organisieren, sind nicht alle Hausbesitzer und Anwohner erfreut über *Stolpersteine* vor der eigenen Haustür. Ein Hausbesitzer-Paar in Köln klagte schon erfolglos auf Schadensersatz, weil sie eine Wertminderung ihrer Immobilie fürchteten.²⁹⁷ In Berlin kam es hingegen auch schon vor, dass Hausbesitzer eine Verlegung initiieren wollten, um eine Wertsteigerung ihrer Immobilie herbeizuführen.²⁹⁸ Der individuelle und vereinzelte Widerstand gegen die Verlegung von *Stolpersteinen* sorgt immer wieder für Berichterstattung in den Medien. „Auf diese Weise ermöglicht er auch einem größeren Publikum die Auseinandersetzung mit dem Einzelfall und verstärkt die gesellschaftliche Relevanz des Themas.“²⁹⁹ Es scheint, als diene die besondere

²⁸⁹ Ebd., S. 318 ff.

²⁹⁰ Er verwies auf die vielen in München bereits vorhandenen Denk- und Mahnmale. (Sommer, Gesellschaftliches Erinnern, S. 91.) Die *Stolperstein*-Befürworter führen dagegen an, dass es wichtig sei „in möglichst konkreter und vielzähliger Form an diese Leiden zu erinnern.“ (NS-Dokumentationszentrum, *Stolpersteine*, S. 58.)

²⁹¹ Fritsche, *Gedächtnis einer Straße*, S. 318. Der Ältestenrat des Münchener Stadtrats sprach sich schon 2003 gegen die Verlegung von *Stolpersteinen* aus. (Sommer, Gesellschaftliches Erinnern, S. 91.)

²⁹² Ebd., S. 92. Weitere Kritikerinnen sind Ulrike Schrader, Leiterin der *Begegnungsstätte Alte Synagoge* in Wuppertal, und Edna Brocke, die Leiterin der *Alten Synagoge* in Essen. Schrader spricht den *Stolpersteinen* den Status als Kunstwerk ab und kritisiert das Engagement der Paten als „vorausseilender Gehorsam“. (Fritsche, *Gedächtnis einer Straße*, S. 321.) Außerdem sorgt sie sich um die Definition, wer als Opfer gelte und die Angehörigen, die womöglich gar keine *Stolpersteine* wollten. Darüber hinaus kritisiert sie die Opfer-Bezogenheit der *Stolpersteine*, die keine Aufklärung über die Täter böten. (Ebd., S. 321 ff.)

²⁹³ Sommer, *Gesellschaftliches Erinnern*, S. 90.

²⁹⁴ Ebd.

²⁹⁵ Fritsche, *Gedächtnis einer Straße*, S. 239.

²⁹⁶ Ebd.

²⁹⁷ Sommer, *Gesellschaftliches Erinnern*, S. 90.

²⁹⁸ Fritsche, *Gedächtnis einer Straße*, S. 315.

²⁹⁹ Sommer, *Gesellschaftliches Erinnern*, S. 91.

örtliche Verankerung der *Stolpersteine* gleichsam als Verstärker für positive und negative Reaktionen.³⁰⁰

3.3 Die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung

Im Dezember 2008 beschloss der Bundestag das Gesetz zur Gründung der *Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“*, die als unselbständige Stiftung öffentlichen Rechts in Trägerschaft des *Deutschen Historischen Museums (DHM)* gegründet wurde. Die langwierige und hitzige Debatte um Gründung und Profil der Stiftung sowie die andauernden Streitigkeiten in ihrem Umfeld offenbaren eine hochgradige Emotionalität sowie eine ideelle Polarisierung, die die Themen Vertreibung³⁰¹ und Flucht zum Ende des Zweiten Weltkriegs umgeben.

Die Initiatoren waren Erika Steinbach, damals CDU-Politikerin und Präsidentin des *Bundes der Vertriebenen (BdV)*, und der SPD-Politiker und Kommunikationswissenschaftler Peter Glotz, die mit dem *BdV* im Jahr 2000 die *Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen (ZgV)* mit dem Ziel gründeten, eine Erinnerungs- und Dokumentationsstätte aufzubauen. Der *BdV* „hatte nicht nur die Initialzündung zur Gründung eines solchen Zentrums gelegt, sondern konnte sich bislang auch inhaltlich in beträchtlichem Maß durchsetzen.“³⁰²

Im Folgenden werden die Organisationen in Bezug auf ihre Beteiligung an der erinnerungskulturellen Debatte dargestellt: der *BdV*, die *Stiftung ZgV* und schließlich die *Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ (SFVV)*. Dabei werden die einzelnen Organisationen zwar mit ihren Ansichten und Aktivitäten vorgestellt, die Debatte selbst spielt in ihrem Ausmaß dabei aber eine geringere Rolle. Der Fokus liegt auf den zivilgesellschaftlichen Akteuren. Insofern finden die historischen Hintergründe von Flucht und Vertreibung zum Ende des Zweiten Weltkriegs sowie die allgemeine Integrationsgeschichte der Vertriebenen nach 1945 hier keine Berücksichtigung.

³⁰⁰ Ebd., S. 93.

³⁰¹ Die Begrifflichkeiten sind umstritten. So verwendet der Politikwissenschaftler Samuel Salzborn in seinen Publikationen die Begriffe „Vertreibung“ und „Vertriebene“ in Anführungszeichen. Damit will er symbolisch zeigen, „dass sie soziale Konstrukte beschreiben, die einen politisch-historischen Anspruch moralistisch begründen und legitimieren sollen, aber nicht in Einklang mit den historischen Tatsachen stehen.“ (Salzborn, Samuel (2000): *Grenzenlose Heimat. Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Vertriebenenverbände*. Berlin: Elefant Press, S. 12 f.) Auf die Anführungszeichen wird im Rahmen dieser Arbeit zwar verzichtet, die Begriffsgeschichte wird dabei aber ausdrücklich mitgedacht: So war der Begriff „Vertreibung“ in diesem Kontext am Ende des Zweiten Weltkriegs noch völlig unbekannt. (Ebd., S. 13.) Der Begriff Vertriebener richtet sich im Rahmen dieser Arbeit nach der rechtlichen Grundlage und Definition durch das Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (BVFG) von 1953 (neu gefasst 2007, zuletzt geändert 2009).

³⁰² Hinterhuber, Eva Maria (2010): Der Bund der Vertriebenen als Organisation der Zivilgesellschaft. Eine kritische Analyse. In: *Opusculum* 44/2010, S. 4-27, S. 4.

3.3.1 Literatur³⁰³

Die wissenschaftliche Literatur, die sich explizit mit den Organisationen beschäftigt, ist übersichtlich. Für den *BdV* sind hier vor allem die Historiker und Politikwissenschaftler Pertti Aho-nen, Matthias Stickler, Samuel Salzborn und Manfred Kittel zu nennen. Auffällig ist, dass sich Salzborn und Kittel persönlich in die Debatte einbringen, Salzborn mit seinem Aufruf gegen ein *ZgV* und Kittel als *SFVV*-Gründungsdirektor. Im Rahmen dieser Arbeit sind besonders die Beiträge von Eva Maria Hinterhuber und Rupert Graf Strachwitz interessant, die den *BdV* in zivilgesellschaftlicher Perspektive betrachten. Die Geschichte des *ZgV* sowie der *SFVV* umfasst erst 15 Jahre, die Anzahl wissenschaftlicher Publikationen ist überschaubar und geht kaum über ein paar Aufsätze hinaus. So wurde hier zusätzlich auf Presseberichte zur Debatte sowie Aufrufe und Selbstdarstellungen zurückgegriffen. Darüber hinaus hat Steinbach ihre Sicht in dem Buch *Die Macht der Erinnerung* dargelegt und Bettina Mihr in ihrem Werk *Wund-Male* die Debatte und Entstehungsgeschichte des *ZgV* mit psychoanalytischen und psychosozialen Analyseinstrumenten untersucht. Der Großteil der verfügbaren Literatur positioniert sich mehr oder weniger offensichtlich politisch und steht somit entweder dem *BdV* und seinen assoziierten Organisationen nahe oder lehnt diese und ihre politischen Positionen ab.

3.3.2 Akteure

Im Folgenden sollen die beiden für das Projekt wesentlichen zivilgesellschaftlichen Akteure – der *Bund der Vertriebenen* und die *Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen* – vorgestellt werden. Außerdem steht Steinbach als damalige *BdV*-Präsidentin und Vorsitzende der Stiftung *ZgV* sowie als Schlüsselfigur für das hier untersuchte Vorhaben im Fokus der Betrachtung.

3.3.2.1 Der Bund der Vertriebenen

Der *Bund der Vertriebenen - Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände e.V.* ist ein Verband und als solcher ein Verein, dessen Mitglieder wiederum selbst korporative Akteure sind.³⁰⁴ Der *BdV* ist beim Amtsgericht Bonn im Vereinsregister (VR 2841) eingetragen und wegen „der Fürsorge für Vertriebene, Aussiedler und Spätaussiedler“³⁰⁵ gemäß Abgabenordnung (AO) §52, Abs. 2 Nr. 10 als gemeinnützig anerkannt. Formal zählt er zur Zivilgesellschaft.³⁰⁶ Der *BdV* selbst formuliert seine Aufgaben so:

³⁰³ Ein Beitrag von Matthias Stickler bietet einen umfangreichen Überblick über die erschienene Literatur und das die Vertriebenenverbände betreffende Forschungsgebiet: Stickler, Matthias (2008): Forschung zur Geschichte der Vertriebenenverbände. Hinweise auf ein wenig beachtetes Arbeitsfeld der jüngeren Zeitgeschichte. In: Historisches Jahrbuch 128/2008, S. 469-494.

³⁰⁴ Häufig sind die Mitglieder in Verbänden selbst auch eingetragene Vereine. (Zimmer, Annette (2007): Vereine – Zivilgesellschaft konkret. 2. Aufl. Wiesbaden: VS, S. 36.)

³⁰⁵ O.A. (Ohne Datum): *BdV – Rechtsform und Organisation*, Online im Internet: <http://www.bund-der-vertriebenen.de/strukturen-organisation-aufgaben/rechtsform.html> [02.02.2017].

³⁰⁶ Hinterhuber, Zivilgesellschaft, S. 4.

Anfangs handelte es sich dabei um Selbsthilfeverbände, denen es darum ging, den Vertriebenen und Flüchtlingen die unmittelbaren Lebensgrundlagen zu sichern und versprengte Familien wieder zusammenzuführen. Später erweiterten sich die Aufgaben beträchtlich und umfassen bis heute die Interessenvertretung der Vertriebenen, Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler in allen vertriebenenspezifischen Fragen sowie die Beratung und Betreuung dieses Personenkreises – und zwar völlig unabhängig von einer etwaigen Mitgliedschaft in den Verbänden.³⁰⁷

Das oberste Organ ist die Bundesversammlung, die sich aus Delegierten der Landsmannschaften, der Landesverbände und der anderen Mitglieder zusammensetzt und die „Leitlinien der gesamten Verbandsarbeit“ festlegt.³⁰⁸ Die Verbandspolitik bestimmt das Präsidium.³⁰⁹ Der *BdV* setzt sich aus 20 Landsmannschaften, 16 Landesverbänden und vier angeschlossenen Mitgliedsorganisationen zusammen, in denen Vertriebene, Aussiedler und Spätaussiedler organisiert sind.³¹⁰ So identifiziert Salzborn drei Säulen des Vertriebenen-Verbandswesen: (1) regionale nach dem jetzigen Aufenthaltsort organisierte Interessengemeinschaften, (2) nach den Herkunftsgebieten organisierte Landsmannschaften sowie (3) quasi berufsständische Vertretungen.³¹¹ Nicht-Vertriebene können Mitglieder in den Landsmannschaften und Landesverbänden sein.³¹² Der *BdV* entsendet Mitglieder in den *Beirat für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen*, dessen Aufgabe die Beratung der Bundesregierung in diesem Themenfeld ist, sowie in lokale und regionale Beiräte.³¹³

Das Koalitionsverbot unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg erschwerte die Bildung von Vertriebenenorganisationen.³¹⁴ Salzborn unterteilt die Geschichte des *BdV* in drei Etappen und überschreibt die erste Etappe (1945-1962) mit den Schlagwörtern „Entstehung, Konsolidierung, Legitimierung“.³¹⁵ Sie ist

gekennzeichnet von der Aufnahme und Integration der Umsiedler in der Bundesrepublik, den ersten Organisierungsschritten in Verbänden bis hin zur Konstituierung des Bundes der Vertriebenen sowie zahlreichen verbändeinternen Streitigkeiten. In diese erste Etappe fällt auch die Einrichtung des Bundesvertriebenenministeriums sowie Gründung, Aufstieg und Fall der Vertriebenenpartei Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten.³¹⁶

Die ersten Zusammenschlüsse organisierten sich seit 1948 in nach Herkunftsregionen organisierten Landsmannschaften.³¹⁷ Ihr selbst gewähltes Aufgabenfeld und ihr Selbstverständnis umfasste nicht ausschließlich Brauchtumpflege, sondern beinhaltete von Anfang an auch

³⁰⁷ O.A. (Ohne Datum): *BdV – Strukturen, Organisation, Aufgaben*, Online im Internet: <http://www.bund-der-vertriebenen.de/strukturen-organisation-aufgaben/rechtsform.html> [02.02.2017].

³⁰⁸ O.A., Rechtsform.

³⁰⁹ Das Präsidium besteht aus dem Präsidenten, sechs von der Bundesversammlung gewählten Vizepräsidenten sowie sechs weiteren Mitgliedern. Ständige Präsidiumsmitglieder sind darüber hinaus die Präsidentin des *BdV-Frauenverbands* sowie der Präsident des *BdV-Bauernverbands*. (O.A., Strukturen.)

³¹⁰ Bei den vier angeschlossenen Mitgliedsorganisationen handelt es sich um den Frauenverband im *BdV*, die Arbeitsgemeinschaft *Junge Generation im BdV*, den *Bauernverband der Vertriebenen* sowie die *Traditionsgemeinschaft der ostdeutschen Leichtathleten*. (Ebd.)

³¹¹ Salzborn, *Grenzenlose Heimat*, S. 56.

³¹² O.A., Strukturen.

³¹³ Ebd.

³¹⁴ Die Westalliierten befürchteten „Radikalisierungstendenzen“. (Stickler, Matthias (2005): *Die deutschen Vertriebenenverbände – Interessengruppen mit gesamt nationalem Anspruch*. In: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hg.): *Flucht, Vertreibung, Integration*. Begleitbuch zur Ausstellung. Bielefeld: Kerber, S. 144-153, S. 145.)

³¹⁵ Salzborn, *Grenzenlose Heimat*, S. 46.

³¹⁶ Ebd.

³¹⁷ Stickler, *Interessengruppen*, S. 145.

politische Interessenvertretung und Stärkung der Gruppenidentität durch Publikationen und Großveranstaltungen.³¹⁸ Dachorganisationen bildeten sich erst 1949 zonen- bzw. bundesweit.³¹⁹ So entwickelten sich zunächst konkurrierende Verbände,³²⁰ die sich erst in den späten 1950er Jahren zum *Bund der vertriebenen Deutschen (BvD)* zusammenschlossen. Zu „diesem Zeitpunkt war für den *BdV* allerdings bereits der Zenit überschritten.“³²¹ Die erste Zeit war von Streitigkeiten über Integration oder Rückkehr der Flüchtlinge und Vertriebenen geprägt, die zum Teil aus unterschiedlicher politischer Schwerpunktsetzung resultierte.³²² Bundes- und Verbandspolitik waren von Anfang an miteinander verwoben: Unter den Verbandsfunktionären waren zahlreiche Bundespolitiker.³²³

*Legt man als Maßstab allein das quantitative Kriterium zu Grunde, war ihre Klientel an der politisch-administrativen Elite der Bundesrepublik deutlich überrepräsentiert, was eine gezielte Interessenpolitik naturgemäß erleichterte. In gewissem Sinne konterkariert und partiell überlagert wurde dieser Einfluss allerdings durch die Funktionsmechanismen der Parteiendemokratie: Im Konfliktfall galt die höhere Loyalität der Vertriebenenpolitiker ihrer Partei. Äußerst erfolgreich agierte die Vertriebenenlobby beispielsweise bei der Gesetzgebung zum Lastenausgleich.*³²⁴

Dabei war das Verhältnis zum *Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte* immer etwas gespannt, da das Ministerium die Schnittstelle zwischen Interessenpolitik für die Vertriebenen und der Bundespolitik bildete.³²⁵ Bis zur Auflösung des Ministeriums 1969 waren „drei zentrale Grundlagen des späteren politischen Kampfes“ der organisierten Vertriebenen abgeschlossen worden: Das *Bundesvertriebenengesetz*, das *Lastenausgleichsgesetz* und die *Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa*.³²⁶

Aufgrund des Kalten Krieges konzentrierte sich die Arbeit des *BdV* zunächst auf innenpolitische Ziele. Insofern bezeichnet Salzborn die zweite Etappe in der Geschichte der Vertriebenen von 1963 bis 1989 auch als „innenpolitische Pressure-Group“.³²⁷ So war es für den *BdV* nötig, „eine gedankliche Brücke zwischen allgemeinpolitischen Fragen und ihren Forderungen zu schlagen.“³²⁸ Erst mit dem Mauerfall 1989 erweiterte sich der Aktionsradius: Im Zuge der osteuropäischen Wandlungsprozesse konzentrierte sich der *BdV* zunehmend auf Minderheitenpolitik und die Zusammenarbeit mit deutschen Volkstumsverbänden in Osteuro-

³¹⁸ Ebd., S. 145-147.

³¹⁹ Ebd., S. 145.

³²⁰ Ebd., S. 145 f.

³²¹ Ebd., S. 146.

³²² Salzborn, *Grenzenlose Heimat*, S. 56 f.

³²³ Der erste Vorsitzende des *ZvD* Hans Lukaschek war von 1949 bis 1953 Bundesvertriebenenminister. Sein *ZvD*-Nachfolger Linus Kather war auch CDU-Bundestagsabgeordneter und Mitglied in diversen Ausschüssen, die mit Fragen der Vertriebenen befasst waren. Auch der erste *BdV*-Präsident Hans Krüger war später Bundesvertriebenenminister. (Ebd., S. 55-59.)

³²⁴ Stickler, *Interessengruppen*, S. 148.

³²⁵ Salzborn, *Grenzenlose Heimat*, S. 62.

³²⁶ Ebd.

³²⁷ Ebd., S. 65.

³²⁸ Ebd., S. 66.

pa.³²⁹ In diesem Rahmen hat sich auch das völkische Konzept innerhalb der Vertriebenenverbände durchgesetzt: „Seither wird die umfassende Realisierung von europäisch gesicherten Volksgruppenrechten für deutsche Minderheiten in Osteuropa erstrebt.“³³⁰

Der *BdV* und seine Vorgängerorganisationen waren von Anfang an parteipolitisch neutral, auch wenn sie (trotz gelegentlicher Spannungen) eher der CDU/CSU nahestanden und stehen.³³¹ Im Rahmen einer Bundestagsresolution wurde 1998 beschlossen, Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten beim Zusammenwirken mit seinen östlichen Nachbarn einzubeziehen und Vertreibung grundsätzlich als Unrecht und völkerrechtswidrig zu ächten.³³² Der *BdV* ist in die Lobby-Liste des Bundestages eingetragen.³³³

Bereits in den 1960er Jahren schrumpfte die Mitgliederzahl des *BdV* „zu einem zwar immer noch eindrucksvollen, aber keineswegs mehr für die Gesamtklientel repräsentativen Kernbestand“ zusammen.³³⁴ Die Altersstruktur veränderte sich im Wandel von der Erlebnis- zur Bekennnisgeneration und die Vertriebenenorganisationen wurden „faktisch zu Interessenvertretungen einer marginaler werdenden Randgruppe.“³³⁵ Diese Entwicklung setzte sich in den 1980er Jahren fort und war auch durch den Mitgliederzuwachs nach dem Mauerfall durch die Vertriebenen in der DDR und den Zustrom der Spätaussiedler – Salzborn bezeichnet diese dritte Etappe (1989-1999) der *BdV*-Geschichte als „Das Erwachen der ‚Vertriebenen‘“³³⁶ – nicht aufzuhalten.³³⁷ Der *BdV* ist heute der konkurrenzlose Dachverband und Interessenvertreter der Vertriebenen in Deutschland.³³⁸ Seit Steinbachs Präsidentschaft (1998-2014) kam es im *BdV*-Programm zu einer Interessenverschiebung:

*Das Engagement des Verbandes für Fragen des Schutzes nationaler Minderheiten und gegen neue Vertreibungen führen weg von der bisherigen Konzentration auf die eigene Opferrolle und Grenzfragen und sichern dem BdV zudem eine – wenngleich nicht immer freundliche – hohe Medienpräsenz.*³³⁹

³²⁹ Salzborn, Samuel (2009): Entwurzelt im eigenen Land? Die deutschen Vertriebenenverbände zwischen sozio-ökonomischer Integration und politischer Integrationsverweigerung. In: *Exilforschung* 27/2009, S. 168-181, S. 177.

³³⁰ Ebd., S. 178.

³³¹ Stickler, Interessengruppen, S. 149. Dennoch war das Verhältnis zur SPD nicht so gespannt, wie es den Anschein hatte: Z.B. räumte die rot-grüne Regierung den Vertriebenen/Spätaussiedlern in den Haushaltsplänen 1999/2000 mehr Geld ein als ihr unionsgeführter Vorgänger. (Salzborn, *Grenzenlose Heimat*, S. 155 ff.) Der ehemalige *BdV*-Präsident Herbert Czaja macht in den frühen Jahren und in der „Auseinandersetzung um die Koalitionsfreiheit für die Vertriebenenverbände und um die Bildung eigener Vertriebenenparteien“ eine gewisse Distanz zu den etablierten Parteien aus, die sich insbesondere bei der Basis bis heute fortsetzt. (Czaja, Herbert (1989): *Politischer Einfluß und politische Zielvorstellungen der Vertriebenen*. In: Frantziach, Marion u.a. (Hgg.): *40 Jahre Arbeit für Deutschland – die Vertriebenen und Flüchtlinge*. Ausstellungskatalog. Frankfurt/Main und Berlin: Ullstein, S. 284-293, S. 288.)

³³² Salzborn, *Grenzenlose Heimat*, S. 158.

³³³ Deutscher Bundestag (2017): Ständig aktualisierte Fassung der öffentlichen Liste über die Registrierung von Verbänden und deren Vertretern, Stand: 02.02.2017, Online im Internet: <http://www.bundestag.de/blob/189476/1daf71f69a6456730adf3b4e6cd82d61/lobbylisteaktuell-data.pdf> [02.02.2017].

³³⁴ Stickler, *Interessengruppen*, S. 151.

³³⁵ Ebd.

³³⁶ Salzborn, *Grenzenlose Heimat*, S. 74.

³³⁷ Stickler, *Interessengruppen*, S. 152.

³³⁸ Salzborn, *Grenzenlose Heimat*, S. 82.

³³⁹ Stickler, *Interessengruppen*, S. 152.

In diesem Kontext bildet der Plan zur Einrichtung des ZgV seit der Jahrtausendwende den Schwerpunkt der BdV-Aktivitäten. Kritiker werfen den Initiatoren vor, die Opferrolle der Vertriebenen stärken und das Leid der Holocaust-Opfer relativieren zu wollen. Verbandsintern gibt es zudem radikale und revisionistische Kräfte, die Schadensersatzklagen gegen Polen anstreben.³⁴⁰ Diese Aktivitäten festigen in der Öffentlichkeit den Eindruck eines rückwärts-gewandten Verbandes, der „vorrangig überlebte partikulare Interessen einer ganz bestimmten Alters- und Erfahrungsgruppe verfolgt.“³⁴¹ Die verbandsinterne Meinungsvielfalt ist jedoch aufgrund des Verbandspartikularismus größer als in der Öffentlichkeit angenommen.³⁴²

Im Zusammenhang mit der Stiftung ZgV spielte auch das Thema Europäisierung eine wichtige Rolle. Dazu ist eine genauere Betrachtung des Europa-Konzeptes beim BdV hilfreich.

*Das Ziel dieses Vertriebenenkonzeptes war die völkische Segmentierung nicht allein, aber vorrangig der osteuropäischen Nationalstaaten. Die Forderung nach einem europäischen Volksgruppenrecht sieht die Zerstückelung der europäischen Nationalstaaten nach ethnischen Kriterien vor, wobei die einzelnen Volksgruppen isoliert und in strikter ethnischer Separierung voneinander leben sollen.*³⁴³

Zudem fordern sie umfangreiche Rechte für die *Heimatvertriebenen*, „also den so genannten deutschen Minderheiten außerhalb Deutschlands“: Sie sollen als eigene Volksgruppe freie Beziehungen zum Ausland knüpfen dürfen und in Parlamenten bzw. Regierungen der jeweiligen Staaten repräsentiert sein sowie ihre Sprache und Kultur gefördert werden.³⁴⁴ Die Volkstumspolitik des BdV fußt damit auf eine „über Jahrhunderte hinweg konstruierte, partikularisch orientierte (schlesisch, ostpreußisch, etc.) Geschichte und Gesinnung“.³⁴⁵

Seit den späten 1990er Jahren hat sich der BdV eine Variante der Menschenrechtspolitik zu Eigen gemacht und hofft unter dem Motto „Menschenrechte sind unteilbar“ auf eine internationale Anerkennung ihrer Ziele im Zuge einer schärferen deutschen Menschenrechtspolitik.³⁴⁶ So nutzte er unter großer medialer Öffentlichkeit die Flucht der Kosovo-Albaner im Jugoslawienkrieg für seine Zwecke und lenkte den Diskurs auf die Opferrolle der deutschen Vertriebenen.³⁴⁷ So sickern laut Salzborn

*die Auffassungen der Vertriebenenverbände nachhaltig in den gesellschaftlichen Diskurs ein. Ihr Einfluss in weiten Teilen der bundesdeutschen Gesellschaft, besonders aber auch im Wissenschaftsbetrieb zeigt, dass sie längst zu konsensfähigen Positionen geworden sind und den gesellschaftlichen Diskurs sogar bestimmen: Der nach dem Sieg über Deutschland und der Befreiung der Welt vom Nationalsozialismus selbstverständliche breite Konsens darüber, dass die Umsiedlung der Deutschen rechtens und notwendig war, ist mittlerweile aufgebrochen worden durch den jahrzehntelangen Kampf der Vertriebenenverbände, der es den Deutschen heute ermöglicht, sich – zu Unrecht – als Opfer darzustellen und zu fühlen.*³⁴⁸

³⁴⁰ Ebd.

³⁴¹ Ebd.

³⁴² Ebd., S. 146.

³⁴³ Salzborn, Entwurzelt, S. 176.

³⁴⁴ Salzborn, Grenzenlose Heimat, S. 135.

³⁴⁵ Ebd., S. 136.

³⁴⁶ Ebd., S. 153.

³⁴⁷ Ebd., S. 168.

³⁴⁸ Ebd., S. 169.

Der *BdV* und seine Mitgliedsvereine geben zahlreiche Publikationen zu historischen, regionalen und rechtlichen Themen sowie Publikationen zum Verband selbst heraus.³⁴⁹ Bis heute erscheinen unzählige Heimatbriefe, Heimatblätter, Heimatzeitungen und nach den ehemaligen Wohnsitzen strukturierte Heimatschriften.³⁵⁰ Der *BdV* betreibt zudem Museen, Heimatsammlungen, *Häuser des deutschen Ostens*, Archive, Bibliotheken und Forschungsstellen.³⁵¹

3.3.2.2 Erika Steinbach

Steinbach³⁵², deren eigener Status als Vertriebene umstritten ist,³⁵³ ist die Schlüsselfigur im erinnerungskulturellen Diskurs um Flucht und Vertreibung. Seit 1990 war sie Bundestagsabgeordnete und dabei u.a. Mitglied im Innen- und Kulturausschuss, im CDU-Fraktionsvorstand, als Kulturbeauftragte der CDU/CSU-Fraktion tätig sowie Vorsitzende der Arbeitsgruppe Menschenrechte und humanitäre Hilfe der CDU/CSU-Fraktion.³⁵⁴ Nach ihrer Wahl zur *BdV*-Präsidentin 1998 befürchteten viele eine Radikalisierung des Verbands.³⁵⁵ Laut Salzborn schärfte sich dabei lediglich der Ton, nicht der Inhalt der *BdV*-Forderungen: Die „rechtskonservative, in den Unionsparteien verankerte Politik an der *BdV*-Spitze“ wurde fortgeführt, die Konflikte im Vorfeld ihrer Wahl zeigen jedoch, dass diese Richtung verbandintern nicht unumstritten war.³⁵⁶ Im Januar des Wahljahres 2017 trat sie öffentlichkeitswirksam aus der CDU aus.³⁵⁷ Damit war laut ihrem Frankfurter Partei- und Bundestagskollegen Matthias Zimmer „ein langer, durchaus wechselseitiger Entfremdungsprozess an das viel-

³⁴⁹ Hinterhuber, Zivilgesellschaft, S. 8.

³⁵⁰ Salzborn, Grenzenlose Heimat, S. 113. Die Mitglieder können sich aktiv mit eigenen Beiträgen an den Publikationen beteiligen. (Ebd., S. 114.)

³⁵¹ Ebd., S. 83.

³⁵² Steinbach wurde am 25. Juli 1943 in Rahmel (Rumia) /Westpreußen geboren. (O.A. (Ohne Datum): Deutscher Bundestag – Erika Steinbach, fraktionslos, Online im Internet: https://www.bundestag.de/abgeordnete18/biografien/S/steinbach_erika/258942 [02.02.2017].)

³⁵³ Nachforschungen eines polnischen Journalisten ergaben im Jahr 2000, dass Steinbachs Eltern unabhängig voneinander – als Feldwebel und Luftwaffenhelferin – nach Rahmel gekommen waren, als der Ort bereits vom nationalsozialistischen Deutschland besetzt war und sich dort kennengelernt hatten. (Gnauck, Gerhard (2011): Polen zeigt Erika Steinbach die kalte Schulter. In: Welt Online, 23.05.2011, Online im Internet: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article13390099/Polen-zeigt-Erika-Steinbach-die-kalte-Schulter.html> [01.02.2017])

³⁵⁴ O.A. (Ohne Datum): Erika Steinbach – zur Person, Online im Internet: http://www.erika-steinbach.de/index.php/zur_person.html [16.01.2017]; O.A. (Ohne Datum): Erika Steinbach – in der Politik, Online im Internet: http://www.erika-steinbach.de/index.php/in_der_Politik.html [16.01.2017]; O.A. (Ohne Datum): Die Vorsitzende – Erika Steinbach MdB, Online im Internet: <http://www.z-g-v.de/zgv/unsere-stiftung/die-vorsitzende/> [16.02.2017].

³⁵⁵ Salzborn, Grenzenlose Heimat, S. 83 f.

³⁵⁶ Ebd., S. 85. 2014 trat sie nicht wieder zur Präsidentschaftswahl an und für 2017 war die Abgabe ihres Bundestagsmandates für ihren Frankfurter Wahlkreis geplant. (Remlein, Thomas (2016): Internes CDU-Duell um Bundestagskandidatur. Kandidaten um Steinbach-Nachfolge präsentieren sich der Basis. In: Frankfurter Neue Presse, 21.09.2016, Online im Internet: <http://www.fnp.de/lokales/frankfurt/Kandidaten-um-Steinbach-Nachfolge-praesentieren-sich-der-Basis;art675,2226268> [01.02.2017]; O.A. (2014): Wechsel beim Bund der Vertriebenen. Erika Steinbach geht „mit gutem Gewissen“. In: Süddeutsche Zeitung, 06.07.2014, Online im Internet: <http://www.sueddeutsche.de/politik/wechsel-beim-bund-der-vertriebenen-erika-steinbach-geht-mit-gutem-gewissen-1.2033603> [01.02.2017].)

³⁵⁷ In einem offenen Brief begründet sie ihre Entscheidung zum Parteiaustritt vor allem mit der Atom- und Flüchtlings-Politik der Bundeskanzlerin Angela Merkel und macht sie für die europäische Krise und einen vermeintlichen Machtverlust Deutschlands in Europa verantwortlich. (O.A. (Ohne Datum): Erika Steinbach – Erklärung, Online im Internet: <http://www.erika-steinbach.de/erklaerung.html> [02.02.2017].)

leicht unvermeidliche Ende gekommen“.³⁵⁸ Seit dem Partei- und Fraktionsaustritt sympathisiert die Bundestagsabgeordnete offen mit der AfD.³⁵⁹ Steinbach ist eine streitbare Persönlichkeit, die häufig durch provokante Äußerungen – vor allem zur Migrationspolitik – in den sozialen Medien auffällt.³⁶⁰ Ihre politischen Positionen waren oft Gegenstand partei- und verbandsinterner sowie außenpolitischer Spannungen.³⁶¹

3.3.2.3 Die Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen

Im September 2000 wurde die Stiftung ZgV als selbständige Stiftung bürgerlichen Rechts gegründet. Sie ist als gemeinnützig anerkannt und verfügt über einen Vorstand, ein Kuratorium und einen wissenschaftlichen Beirat.³⁶² Initiatoren waren Steinbach, die nach wie vor Vorsitzende der Stiftung ist, gemeinsam mit Glotz,³⁶³ der bis zu seinem Tod 2005 ebenfalls Vorsitzender der Stiftung war. Die Stiftung wurde eigenen Angaben zufolge

*geboren aus der Erkenntnis des Bundes der Vertriebenen, dass es nötig ist, nicht im eigenen Leide, in persönlichen traumatischen Erinnerungen zu verharren, sondern ein Instrument zu schaffen, das dazu beiträgt, Vertreibung und Genozid grundsätzlich als Mittel von Politik zu ächten. [...] Ihr Ziel ist es, Völkervertreibungen weltweit entgegenzuwirken, sie zu ächten und zu verhindern und dadurch der Völkerverständigung, der Versöhnung und der friedlichen Nachbarschaft der Völker zu dienen.*³⁶⁴

Startschuss zur Einrichtung der Stiftung bildete eine Willenserklärung des BdV-Präsidiums im März 1999, „ein Projekt zur Dokumentation und Aufarbeitung der deutschen und europäischen Vertreibungen auf den Weg zu bringen.“³⁶⁵ Im Mai 2000 erfolgte der einstimmige Be-

³⁵⁸ Zimmer, Matthias (2017): Offener Brief: Du verhältst Dich wie ein Falschfahrer. In: Frankfurter Neue Presse, 15.01.2017, Online im Internet: <http://www.fnp.de/rhein-main/Offener-Brief-Du-verhaelst-dich-wie-ein-Falschfahrer;art801,2424016> [01.02.2017].

³⁵⁹ Alexander, Robin (2017): Erika Steinbach verlässt CDU und wirft Merkel Rechtsbruch vor. In: Die Welt am 14.01.2017, Online im Internet: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article161173232/Erika-Steinbach-verlaesst-die-CDU-und-wirft-Merkel-Rechtsbruch-vor.html> [01.02.2017].

³⁶⁰ Ihre kontroversen Aussagen sorgten sogar dafür, dass parteiintern über einen Ausschluss Steinbachs aus der CDU diskutiert wurde. (Zimmer, Offener Brief.)

³⁶¹ So stimmte sie 1991 gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und stößt „in Polen über alle politische Lagergrenzen hinweg auf massive Ablehnung“. (Brössler, Daniel (2010): Koalition streitet wegen Steinbach. In: Süddeutsche Zeitung, 17.05.2010, Online im Internet: <http://www.sueddeutsche.de/politik/vertriebenen-stiftung-koalition-streitet-wegen-steinbach-1.491248> [01.02.2017].)

³⁶² Diese Informationen kann man sich durch den Internetauftritt erschließen. Die Satzung ist nicht öffentlich verfügbar und wurde auch auf Anfrage nicht zur Verfügung gestellt.

³⁶³ Peter Glotz (geboren am 6. März 1939 in Eger, Tschechien) kam 1945 nach Bayern. 1964 wurde er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitungswissenschaft der *Universität München*, wo er 1969 bis 1970 Konrektor war. Es folgten Anstellungen als Geschäftsführer eines Forschungsinstituts und Chefredakteur einer Zeitschrift. Von 1970 bis 1972 war er Mitglied des Bayerischen Landtages. Er war *Senator für Wissenschaft und Forschung des Landes Berlin* (1977-1981), Bundesgeschäftsführer (1981-1987), SPD-Vorstandsmitglied sowie Bundestagsmitglied (1972-1977; 1983-1996). 1974 bis 1977 war er *Parlamentarischer Staatssekretär* beim *Bundesminister für Bildung und Wissenschaft*. 1996 wurde er Gründungsdirektor der *Universität Erfurt*. Von 2000 bis 2004 war er Professor für Medien und Gesellschaft am *Institut für Medien- und Kommunikationsmanagement* der *Universität St. Gallen*. (Deutscher Bundestag (Ohne Datum): Abgeordnete. Dr. Peter Glotz, Online im Internet: <http://webarchiv.bundestag.de/archive/2007/0206/mdb/mdb13/bio/G/glotzpe0.html> [03.02.2017]; Mang, Michael (2013): Peter Glotz, 21.06.2013, Online im Internet: http://blexkom.halemverlag.de/lexikoneintrag_peter-glotz/ [03.02.2017].)

³⁶⁴ O.A. (Ohne Datum): Zentrum gegen Vertreibungen: Unsere Stiftung, Online im Internet: <http://www.z-gv.de/zgv/unsere-stiftung/> [03.02.2017].

³⁶⁵ O.A. (Ohne Datum): Zentrum gegen Vertreibungen: Chronik, Online im Internet: <http://www.z-gv.de/zgv/unsere-stiftung/chronik/> [03.02.2017].

schluss zur Konzeption der Stiftung ZgV im BdV-Präsidium.³⁶⁶ Außenpolitisch trübte das Konzept die Beziehungen zu den Nachbarstaaten.³⁶⁷ Ursprünglich sollte ein Zentrum errichtet werden, das mittels einer Dauerausstellung das Schicksal der deutschen Vertriebenen und ihre Integration im In- und Ausland nachzeichnen sollte.³⁶⁸ Die „Gedenkeinrichtung“ sollte nach Steinbachs Angaben das „Schicksal der mehr als 15 Millionen deutschen Deportations- und Vertreibungsoffer [...] erlebbar“ machen.³⁶⁹ Zudem sollten Vertreibungen weltweit thematisiert und Wege zur Versöhnung und Völkerverständigung aufgezeigt werden.³⁷⁰ Geplant war auch ein Erinnerungsort in Form einer „Requiem Rotunde“.³⁷¹ Kurz nach Veröffentlichung des Konzeptes war das Medien-Echo zunächst überwiegend positiv.³⁷² Die Bundesregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder stand dem Plan zurückhaltend, aber nicht grundsätzlich ablehnend, gegenüber.³⁷³ Der BdV hielt an dem Projekt unter seiner Trägerschaft und dem Standort Berlin fest. Nach der Gründung folgten Solidaritäts- und Benefiz-Veranstaltungen, Podiumsdiskussionen und Veranstaltungen zur Verortung von Flucht und Vertreibung in der Erinnerungskultur sowie zur Konzeption eines ZgV.³⁷⁴ Die Verantwortung für „eine wirtschaftlich tragfähige Basis“ sollten allerdings Bund und Länder übernehmen.³⁷⁵ Patenschaften durch ost-, mittel- und südosteuropäische Länder sowie weitere Fundraising-Maßnahmen waren vorgesehen.³⁷⁶

Zweifellos führte die BdV-Initiative dazu, das Thema Vertreibung wieder in die Öffentlichkeit zu tragen und die Debatte leistete wohl ihren Beitrag zum „graduellen Siegeszug der Idee“. ³⁷⁷ Anfang der 2000er Jahre gewann der Opferdiskurs gesamtgesellschaftlich wieder an Bedeutung: Dazu trugen auch Bücher wie *Im Krebsgang* von Günter Grass oder *Der Brand* von Jörg Friedrich sowie Fernsehsendungen und Beiträge in Zeitschriften und Zeitungen bei.³⁷⁸

³⁶⁶ O.A., ZgV Chronik. Das Konzept wurde an den polnischen Außenminister sowie zwölf Botschafter mittel- und osteuropäischer Staaten in Berlin zugesendet. Mit Ausnahme der negativen Antwort Russlands, erhielten die Initiatoren eigenen Angaben zufolge keine Rückmeldung. (Steinbach, Erika (2010): Die Macht der Erinnerung. München: Universitas, S. 98.)

³⁶⁷ Hinterhuber, Zivilgesellschaft, S. 20.

³⁶⁸ Salzborn, Samuel (2003): Geschichtspolitik in den Medien. Die Kontroverse über ein „Zentrum gegen Vertreibungen“. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 51/2003, S. 1120-1131, S. 1121.

³⁶⁹ Steinbach, Erinnerung, S. 96.

³⁷⁰ Salzborn, Geschichtspolitik, S. 1121.

³⁷¹ Ebd.

³⁷² Ebd.

³⁷³ Man wollte zunächst nähere Details abwarten und sichergehen, dass das Projekt gesamtstaatliche Bedeutung habe und sich nicht negativ auf das Verhältnis zu den Nachbarstaaten auswirken werde. (Ebd., S. 1121 f.)

³⁷⁴ Ebd.; O.A., ZgV Chronik; Mihr, Bettina (2007): Wund-Male. Folgen der „Unfähigkeit zu trauern“ und das Projekt eines „Zentrums gegen Vertreibungen“. Gießen: Haland & Wirth im Psychosozial-Verlag, S. 102.

³⁷⁵ Mihr, Wund-Male, S. 102.

³⁷⁶ Ebd. 2001 wurden Schreiben an alle deutschen Gemeinden verschickt mit der Bitte um Übernahme einer Patenschaft für das ZgV in Höhe von einem Groschen pro Einwohner. Diese Aktion wurde 2003 wiederholt. (O.A., ZgV Chronik.) Laut Steinbach übernahmen mehr als 400 Gemeinden sowie mehrere Bundesländer Patenschaften. (Steinbach, Erinnerung, S. 99.) Weitere Fundraising-Möglichkeiten wurden ins Auge gefasst, darunter Spenden, der „Erwerb einer Memorial-Tafel“, Patenschaften und Sponsoring. (Mihr, Wund-Male, S. 101 f.)

³⁷⁷ Ohlinger, Rainer (2008): Gelungene Wege der Erinnerung? Zur Errichtung der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“. In: Deutschland Archiv 41/2008, S. 773-775, S. 773.

³⁷⁸ Mihr, Wund-Male, S. 110.

2002 beschloss der Deutsche Bundestag ein „europäisch ausgerichtetes Zentrum gegen Vertreibungen“, allerdings ohne konkreten Standort.³⁷⁹ Die vorangegangene Debatte im Bundestag zeigte jedoch deutlich die konkurrierenden Positionen von SPD und CDU: War die SPD eher zurückhaltend und plädierte gemeinsam mit ihrem grünen Koalitionspartner für die Einbeziehung europäischer Partner in das Projekt, unterstützte die CDU das *BdV*-Vorhaben und eine rasche Umsetzung des deutschen Modells.³⁸⁰ 2003 verlieh die Stiftung *ZgV* erstmals den mit 10.000 Euro dotierten *Franz-Werfel-Menschenrechtspreis*, der seither alle zwei Jahre in der Frankfurter Paulskirche vergeben wird.³⁸¹ 2006 eröffnete die erste Wanderausstellung *Erzwungene Wege - Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts* im Berliner Kronprinzenpalais. Es folgten die Ausstellungen *Die Gerufenen – Deutsches Leben in Mittel- und Osteuropa* (2009), *Angekommen - Integration der Vertriebenen in Deutschland* (2011) und *Verschwunden - Orte, die es nicht mehr gibt* (2016).³⁸²

Nach der Bundestagsdebatte war die Diskussion um das Projekt erlahmt und wurde im Frühsommer durch eine Reihe von *ZgV*-Veranstaltungen wieder angeheizt.³⁸³ So war im Jahr 2003 mit der „Sommerdebatte“³⁸⁴ ein erster Höhepunkt der Diskussion erreicht. Eine kaum zu überblickende Menge an Presseberichterstattung, wissenschaftlichen Beiträgen, Erklärungen und Gegen-Erklärungen, Konzepten und Gegenvorschlägen wurde veröffentlicht.

³⁷⁹ O.A., *ZgV Chronik*.

³⁸⁰ Salzborn, *Geschichtspolitik*, S. 1122.

³⁸¹ O.A. (Ohne Datum): Zentrum gegen Vertreibungen: Franz-Werfel-Menschenrechtspreis, Online im Internet: <http://www.z-g-v.de/zgv/franz-werfel-menschenrechtspreis/> [20.01.2017]. Die Wahl des Namensgebers Franz Werfel – wenn auch von dessen Familie genehmigt – ist dabei umstritten: Der jüdische Schriftsteller (geb. 1890 in Prag, gest. 1945 in Beverly Hills) emigrierte aufgrund der nationalsozialistischen Herrschaft 1938 von Österreich aus nach Frankreich und 1940 weiter in die USA. (O.A. (Ohne Datum): Projekt Gutenberg-DE: Franz Werfel, Online im Internet: <http://gutenberg.spiegel.de/autor/franz-werfel-1443> [03.02.2017]) Zu seinen bekanntesten Werken zählt *Die vierzig Tage des Musa Dagh* (1933) über den Völkermord an den Armeniern. (O.A. (1988): Almas Endsieg über den toten Dichter, 15.02.2017, Online im Internet: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13528249.html> [03.02.2017].) So beruht die Wahl Wurfels vermutlich auf zwei Gründen: (1) Die Wahl eines jüdischen Schriftstellers kann Kritikern, die dem *BdV* und seinem Projekt Antisemitismus vorwerfen, entgegengesetzt werden. (2) Durch die Wahl eines Schriftstellers, dessen wichtigstes Werk sich mit dem Völkermord an den Armeniern befasst, lenkt sie den Blick auf dieses historische Ereignis und setzt es so in Relation zur deutschen Vertreibungsgeschichte. Insofern rückt die Vertreibung wieder in unmittelbare argumentative Nähe zum Genozid. Nach Angaben der Stiftung *ZgV* soll der Preis an „Einzelpersonen, gelegentlich aber auch an Initiativen oder Gruppen verliehen werden, die sich gegen die Verletzung von Menschenrechten durch Völkermord, Vertreibung und die bewusste Zerstörung nationaler, ethnischer, rassischer oder religiöser Gruppen gewandt haben.“ (O.A., *ZgV – Franz-Werfel-Menschenrechtspreis*.)

³⁸² O.A., *ZgV Chronik*; O.A. (Ohne Datum): Stationen unserer Wanderausstellungen, Online im Internet: <http://www.z-g-v.de/zgv/stationen-unserer-wanderausstellungen/> [03.02.2017].

Die drei Ausstellungen *Die Gerufenen*, *Angekommen* und *Erzwungene Wege* werden seit 2012 gemeinsam als Ausstellungstrilogie *HeimatWEH* gezeigt. (Göllner, Dieter (2015): Als aus Landsleuten Migranten wurden. Ausstellungstrilogie der Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen. In: *Kulturpolitische Korrespondenz* 1352/2015, S. 18-19.)

³⁸³ Salzborn, *Geschichtspolitik*, S. 1123.

³⁸⁴ Ebd., S. 1121.

3.3.3 Kritik

Das Vorhaben des *BdV* entfachte eine erinnerungskulturelle Kontroverse. Im Folgenden sollen einzelne Streitpunkte und Argumente dargelegt werden, um die Positionen der Akteure nachvollziehen zu können.

3.3.3.1 Legitimität des *BdV*

Wie die Zahl der Vertriebenen selbst,³⁸⁵ so differieren auch die Mitgliederzahlen des *BdV* (100.000 und – nach *BdV*-Angaben – 1.300.000) je nach Quelle und Kriterium.³⁸⁶ Aufgrund der anzunehmenden Altersstruktur ist es wahrscheinlich, dass die meisten *BdV*-Mitglieder entweder Nachfahren der Vertriebenen, Spätaussiedler oder Sympathisanten sind. Diese neuen Mitgliedergruppen „sind dadurch gekennzeichnet, dass sie gerade nicht ein persönliches Flucht- oder Vertreibungsschicksal haben.“³⁸⁷ Das hat weitreichende Konsequenzen für den Anspruch der Interessenvertretung, zumal die angenommene Heterogenität der Mitgliedschaft eine Identifizierung gemeinsamer Ziele erschwert.³⁸⁸ Zwar gibt es in Deutschland im Gegensatz zu anderen Ländern für zivilgesellschaftliche Organisationen keine einheitlichen Veröffentlichungspflichten. „Doch gehört es zu den wesentlichen Qualitäts- und Legitimationsmerkmalen von Zivilgesellschaft, dass ihre Tätigkeiten einem öffentlichem Diskurs unterworfen werden können.“³⁸⁹ Dies ist infolge der mangelnden Informationen nicht möglich und so präsentiert sich der *BdV* „in einem ungünstigen Licht“.³⁹⁰ Es gibt keine öffentlich verfügbaren Informationen zu Mitgliedsbeiträgen, Gewinnen und Verlusten, Mittelverwendung und Personalstruktur.³⁹¹ Strachwitz stellt unter anderem aufgrund dieser mangelnden Transparenz die Legitimität des *BdV* in Frage:³⁹² Die verfügbaren Informationen „stehen in keinem Verhältnis zu der öffentlichen und vom Verband selbst vermittelten Wahrnehmung des Verbands als bedeutende gesellschaftliche Kraft.“³⁹³ Zudem ist fraglich, ob der große politische

³⁸⁵ Hinterhuber, Zivilgesellschaft, S. 15.

³⁸⁶ Der Deutschlandfunk spricht nach internen Aufstellungen von 100.000 Mitgliedern, wahrscheinlicher scheint das Ergebnis einer telefonischen Umfrage von ddp mit 500.000 Mitgliedern. (Ebd.) Der *BdV* kommt nach der letzten Erfassung 2011 auf 1.300.000 Mitglieder und möchte mit der Aktivierung von Nicht-Vertriebenen sowie einer verstärkten Jugendarbeit auf den Rückgang der Mitgliederzahlen reagieren. (O.A. (2011): Presse: Präsidentin Steinbach: Mehr Mitglieder im *BdV* als in politischen Parteien, 09.11.2011, Online im Internet: <http://www.bund-der-vertriebenen.de/presse/news-detail/datum/2011/11/09/praesidentin-steinbach-mehr-mitglieder-im-bdv-als-in-politischen-parteien.html> [03.02.2017].)

³⁸⁷ Strachwitz, Rupert Graf (2010): Zivilgesellschaft und politisches Mandat. Zur Legitimität des Handelns des Bundes der Vertriebenen. In: *Opusculum* 44/2010, S. 28-37, S. 31.

³⁸⁸ Strachwitz, Legitimität, S. 31.

³⁸⁹ Hinterhuber, Zivilgesellschaft, S. 19.

³⁹⁰ Ebd.

³⁹¹ Die Menge der über den *BdV* verfügbaren Informationen scheint sich weiter reduziert zu haben: War die Satzung laut Hinterhuber früher noch im Internet zugänglich (Ebd., S. 9.), so wird diese heute auch auf Anfrage nicht zur Verfügung gestellt. Die Satzung ist auch in den Handbüchern des *BdV* abgedruckt. Die letzte Ausgabe stammt jedoch von 1996 und somit kann eine Aktualität nicht gewährleistet werden.

³⁹² Dabei weist Strachwitz darauf hin, dass große Mitgliederzahlen nicht unbedingt zu einer größeren Legitimität führen, da die Zivilgesellschaft anderen Handlungslogiken folgt als die parlamentarische Demokratie. (Strachwitz, Legitimität, S. 33.)

³⁹³ Ebd., S. 32.

Einfluss noch mit dem vertretenen Thema vereinbar ist.³⁹⁴ Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Integration der Vertriebenen akut zu bewältigen und der *BdV* bediente ein priorisiertes gesellschaftliches Thema.³⁹⁵ Doch schon seit den 1960er Jahren war die politische Einflussnahme des *BdV* zwar akzeptiert, aber durchaus umstritten.³⁹⁶ Mittlerweile sind die wesentlichen Aufgaben des *BdV* abgeschlossen oder könnten von anderen Stellen übernommen werden.³⁹⁷ Auch Salzborn hält eine Interessenvertretung für die Vertriebenen heute für obsolet:

*Die meisten derjenigen, die sich in den 1950er Jahren als Flüchtlinge verstanden haben [...] und damit den Eigenanteil an Verantwortung gegenüber der im Begriff Vertriebene liegenden Opferkonzeptualisierung betont haben, sind heute nicht nur sozioökonomisch integriert, sondern legen seit geraumer Zeit keinen politischen Wert mehr auf die Kategorisierung als Flüchtlinge bzw. Vertriebene. Das von den Vertriebenenverbänden politisch propagierte Gefühl der „Entwurzelung“ im eigenen Land basiert somit auf einer spezifischen Haltung gegenüber der deutschen Vergangenheit, die mit einer Opfer-Täter-Inversion einhergeht und zugleich mit einem Menschenbild korrespondiert, in dem völkisch-kollektive Dimensionen gegenüber demokratisch-individuellen Perspektiven betont werden.*³⁹⁸

So scheint es dem *BdV* heute eher um die Verbreitung seines Geschichts- und Menschenbilds sowie um Selbsterhaltung zu gehen. In diesem Zusammenhang könnte auch der *BdV* durch das von ihm initiierte Großprojekt *ZgV* „seine Existenz knapp 60 Jahre nach Kriegsende neu begründen.“³⁹⁹ Der Akteur *BdV* ist für viele als Träger oder zumindest dominanter Beteiligter beim Aufbau einer Einrichtung, die auch Aussöhnung zum Thema hat, untragbar. Die Gründe liegen dabei in den von *BdV*-Vertretern in der Vergangenheit im Bundestag vertretenen politischen Positionen⁴⁰⁰ und dem hier dargelegten spezifischen Geschichts- und Menschenbild.

3.3.3.2 Alternative Entwürfe

Ein wesentlicher Kritikpunkt am Projekt des *BdV* war die deutsche Schwerpunktsetzung und damit einhergehend das Beharren auf dem Berliner Standort.⁴⁰¹ Für die Unterstützer der *BdV*-Konzeption ist das *ZgV* „zunächst eine innenpolitische Angelegenheit Deutschlands“. ⁴⁰² Ein weiterer Kritikpunkt bestand „im Deutungsanspruch, der die Vertreibung der Deutschen

³⁹⁴ Ebd., S. 35.

³⁹⁵ Ebd.

³⁹⁶ Ebd., S. 36.

³⁹⁷ Ebd.

³⁹⁸ Salzborn, Entwurzelt, S. 169.

³⁹⁹ Hofmann, G. (2003): Unsere Opfer, ihre Opfer. Erinnern an die Vertreibungen national oder europäisch? In: Die Zeit, 17.07.2003, Online im Internet: <http://www.zeit.de/2003/30/Vertreibung> [01.02.2017].

⁴⁰⁰ Dazu zählen die Ablehnung der deutsch-polnischen Verträge von 1990/91 und der Versöhnungserklärung mit Tschechien von 1997.

⁴⁰¹ Zwar sieht die Konzeption des *ZgV* auch eine europäische Dimension vor, diese lässt sich aber durch die Vorstellung der Vertriebenenorganisationen von Europa relativieren, steckt dahinter vermutlich doch auch das Ziel, die eigenen Ansprüche und den eigenen Opferstatus zu legitimieren. Anders beurteilt dies der Politikwissenschaftler Manuel Becker in seiner Dissertation: In seinen Augen wird der deutliche europäische Charakter des *ZgV*-Konzeptes verkannt. (Becker, Manuel (2013): Geschichtspolitik in der „Berliner Republik“. Konzeptionen und Kontroversen. Wiesbaden: Springer VS, S. 485 f.)

⁴⁰² O.A. (2003): Aktuelles: Ein nationales und ein europäisches Anliegen, 13.08.2003, Online im Internet: <http://www.z-g-v.de/presse/aktuelles-details/datum/2003/08/13/ein-nationales-und-ein-europaeisches-anliegen/> [03.02.2017].

als Völkermord [...] sehen will.“⁴⁰³ Das Zentrum sollte nach dem Vorbild des *Holocaust Memorial Museum* in Washington, D.C.⁴⁰⁴ in „geschichtlicher und räumlicher Nähe zum Holocaust-Mahnmal“ entstehen.⁴⁰⁵ Für Salzborn ist die Botschaft klar: Man sucht die „geschichtliche Nähe zum deutschen Massenmord an den europäischen Juden, genauer gesagt: die Nähe zu deren Opferstatus.“⁴⁰⁶ Der Antisemitismus-Forscher Wolfgang Benz beanstandet die Ausblendung der Vorgeschichte der Vertreibung: der nationalsozialistischen Politik und den vor Ort verübten Verbrechen.⁴⁰⁷ Auch Salzborns Kritik geht in diese Richtung:

*Dass die Volkstumspolitik, die zu Flucht und Vertreibung der Deutschen führen sollte, letztlich konstitutiv für die Vorbereitung und Umsetzung der deutschen Eroberungs- und Vernichtungspolitik war, wird in den Konzepten der Vertriebenenverbände faktisch negiert. Von Vertriebenenenseite wird hingegen der menschenrechtswidrige Charakter von Vertreibungen und Bevölkerungstransfers im Allgemeinen betont und auf die Gewalttaten und Exzesse hingewiesen, zu denen es während Flucht und Vertreibung gekommen ist.*⁴⁰⁸

Die Initiatoren des ZgV dagegen sehen die Ursachen der Vertreibung im 19. Jahrhundert.⁴⁰⁹ Für Salzborn ist dies eine Strategie zur Verstetigung des Opferstatus‘ der Vertriebenen, denn erst „wenn Flucht und Umsiedlung der Deutschen nicht mehr im NS-Zusammenhang gedacht werden, besteht die Möglichkeit der moralischen Entlastung und damit der Forderung nach ihrer kollektiven Sanktionierung als ‚Unrecht‘.“⁴¹⁰ Benz kritisiert auch die Gefühlslastigkeit des Konzeptes, lehnt aber wie viele andere auch die Idee eines Zentrums nicht grundlegend ab.⁴¹¹ Salzborn identifiziert drei sehr unterschiedliche Standpunkte in dieser Debatte:

*Die deutschen Vertriebenenverbände wollen es als deutsches Opferzentrum in Berlin errichten, eine Gruppe um den SPD-Bundestagsabgeordneten Meckel fordert eine europäische Lösung, und kürzlich ist eine wissenschaftliche Initiative an die Öffentlichkeit getreten, die die Errichtung eines solchen „Zentrums“ generell ablehnt.*⁴¹²

Die Gegenkonzeption des Bundestagsmitglieds Markus Meckel (SPD) sah ein *Europäisches Netzwerk gegen Vertreibungen (ENgV)* mit klar europäischem Fokus vor.⁴¹³ Konkrete Kon-

⁴⁰³ Benz, Wolfgang (2006): Zwiespältig und missverständlich. Über das „Zentrum gegen Vertreibungen“. In: Tribüne 45/2006, S. 60-68, S. 64.

⁴⁰⁴ Hinterhuber, Zivilgesellschaft, S. 21.

⁴⁰⁵ Steinbach in: Wonka, Dieter: „Vertriebene für Gedenkstätte neben Holocaust-Mahnmal, in: Leipziger Volkszeitung, 29.05.2000, zitiert nach: Salzborn, Geschichtspolitik, S. 1123. Interessanterweise verklagte Steinbach die taz-Korrespondentin Gabriele Lesser auf Unterlassung unter anderem wegen der Aussage, die Initiative für das ZgV stünde mit dem Bau des *Holocaust-Mahnmals* in Zusammenhang. (Roser, Thomas u. Von Marschall, Christoph (2004): Polen solidarisch mit „taz“. In: Der Tagesspiegel, 18.02.2004, Online im Internet: <http://www.tagesspiegel.de/medien/polen-solidarisch-mit-taz/491870.html> [01.02.2017].)

⁴⁰⁶ Salzborn, Samuel (2002): Ein neuer deutscher Opferdiskurs. Zur Bedeutung der Vertriebenenverbände und ihrer Anliegen für politische Debatten der Gegenwart. In: Butterwegge, Christoph u.a. (Hgg.): Themen der Rechten – Themen der Mitte. Zuwanderung, demografischer Wandel und Nationalbewusstsein. Opladen: Leske + Budrich, S. 147-166. Auch „Vertreibung und Genozid an anderen Völkern“ sollten Themen der Stiftung sein. (Steinbach, Erinnerung, S. 97.) Veröffentlichungen und ZgV-Repräsentanten nennen Vertreibung und Völkermord oft quasi in einem Atemzug: „Drittens gehören gemäß dem Willen des BdV zum „Zentrum gegen Vertreibungen“ auch Vertreibung und Genozid an anderen Völkern, insbesondere in Europa, dazu.“ (Ebd., S. 97.)

⁴⁰⁷ Benz, Zwiespältig und missverständlich, S. 60.

⁴⁰⁸ Salzborn, Geschichtspolitik, S. 1123 f.

⁴⁰⁹ Salzborn, Grenzenlose Heimat, S. 22. Beispiel: „Einigkeit bestand [im BdV-Präsidium] auch darin, dass eine solche Gedenkstätte der Wahrheit im gesamthistorischen Kontext verpflichtet zu sein hatte. Und der beginnt weder 1933 noch 1939, sondern hat seine Wurzeln weiter zurückliegend.“ (Steinbach, Erinnerung, S. 95)

⁴¹⁰ Salzborn, Opferdiskurs, S. 165.

⁴¹¹ Benz, Zwiespältig und missverständlich, S. 60, 64.

⁴¹² Salzborn, Geschichtspolitik, S. 1123.

⁴¹³ <http://markus-meckel.de/texte-reden-publikationen/publikation-detail/artikel/ueberlegungen-zu-einem-europaeischen-netzwerk-gegen-vertreibungen-engv-konzeption-und-erarbeitung.html>

zeption, Trägerschaft, Standort und Organisationsstruktur blieben bei seinem Vorschlag vage und sollen „erst im europäischen Dialog ermittelt werden“.⁴¹⁴ Zudem soll die „Mannigfaltigkeit der Ursachen von Flucht und Vertreibung in der Geschichte“ und der konkrete historische Kontext thematisiert werden, um revisionistischen Tendenzen zu begegnen.⁴¹⁵ Das Netzwerk sollte in internationaler öffentlicher Verantwortung und Trägerschaft mit „Beteiligung zivilgesellschaftlicher Strukturen“ entstehen.⁴¹⁶

Die vorwiegend von Wissenschaftlern gestützte „Salzborn-Initiative“⁴¹⁷ lehnte ein solches Zentrum grundsätzlich ab und plädierte für eine europäische Aufarbeitung, die sich „auf einen pluralen, kritischen und aufgeklärten Diskurs gründen“ sollte.⁴¹⁸ Bei der Debatte um das ZgV handelt es sich laut Salzborn um einen „Elitendiskurs“, dem „in weiten Teilen die gesellschaftliche Rückkoppelung fehlt“.⁴¹⁹ Sie wurde zudem von Details bestimmt, ohne dass eine grundsätzliche Sinnhaftigkeit des Vorhabens in Frage gestellt wurde.⁴²⁰ Der BdV hatte sein Vorhaben offenbar erfolgreich im öffentlichen Diskurs verankert.⁴²¹ Bemerkenswert ist laut Salzborn, dass die zivilgesellschaftlichen Akteure die Berichterstattung klar dominieren – und zwar mit einem Konzept, das „zunächst lediglich [ihrer] subjektiven Geschichtsinterpretation“ entspricht.⁴²² Eine Strategie des BdV war das Hervorheben namhafter Fürsprecher, die der Etablierung des Anliegens in der Öffentlichkeit diene.⁴²³ Dabei wurden insbesondere jüdische Unterstützer bzw. Unterstützer, die sich auch in Debatten um die Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus eingebracht hatten, hervorgehoben, um dem Vorwurf der Relativierung und des Antisemitismus entgegenzutreten.⁴²⁴ Die lange heterogene Unterstützerverliste des ZgV signalisierte laut Salzborn „bereits eine Verankerung des Vertriebenendiskurses in der Mitte der Gesellschaft“.⁴²⁵ Eine andere Strategie war die Behauptung eines gesell-

⁴¹⁴ Salzborn, Geschichtspolitik, S. 1126.

⁴¹⁵ Ebd.

⁴¹⁶ Meckel, Markus (2004): Überlegungen zu einem „Europäischen Netzwerk gegen Vertreibungen“ (ENgV) Konzeption und Erarbeitung, 14.01.2004, Online im Internet: <http://markus-meckel.de/texte-reden-publikationen/publikation-detail/artikel/ueberlegungen-zu-einem-europaeischen-netzwerk-gegen-vertreibungen-engv-konzeption-und-erarbeitung.html> [03.02.2017]. Auch Bundespräsident Johannes Rau und der polnische Präsident Aleksander Kwaśniewski setzten sich im Oktober 2003 für eine „Europäisierung der Auseinandersetzung um Vertreibung und Umsiedlung auf wissenschaftlicher, politischer und zivilgesellschaftlicher Ebene“ ein. (Mihr, Wund-Male, S. 98.) Insofern war auch die Zivilgesellschaft als Teil-Träger mit eingerechnet. Eine andere Initiative zur Europäisierung des Projektes ging 2004 von Kulturstatsministerin Christina Weiss aus, die das *Europäische Netzwerk Erinnerung und Solidarität* ins Leben rief. (Ohlinger, Gelungene Wege, S. 774.)

⁴¹⁷ Mihr, Wund-Male, S. 99.

⁴¹⁸ Für die Unterzeichner hat die Erinnerung an die Vertreibung „ihren legitimen Ort im individuellen Gedenken der Menschen, fest verwurzelt in einer pluralen und kontroversen Erinnerungslandschaft der Bundesrepublik.“ Sie befürchten durch das ZgV eine Etablierung und Vereinheitlichung des BdV-Geschichtsbildes mit öffentlicher Finanzierung und staatlichem Rückhalt. (Hahn, Hans Henning u.a. (2003): Für einen kritischen und aufgeklärten Vergangenheitsdiskurs, 10.08.2003, Online im Internet: <http://vertreibungszentrum.de/> [03.02.2017].)

⁴¹⁹ Salzborn, Geschichtspolitik, S. 1129.

⁴²⁰ Ebd.

⁴²¹ Ebd., S. 1130.

⁴²² Ebd. Darüber hinaus identifiziert er beim BdV unterschiedliche Strategien zur Verstetigung des Opferstatus' der Vertriebenen: Durch „Entkontextualisierung der Vergangenheit, also die Aufhebung ursächlicher Entwicklungs- und Wirkungszusammenhänge“ (Salzborn, Opferdiskurs, S. 151 f.) oder durch die „Parallelisierung von Vergangenheit und Gegenwart“. (Ebd., S. 153.)

⁴²³ Ebd., S.160.

⁴²⁴ Steinbach, Erinnerung, S. 101.

⁴²⁵ Salzborn, Opferdiskurs, S.161.

schaftlichen Tabus: „Politisch, wissenschaftlich und literarisch war das Thema [Vertreibung] zwar zyklischen Diskursschwankungen unterworfen, ein Sprechverbot über das Schicksal der Vertriebenen existierte jedoch nicht.“⁴²⁶ Der öffentlich postulierte Tabu-Bruch durch den BdV ist demnach eine Legende, die dadurch nicht wahrer wird, dass sie ständig wiederholt und nachgebetet wird,“ wie Ute Frevert formuliert.⁴²⁷

Als einen weiteren Vorschlag entwickelte Strachwitz eine Skizze für ein *Europäisches Forschungszentrum Vertreibung*, das nicht als Gegenentwurf für das ZgV gedacht war, sondern als eigenständige Idee.⁴²⁸ Diese war zunächst als reines Forschungszentrum mit europäischer Dimension in Trägerschaft einer Hochschule angedacht, sollte aber die „Vermittlung von Forschungsergebnissen an die breite Öffentlichkeit einschließen“.⁴²⁹ Zivilgesellschaftliche Organisationen seien in diesem Zusammenhang nicht zielführend:

*Unter den genannten Gesichtspunkten sind Verbände, Parteien und andere interessengeleitete Gruppierungen als Träger oder verantwortlich Beteiligte völlig unabhängig von den jeweiligen Zielen, Äußerungen, Positionen usw. dieser Gruppierungen oder ihrer Sprecher prinzipiell ungeeignet. Auch legitime Interessenvertretung verträgt sich nicht mit dem Auftrag der Bearbeitung nach Kriterien kritischer Wissenschaft. Konflikte sind in solchen Kombinationen vorprogrammiert.*⁴³⁰

Diese Institution wäre kein Ort der Trauer, die für Strachwitz in den privaten Raum gehört.⁴³¹

3.3.4 Realisierung

Die Debatte des Jahres 2003 forderte von der Politik eine klare Positionierung. Kritiker und Fürsprecher des ZgV waren „quer zu den Parteigrenzen zu finden“, doch die Parteien positionierten sich eindeutig zum Projekt, das von der CDU/CSU befürwortet und von der SPD mit Zurückhaltung behandelt wurde.⁴³² In der großen Koalition ab 2005 musste man diesbezüg-

⁴²⁶ Franzen, K. Erik (2003): In der neuen Mitte der Erinnerung. Anmerkungen zur Funktion eines Opferdiskurses. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 51/2003, S. 49-53, S. 50.

⁴²⁷ Frevert, Ute (2003): Geschichtsvergessenheit und Geschichtsversessenheit revisited. Der jüngste Erinnerungsboom in der Kritik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 40-41/2003, S. 6-13, S. 10. In Deutschland erinnern ca. 1.400 Denkmäler an Vertreibung. (Burczyk, Dirk (2009): Neue Wege der Versöhnung – Der Weg zum „sichtbaren Zeichen gegen Vertreibung“. In: Jan Korte und Gerd Wiegel (Hgg.): Sichtbare Zeichen. Die neue deutsche Geschichtspolitik – von der Tätergeschichte zur Opfererinnerung. Köln: PapyRossa-Verlag, S. 14-29, S. 20.)

⁴²⁸ Die Idee stammt von August 2003. (Strachwitz, Rupert Graf (2010): Projektskizze: Europäisches Forschungszentrum Vertreibung. In: Strachwitz, Rupert Graf (Hg.): Erinnern für die Zukunft. Auf dem Weg zu einer europäischen Erinnerungskultur. Ein Projekt der Kulturstiftung Haus Europa 2000-2009. Berlin: Maecenata-Verlag, S. 26-31.) Eine Reihe von Wissenschaftlern setzte sich darüber hinaus im Rahmen eines internationalen wissenschaftlichen Kolloquiums mit dem Konzept eines europäischen Zentrums gegen Vertreibungen auseinander. Das Resultat ihrer Überlegungen zu einem möglichen Konzept hielten sie in Form einer gemeinsamen Erklärung vom Dezember 2002 fest. (Bingen, Dieter u.a. (2003): Erklärung zum internationalen wissenschaftlichen Kolloquium „Ein europäisches Zentrum gegen Vertreibungen. Historische Erfahrungen – Erinnerungspolitik – Zukunftskonzeptionen“. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 51/2003, S. 102-104.)

⁴²⁹ Strachwitz, Projektskizze, S. 27 f.

⁴³⁰ Ebd., S. 28.

⁴³¹ Ebd., S. 31. Später stellte Strachwitz die Notwendigkeit einer dauerhaften Einrichtung grundsätzlich in Frage und verwies unter anderem auf die umfangreiche – bereits existierende – Forschung zu diesem Gebiet. In seinen Augen gibt es vier Alternativen: die grundsätzliche Ablehnung einer Institution, die „Gründung eines virtuellen Zentrums“, die Durchführung eines zeitlich begrenzten Projektes zum aktuellen Forschungsstand mit anschließender Verbreitung der Ergebnisse durch beispielsweise eine Tagungsreihe oder schließlich die Durchführung eines größeren Ausstellungsprojektes (zum Beispiel durch das *Haus der Geschichte*) mit internationalen Partnern. (Strachwitz, Rupert Graf : „Europäisches Zentrum gegen Vertreibung. Einige Überlegungen zum Thema“, in: Strachwitz, Rupert Graf (Hg.): Erinnern für die Zukunft. Auf dem Weg zu einer europäischen Erinnerungskultur. Ein Projekt der Kulturstiftung Haus Europa 2000-2009. Berlin: Maecenata-Verlag, S. 32-34.)

⁴³² Hinterhuber, Zivilgesellschaft, S. 23.

lich einen Konsens schaffen. Die Parteien einigten sich im Koalitionsvertrag folgendermaßen:

Die Koalition bekennt sich zur gesellschaftlichen wie historischen Aufarbeitung von Zwangsmigration, Flucht und Vertreibung. Wir wollen im Geiste der Versöhnung auch in Berlin ein sichtbares Zeichen setzen, um – in Verbindung mit dem Europäischen Netzwerk Erinnerung und Solidarität über die bisher beteiligten Länder Polen, Ungarn und Slowakei hinaus – an das Unrecht von Vertreibungen zu erinnern und Vertreibung für immer zu ächten.⁴³³

Der Beschluss geht konkret auf zwei Streitpunkte ein: den Standort Berlin und die europäische Dimension. Im März 2008 einigte sich die Bundesregierung auf ein Konzept⁴³⁴, als dessen Ergebnis die *Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“* im selben Jahr per Gesetz (§15-22 DHMG) als unselbständige Stiftung öffentlichen Rechts in Trägerschaft der Stiftung *Deutsches Historisches Museum (DHM)* gegründet wurde. Mit Aufnahme des Themas in den Koalitionsvertrag war laut Steinbach klar, dass sich der Staat des Projektes annehmen und dieses ohne ZgV-Trägerschaft umsetzen würde.⁴³⁵ Im Ergebnis gibt es heute zwei Stiftungen: die Stiftung ZgV und die unselbständige Bundesstiftung SFVV. Heute konzentriert sich die Stiftung ZgV auf Ausstellungen und den *Franz-Werfel-Menschenrechts-Preis*. Damit kam auch die „Diskrepanz zwischen dem nationalen Anspruch des Zentrums gegen Vertreibungen und seiner Trägerschaft, nämlich einer Stiftung des Vertriebenenverbandes“⁴³⁶ zu einem Ende.

Ohne den BdV mit seiner Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ würde es die Bundesstiftung nicht geben. Unsere Stiftung mit ihren zahlreichen Unterstützern, Paten und Sympathisanten hat erreicht, was längst überfällig war: eine Erinnerungsstätte für die Millionen deutschen Heimatvertriebenen in der deutschen Hauptstadt. [...] Die Bundesstiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ ist unser gemeinsames Kind. Wir werden es fürsorglich, liebevoll, aber auch streng und hartnäckig begleiten. Und wir werden sie mit Herzblut gegen alle verteidigen, die sie verwässern, banalisieren oder umdeuten wollen.⁴³⁷ (Steinbach)

Insofern fühlt sich der BdV nach wie vor eng mit der SFVV verbunden und erhebt quasi Eigentumsansprüche. Die aktuelle SFVV-Direktorin und Historikerin Gundula Bavendamm scheint das ähnlich zu sehen:

Erstmal, finde ich, muss man immer honorieren, dass es ohne den BdV und [...] ohne Frau Steinbach diese Einrichtungen, so wie wir sie heute haben, nicht geben würde. Denn der BdV hat sozusagen in einer gewissen Weise das Urheberrecht an dieser Idee. Und dann über die Entwicklungsstufen, die diese Einrichtung ja durchlaufen hat in den letzten Jahren, ist es eben dann ja auch so gekommen, dass man gesagt hat, der BdV soll da noch mit drin sein. [...] Ich sage aber auch immer ganz deutlich: Wir sind kein

⁴³³ CSU, CDU, SPD (2005): Gemeinsam für Deutschland – Mit Mut und Menschlichkeit. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 11.11.2005, Online im Internet: <http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Koalitionsvertraege/Koalitionsvertrag2005.pdf> [03.02.2017], S. 114.

⁴³⁴ Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien (2008): Konzeption: „Sichtbares Zeichen gegen Flucht und Vertreibung“. Ausstellungs-, Dokumentations- und Informationszentrum in Berlin, 19.03.2008, Online im Internet: http://www.sfvv.de/sites/default/files/downloads/konzeption_bundesregierung_2008_sfvv_0.pdf [03.02.2017]. Zur Gründung der SFVV trugen schließlich auch innenpolitische Änderungen in Deutschland und Polen bei, die eine auf Ausgleich und Versöhnung ausgerichtete Politik in den nachbarstaatlichen Beziehungen ermöglichte. (Ohlinger, Gelungene Wege, S. 774 f.)

⁴³⁵ Steinbach, Erinnerung, S. 103.

⁴³⁶ Benz, Wolfgang (2008): Zur Debatte: Flucht, Vertreibung, Versöhnung (12.11.2008). Online im Internet: <http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/geschichte-und-erinnerung/39826/flucht-vertreibung-versoehnung> [01.02.2017].

⁴³⁷ Steinbach, Erinnerung, S. 109.

*Dienstleister des BdV. Das ist nicht die Rolle der SFVV. Wir sind eine überparteiliche Bundesstiftung. Und so verstehen wir uns auch. [...]Aber ich baue auf vertrauensvolle, gute Beziehungen zum BdV.*⁴³⁸

Die ohnehin schwierige Genese der Stiftung war überschattet von Streitigkeiten um einen Stiftungsratssitz für Steinbach. Im Stiftungsrat war ursprünglich für drei von 13 Sitzen das Vorschlagsrecht für den *BdV* vorgesehen. Dieser schlug Steinbach vor. Wohl vor allem aus Rücksicht auf außenpolitische Spannungen wurde der *BdV*-Vorschlag von der Bundesregierung abgelehnt und war Auslöser intensiver Auseinandersetzungen innerhalb der schwarz-gelben Regierung. In der Folge entschloss sich der *BdV*, diesen Sitz aus Protest unbesetzt zu lassen.⁴³⁹ Nach öffentlichen Auseinandersetzungen einigte man sich auf einen Verzicht der Stiftungsratsmitgliedschaft für Steinbach unter Erhöhung der *BdV*-Sitze im Gremium. In der Folge übt der *BdV* nun für sechs von 21 Sitzen das Vorschlagsrecht aus.⁴⁴⁰ Auch mit anderen Forderungen konnte sich der *BdV* durchsetzen: Die geplante Ausstellungsfläche wurde vergrößert und über die Ratsmitglieder entscheidet zukünftig der Bundestag.⁴⁴¹ Grundsätzlich konnte der *BdV* wichtige Punkte bei der Konzeption der *SFVV* umsetzen: den Standort Berlin und die Tatsache, dass es überhaupt zu einer dauerhaften Ausstellung kommt.⁴⁴² Am wichtigsten jedoch: Es ist dem *BdV* gelungen, das Thema Vertreibung in der Öffentlichkeit zu festigen.⁴⁴³ Dass er, abgesehen von den Religionsgemeinschaften,⁴⁴⁴ als einzige zivilgesellschaftliche Organisation im Stiftungsrat sitzt, spricht für seine erfolgreiche Lobbyarbeit.⁴⁴⁵

Der Stiftungsrat bestimmt die Grundzüge des Stiftungsprogramms und beschließt über alle grundsätzlichen Angelegenheiten der unselbständigen Stiftung, soweit dadurch nicht grundsätzliche Verwaltungsangelegenheiten des Trägers betroffen werden.⁴⁴⁶ Neben dem Stiftungsrat gibt es einen wissenschaftlichen Beraterkreis mit bis zu 15 Personen, die durch den Stiftungsrat berufen werden und „die auf Grund ihrer Sachkunde geeignet sind, den Stif-

⁴³⁸ Garber, Patrick (2016): Im Dickicht geschichtspolitischer Kontroversen. In: DRadio Kultur, 09.04.2016, Online im Internet: http://www.deutschlandradiokultur.de/direktorin-stiftung-flucht-vertreibung-versoehnung-im-990.de.html?dram:article_id=350429 [01.02.2017].

⁴³⁹ Steinbach, Erinnerung, S. 112.

⁴⁴⁰ Des Weiteren besteht der Rat aus: (1) qua Amt den Präsidenten der *Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland* sowie der *Stiftung Deutsches Historisches Museum* (2) vier durch den Bundestag vorgeschlagene Bundestagsmitgliedern (3) je einem Mitglied vorgeschlagen durch das *Auswärtige Amt*, das *Bundesinnenministerium* und den *Bundesbeauftragten für Kultur und Medien* (4) je zwei Mitgliedern vorgeschlagen durch die evangelische Kirche, die katholische Kirche und den *Zentralrat der Juden*. (§19 DHMG.)

⁴⁴¹ Damit verzichtet die Bundesregierung de facto auch auf ihr Vetorecht bei der Sitzvergabe. (Hinterhuber, Zivilgesellschaft, S. 24.)

⁴⁴² Ebd., S. 25.

⁴⁴³ Ebd.

⁴⁴⁴ Die Zugehörigkeit der Kirchen zur Zivilgesellschaft ist umstritten. (Adloff, Frank (2005): Zivilgesellschaft. Theorie und politische Praxis. Frankfurt/Main: Campus Verlag, S. 119 f.)

⁴⁴⁵ Dabei waren auch andere durch den *BdV* vorgeschlagene Stiftungsrats-Mitglieder nicht unumstritten. (Augstein, Franziska (2010): Versöhnen oder verhöhnen. In: Süddeutsche Zeitung, 01.08.2010, Online im Internet: <http://www.sueddeutsche.de/politik/stiftung-flucht-vertreibung-versoehnung-versoehnen-oder-verhoehnen-1.982185> [01.02.2017].)

⁴⁴⁶ § 19 Abs. 8 DHMG. Der Präsident der Stiftung *DHM* übt bei bestimmten Entscheidungen ein Vetorecht aus. (§ 19 Abs. 9 DHMG.) Bei „Haushalts- und Personalangelegenheiten“ muss das durch den Beauftragten für Kultur und Medien vorgeschlagene Mitglied zustimmen. (§ 19 Abs. 10 DHMG.) Insofern unterliegt die *SFVV* einer externen Kontrolle, wie sie für unselbständige Stiftungen sicherlich nicht unüblich ist.

tungsrat und die Direktorin oder den Direktor in fachlichen Fragen zu beraten“.⁴⁴⁷ Auch in diesem Gremium sitzen Vertreter, die Unterstützer der ursprünglichen ZgV-Pläne waren und insofern den Zielen des BdV nahe stehen.⁴⁴⁸ 2009 wählte der Stiftungsrat den von Steinbach vorgeschlagenen Kandidaten Manfred Kittel zum Gründungsdirektor der SFVV.⁴⁴⁹

Sowohl die Mitglieder des wissenschaftlichen Beraterkreises als auch der Direktorenposten sorgten immer wieder für öffentliche Diskussionen: So beendete der Historiker Tomasz Szarota als einziges polnisches Mitglied 2009 seine Mitarbeit im Beraterkreis.⁴⁵⁰ Laut Stiftungshomepage werden die „Bemühungen um ein Mitglied aus Polen [...] fortgesetzt“.⁴⁵¹ Dennoch sieht es so aus, als sei der Versuch, dem national-orientierten ZgV-Konzept eine europäisierte Institution entgegenzusetzen zumindest vorerst – unter deutscher Trägerschaft mit deutschem Stiftungsrat und mit mangelnder internationaler Beteiligung am Beirat – gescheitert.⁴⁵² Auch hier wurden die Vorstellungen des BdV verwirklicht.⁴⁵³

Dass die inhaltlichen und personellen Querelen mit Gründung der SFVV nicht vorüber sind, zeigen die Wechsel auf dem Direktionsposten. Sowohl Kittel (Direktor 2009-2014) als auch der Historiker Winfrid Halder (trat die Stelle trotz Berufung zum Direktor 2015 nicht an) verließen die Stiftung nach Auseinandersetzungen mit dem wissenschaftlichen Beraterkreis. Gleichzeitig gab es infolge Halders Berufung zum Direktor eine Welle von Austritten aus dem Beraterkreis.⁴⁵⁴ Im April 2016 trat Bavendamm die Direktorenstelle an.⁴⁵⁵ Sie ist laut dem Journalisten Sven Felix Kellerhoff eher eine erfolgreiche Museumsmanagerin als eine Vertreibungs-Expertin, doch gerade darin könnte auch ein großes Potential für die Zukunft der Stiftung liegen.⁴⁵⁶ Die Eröffnung der Dauerausstellung der SFVV ist für 2018 geplant.⁴⁵⁷ Der

⁴⁴⁷ § 20 Abs. 1 DHMG.

⁴⁴⁸ Hinterhuber, Zivilgesellschaft, S. 26.

⁴⁴⁹ Ebd.

⁴⁵⁰ Gnauck, Gerhard (2009): Die Polen sind kein Tätervolk. In: Die Welt, 17.12.2009, Online im Internet: https://www.welt.de/welt_print/politik/article5556404/Die-Polen-sind-kein-Taetervolk.html [01.02.2017].

⁴⁵¹ O.A. (Ohne Datum): Stiftung – Chronologie, Online im Internet: <http://www.sfvv.de/de/stiftung/chronologie> [03.02.2017]. Das seit der Wahl in Polen 2015 veränderte politische Klima durch die nationalkonservative Regierung erschwert jedoch nach Ansicht von Kulturstatsministerin Monika Grütters die deutsch-polnische Zusammenarbeit auf diesem Gebiet. (Jürgens, Isabell (2016): Richtfest mit Hindernissen. In: Berliner Morgenpost, 18.10.2016, Online im Internet: <http://www.morgenpost.de/berlin/article208442243/Richtfest-mit-Hindernissen.html> [01.02.2017].)

⁴⁵² Hinterhuber, Zivilgesellschaft, S. 25.

⁴⁵³ Der Forderung, die SFVV aus der Stiftung DHM herauszulösen, wurde jedoch nicht entsprochen. (Steinbach, Erinnerung, S. 120.) Hätte sich die Bundesregierung nicht auf die wesentlichen Forderungen des BdV eingelassen, so hätte der BdV laut Steinbach ihren Sitz im Stiftungsrat ggf. versucht einzuklagen. (Ebd., S. 122.)

⁴⁵⁴ BdV-Präsident und Stiftungsratsmitglied Bernd Fabritius, der selbst CDU-Bundestagsabgeordneter ist, hatte sich überrascht vom Rückzug des CDU-nahen Halder gezeigt. (O.A. (2015): Beiräte treten nach Wahl des neuen Chefs zurück. In: Die Zeit, 30.06.2015, Online im Internet: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-06/winfrid-halder-vertriebenen-stiftung-streit-ruecktritt-beiraete> [01.02.2017]); Schulz, Bernhard (2014): Direktor der Stiftung Vertreibung geht. In: Der Tagesspiegel Online, 15.12.2014, Online im Internet: <http://www.tagesspiegel.de/kultur/manfred-kittel-direktor-der-stiftung-vertreibung-geht/11125072.html> [01.02.2017]; Gorgis, Elena u. Sander, Martin (2015): Interne Querelen bei der Vertriebenenstiftung. In: DRadio Kultur, 04.11.2015, Online im Internet: http://www.deutschlandradiokultur.de/abgang-von-winfrid-halder-interne-querelen-bei-der.1013.de.html?dram:article_id=335938 [01.02.2017].

⁴⁵⁵ Kellerhoff, Sven Felix (2016): Diese Frau soll die Vertriebenenstiftung retten. In: Die Welt, 22.02.2016, Online im Internet: <https://www.welt.de/geschichte/article152513643/Diese-Frau-soll-die-Vertriebenen-Stiftung-retten.html> [01.02.2017].

⁴⁵⁶ Ebd.

Standort ist das *Deutschlandhaus*, das zuvor von der *Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas*, der *Bundeszentrale für politische Bildung* sowie verschiedener Landsmannschaften genutzt wurde und sich fußläufig zu *Holocaust-Mahnmal*, *Brandenburger Tor* und *Reichstag*, „also auf historisch und symbolisch bedeutenden Gelände“ befindet.⁴⁵⁸

In den Medien wird oft übersehen, dass die Konzepte von *ZgV* und *SFVV* nicht deckungsgleich sind. „Denn die Eigentümerschaft wird in der Perspektive der Öffentlichkeit ebenso wie in der Perzeption der Landsmannschaften gleichsam naturgegeben ‚den‘ Vertriebenen und damit faktisch dem BdV samt Stimmenblock im Rat der Stiftung beigemessen.“⁴⁵⁹ Der Erfolg der *SFVV* wird auch daran zu messen sein, ob die „notwendige Korrektur in der öffentlichen Wahrnehmung“⁴⁶⁰ gelingt. Andernfalls wird es einem zivilgesellschaftlichen Interessenverband mit schwindendem Klientel und fragwürdiger Legitimität gelungen sein, ein Projekt von gesamtstaatlicher erinnerungskultureller Bedeutung quasi unter seiner Flagge durchzusetzen. Zwar stehen inhaltliche Details noch aus, man kann sich aber wohl Hinterhubers Annahme anschließen, dass „der Bund der Vertriebenen seine Sichtweise so weit wie möglich durchsetzen und seinen politischen Einfluss sichern, kurz: sich innerhalb der zivilgesellschaftlichen Auseinandersetzung behaupten konnte.“⁴⁶¹

4. Fazit: Zivilgesellschaftliche Akteure in erinnerungskulturellen Projekten – ein Vergleich in zehn Thesen

Die Gesellschaft mitzugestalten zählt zu den wichtigsten Motiven für freiwilliges Engagement.⁴⁶² Mit der Beteiligung an der Erinnerungskultur und dem Diskurs über historische Ereignisse und deren Deutungen, die Eingang ins kulturelle (Funktions-)Gedächtnis finden sollen, gestalten die Engagierten der hier untersuchten Projekte wesentlich die Gesellschaft mit. Es hat sich gezeigt, dass die Akteure auf sehr unterschiedliche Weise aktiv werden. Dabei bewegen sie sich zum Teil im Bereich der politischen Interessenvertretung:

*Aus klassisch politikwissenschaftlicher Perspektive stellt sich Interessenvertretung vorrangig als organisationsbasierter Prozess politischer Beteiligung dar. Ausgehend von den Interessen von Einzelpersonen oder Kollektiven kommt es zur Organisationsbildung (Verbände, Gewerkschaften, Vereine, NGOs) im Dienst der Manifestation und Auf-Dauerstellung spezifischer Interessen.*⁴⁶³

⁴⁵⁷ Jürgens, Richtfest. Die Dauerausstellung auf zwei Ausstellungen aufbauen: Aus der Ausstellung *Flucht, Vertreibung, Integration* (2005/2006) aus dem *Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland* und der *ZgV*-Ausstellung *Erzwungene Wege. Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts* (2006). Ein Forschungs- und Dokumentationszentrum soll die Ausstellung ergänzen. (Ohlinger, *Gelungene Wege*, S. 773.)

⁴⁵⁸ Ebd.

⁴⁵⁹ Troebst, Stefan (2015): Rettet die Vertriebenenstiftung vor der Provinz! In: *Die Welt*, 12.07.2015, Online im Internet: <https://www.welt.de/geschichte/article143832676/Rettet-die-Vertriebenenstiftung-vor-der-Provinz.html> [03.02.2017].

⁴⁶⁰ Troebst, Provinz.

⁴⁶¹ Hinterhuber, *Zivilgesellschaft*, S. 27.

⁴⁶² Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2016): *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Zentrale Ergebnisse des Deutschen Freiwilligensurveys 2014*, Online im Internet: <https://www.bmfsfj.de/blob/93914/e8140b960f8030f3ca77e8bbb4cee97e/freiwilligensurvey-2014-kurzfassung-data.pdf> [03.02.2017], S. 4.

⁴⁶³ Speth, Rudolf und Zimmer, Annette (2015): Einleitung. Von Interessenvertretung zu „Lobby-Work“. In: Speth, Rudolf und Zimmer, Annette (Hgg.): *Lobby Work. Interessenvertretung als Politikgestaltung*. Wiesbaden: Springer VS, S. 9-27, S. 11.

Akteure wie die *Gesellschaft* oder die Stiftung ZgV bzw. der *BdV* handeln in der Nähe der institutionalisierten Politik und nutzen Protestaktionen, Podiumsdiskussionen, Preisverleihungen, öffentlichkeitswirksame Erklärungen und diskrete Verhandlungen. Dagegen tragen die Akteure bei den *Stolpersteinen* das gesamte Projekt beinahe eigenständig und werden in allen notwendigen Tätigkeitsfeldern – von der Recherche, über das Einholen der Verlegungs-Genehmigung bis hin zur Organisation der Verlegung und der Pflege der Steine – aktiv. „Dadurch dass Interessenvertretung heute breit angelegt ist und Fragen der Legitimität politischer Handlung tangiert, kommt der ‚öffentlichen Meinung‘ ein wichtiger Stellenwert zu.“

⁴⁶⁴ Insofern spielen öffentlichkeitswirksame Aktionen eine wichtige Rolle.⁴⁶⁵

In dieser Arbeit wurden drei erinnerungskulturelle Projekte hinsichtlich ihrer zivilgesellschaftlichen Akteure untersucht. Im Rahmen eines Vergleichs wurden zehn Thesen entwickelt, die im Folgenden erläutert werden und Ansätze für weitere Forschung bieten könnten.

4.1 Thesen

These 1: Engagierte Bürger, die erinnerungskulturelle Projekte und Debatten anstoßen möchten, bevorzugen partizipatorische Organisationsformen der Zivilgesellschaft.

Bei allen hier untersuchten Projekten fällt auf, dass die Initiierung, wie eingangs vermutet, von partizipatorischen Organisationen, also Vereinen und Bürgerinitiativen, kamen. Bei den hier betrachteten Vereinen – der *Gesellschaft*, dem *BdV* sowie den Vereinen, die sich für die *Stolpersteine* engagieren – handelt es sich um rechtsfähige Idealvereine. „Der Zweck der ideellen Vereine besteht darin, sich für die Allgemeinheit und die Erreichung ideeller Ziele einzusetzen.“⁴⁶⁶ Vereine haben eine Renaissance erlebt und sind als zivilgesellschaftliche Organisationsform populär: „Alle wie auch immer interessierten Bürger scheinen in Vereinen organisiert zu sein. Vereine sind in ihren Organisationsstrukturen flexibel, und sie sind leicht zu gründen. Somit sind sie sehr beliebt und weitverbreitet.“⁴⁶⁷ Das besondere an ihnen ist das ihnen zugrunde liegende demokratische Prinzip, das auf Partizipation beruht. Ihr höchstes Organ ist die Mitgliederversammlung, in der jedes Mitglied die gleiche Stimmkraft besitzt.⁴⁶⁸

Ein idealtypischer Verein existiert aufgrund von und für seine Mitglieder. Infolgedessen lässt sich bei Vereinen erstens eine Kongruenz zwischen den Zielen der Mitglieder und denen des betreffenden Vereins und zweitens ein hohes Maß an ehrenamtlichen Engagement feststellen. Konstitutiv für freiwillige Vereinigungen ist schließlich drittens die demokratische Entscheidungsfindung bzw. ein hoher Grad an Demokra-

⁴⁶⁴ Ebd., S. 12.

⁴⁶⁵ Hierunter zählen die Protestaktion der *Gesellschaft* gegen Barzels Kündigung mit entsprechender Berichterstattung oder die Anzeigen (O.A., ZgV Chronik.), die die Stiftung ZgV im September 2003 in überregionalen Zeitungen veröffentlichte, um für ihr Anliegen im Rahmen der „Sommerdebatte“ zu werben.

⁴⁶⁶ Zimmer, Vereine, S. 19. Die Liste der als gemeinnützig anerkannten Zwecke ist lang. (AO §52)

⁴⁶⁷ Crede, Daniela (2000): Der Verein als – zentrales? – Element bürgerschaftlichen Engagements. Münster: Arbeitsstelle Aktive Bürgerschaft, S. 13.

⁴⁶⁸ Zimmer, Vereine, S: 35.

tie, der insbesondere durch die Unabhängigkeit der Organisation von Nichtmitgliedern sowie durch die besondere Art der Einbindung der Organisationsteilnehmer – d.h. der Mitglieder – garantiert wird.⁴⁶⁹

Diese Kongruenz der Mitglieder- und Vereinsinteressen ist problematisch. Es scheint letztlich, als hätten die Streitigkeiten und Meinungsverschiedenheiten innerhalb der *Gesellschaft* sowie die daraus resultierenden Vorstandswechsel letztlich zu einem Positionsverlust geführt.⁴⁷⁰ Stickler unterstellt dem *BdV* eine verbandsinterne Meinungsvielfalt, die vermutlich auf den Verbandspartikularismus und damit auch nicht zuletzt auf die heterogene Mitgliedschaft zurückgeht.⁴⁷¹ Auch hier ist unklar, inwiefern der *BdV* eine homogene Meinung für seine Mitglieder vertreten kann. Vereine haben eine vermittelnde Funktion und entfalten ihre „Qualität als intermediäre Instanz, die den Einzelnen mit Staat und Gesellschaft verbindet“. ⁴⁷² Vereine sind Teil der Zivilgesellschaft und gehören zur dritten Arena zwischen Markt und Staat. Ihre Aktivitäten reichen aber in die anderen Arenen hinein. Sie erfüllen als Dienstleister ökonomische Funktionen, indem beispielsweise die *Gesellschaft* Postkarten vertreibt oder für Theater-Abende Eintritt erhebt.⁴⁷³ Andererseits sind sie aufgrund ihrer „Bündelung, Artikulation und Vermittlung von Interessen“ gleichzeitig auch „politische Akteure, die in den Sektor Staat hineinwirken“. ⁴⁷⁴

Zwischen den Arenen und auch zwischen den Akteuren kann es dabei zu Konflikten kommen. „In der Öffentlichkeit wird allzu leicht dieser konflikthafte Charakter von Zivilgesellschaft verkannt.“⁴⁷⁵ So kam es zwischen dem *BdV* und der Bundesregierung zu Auseinandersetzungen über den Stiftungsratssitz für Steinbach.⁴⁷⁶ Zudem kam es zu Streitigkeiten zwischen dem *BdV* und anderen zivilgesellschaftlichen Zusammenschlüssen – darunter diejenigen, die sich auf lokaler und regionaler Ebene schon lange für den „Dialog zwischen von Vertreibungen Betroffenen unterschiedlicher Nationalitäten“ einsetzen. ⁴⁷⁷ Dabei handelt es sich bei diesen Initiativen um Projekte, die aus der Ablehnung der *BdV*-Aktivitäten entstanden sind.⁴⁷⁸ Die Trägerschaft des *Stolpersteine*-Projektes ist heterogener: Hier finden sich Vereine, lose Zusammenschlüsse, Bürgerinitiativen⁴⁷⁹ und Einzelpersonen. Da die *Stolperstein*-Verlegung

⁴⁶⁹ Ebd., S. 86.

⁴⁷⁰ Vgl. dazu Kapitel 3.1.4 Realisierung.

⁴⁷¹ Stickler, Interessengruppen, S. 146.

⁴⁷² Zimmer, Vereine, S. 66.

⁴⁷³ Vgl. dazu Kapitel 3.1.3.3 Charakter und Aktivitäten.

⁴⁷⁴ Ebd., S. 87.

⁴⁷⁵ Adloff, Zivilgesellschaft, S. 151.

⁴⁷⁶ Vgl. dazu Kapitel 3.3.4 Realisierung.

⁴⁷⁷ Mihr, Wund-Male, S. 99.

⁴⁷⁸ Ebd.

⁴⁷⁹ Eine Bürgerinitiative ist ein „Zusammenschluss von Bürgern [...] mit dem Ziel, bestimmte Probleme, die die Gemeinde oder der Staat nicht im Sinne der Bürger [...] löst, durch [spektakuläre] Aktionen ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken und dadurch Druck auf die behördlichen Stellen auszuüben.“ (O.A. (Ohne Datum): Bürgerinitiative, die (Duden), Online im Internet: <http://www.duden.de/rechtschreibung/Buergerinitiative> [03.02.2017].) Zwar ist das Ziel der *Stolperstein*-Initiativen nicht, die Verwaltung zum Handeln zu bewegen. Sie wollen selbst tätig sein. Dennoch zählen sie in meinen Augen zu den Bürgerinitiativen, weil sie „spontane, zeitlich begrenzte, häufig lockere Zusammenschlüsse“ sind, für die die staatlich getragene Erinnerungskultur offenbar nicht ausreichend ist. (Ackermann, Paul und Müller, Ragnar (2015): Bürgerhandbuch. Politisch aktiv werden, Öffentlichkeit herstellen, Rechte durchsetzen. 4. Aufl. Schwalbach: Wochenschau-Verlag, S. 196.)

ein in sich geschlossenes und eher kurzfristiges Projekt ist, sind Bürgerinitiativen eher geeignet als eigens gegründete Vereine. Die Vereine, die sich für die *Stolpersteine* engagieren, existieren in der Regel schon länger und sind fest im lokalen Umfeld verwurzelte Geschichts- oder Bezirksvereine. Im Gegensatz zum *BdV* und zur *Gesellschaft*, die als Vereine auf Mitgliedschaft und Struktur basieren, bieten Bürgerinitiativen auch ein zeitgemäßes Angebot für jüngere Engagierte: „Vor dem Hintergrund der Tendenz zur Individualisierung wollen sich die Menschen nicht mehr langfristig an eine Organisation binden und setzen sich lieber für eine Sache ein, von der sie direkt betroffen sind und die sie selbst überschauen können.“⁴⁸⁰

These 2: Die Gründung der Stolperstein-Stiftung dient der Sicherung von Demnigs Lebenswerk über seinen Tod hinaus, während hinter den staatlichen Stiftungsgründungen der Wunsch nach staatlicher Kontrolle, Lenkung und langfristiger Sicherung angesichts der kontroversen Debatten steht.

Auffällig ist, dass alle drei Projekte in der Gründung einer Stiftung mündeten – wenn auch in äußerst unterschiedlicher Ausgestaltung.⁴⁸¹ In der Rechtsform lassen sich Stiftungen privaten und öffentlichen Rechts sowie selbständige und unselbständige Stiftungen unterscheiden. Bei der *STIFTUNG – SPUREN – Gunter Demnig* handelt es sich um eine rechtsfähige Stiftung bürgerlichen Rechts. Das heißt, sie kann als juristische Person am Rechtsverkehr teilnehmen und unterliegt der Stiftungsaufsicht durch die zuständige Landesstelle, in diesem Fall der Bezirksregierung Köln.⁴⁸² Ein entscheidendes Argument für die Stiftungsgründung war die Möglichkeit, den Stifterwillen auf Dauer umsetzen zu können. Stiftungen stehen für

⁴⁸⁰ Ackermann und Müller, Bürgerhandbuch, S. 196. Das Projekt *Stolpersteine* weist Ähnlichkeiten mit den *Neuen Sozialen Bewegungen (NSB)* auf, deren Organisationsformen „vielfältig und dezentral“ sind. (Geißel, Brigitte und Thillmann, Katja (2006): Partizipation in Neuen Sozialen Bewegungen, In: Hoecker, Beate (Hg.): Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest. Eine studienorientierte Einführung. Opladen: Budrich, S. 159-183, S. 161.) Sie zeichnen sich „durch das Fehlen einer klar gegliederten Organisation, formalisierter Entscheidungsverfahren oder Mitgliedschaften“ aus. (Ebd., S. 162.) „Die Schwelle für Beteiligung war im Vergleich zu institutionalisierten Formen der Interessenvertretung zum Beispiel in Parteien relativ niedrig.“ (Ebd.) Die Engagierten bei den *Stolpersteinen* eint ihr gemeinsames Anliegen, die Erinnerung an jedes NS-Opfer zu bewahren. Ein Anliegen der *NSB* war nicht nur das Durchsetzen kollektiver politischer Ziele, sondern auch die Veränderung individueller Verhaltensweisen, wie beispielsweise das Mülltrennen. Auch in diesem Aspekt gibt es Ähnlichkeiten zum *Stolpersteine*-Projekt, das neben der Schaffung eines dezentralen Denkmals für die kollektive Erinnerung auch auf individueller Ebene wirken möchte. Inzwischen haben sich die meisten *NSB* institutionalisiert und sind zu stärker strukturierten Organisationsformen übergegangen. (Crede, Verein, S. 13.) Ein Vergleich des *Stolperstein*-Projektes mit den *NSB* könnte ein Thema für zukünftige Engagement-Forschung sein.

⁴⁸¹ Strachwitz hat dargelegt, dass Stiftungen zur Zivilgesellschaft zählen, sofern man – wie hier – einen deskriptiven Zivilgesellschafts-Begriff heranzieht. (Strachwitz, Rupert Graf (2010): Die Stiftung – ein Paradox? Zur Legitimität von Stiftungen in der politischen Ordnung, Stuttgart: Lucius & Lucius, S. 191 ff.) Bei einer Stiftung handelt es sich um die „Widmung eines Vermögens zur Erfüllung der vom Stifter gesetzten Zwecke“ (Hof, Hagen (2003): Zur Typologie der Stiftung. In: Bertelsmann Stiftung (Hg.): Handbuch Stiftungen. 2. Aufl. Wiesbaden: Gabler, S. 765-797, S. 765.). Stiftungen lassen sich durch verschiedene Merkmale charakterisieren: „Grundlegend für diese Merkmale ist der Wille des Stifters, eine Vermögensmasse auf Dauer, in der Regel über seinen Tod hinaus, einem von ihm festgelegten Zweck zu widmen und die dauerhafte Durchsetzung des verfolgten Zwecks durch geeignete organisatorische Maßnahmen sicherzustellen. Diese auf ihre Funktion abstellende Charakterisierung des Wesens einer Stiftung trifft im Kern auf alle Rechts- und Erscheinungsformen von Stiftungen zu, unabhängig davon, welche Rechtskonstruktion der Stifter in seinem besonderen Einzelfall bevorzug.“ (Weber, Christiane (2009): Stiftungen als Rechts- und Ausdrucksform Bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland. Baden-Baden: Nomos, S. 58.)

⁴⁸² O.A. (Ohne Datum): Stiftungsverzeichnis, Online im Internet: <http://bit.ly/2k5NVuw> [02.02.2017].

Stabilität und Langfristigkeit.⁴⁸³ Demnig feiert bald seinen 70. Geburtstag und insofern ist das Anliegen, seinem Lebenswerk die Zukunft zu sichern, naheliegend. Damit wurde diese Stiftung aus dem „Urgrund des Stiftens“ heraus gegründet: dem Drang und der Chance,

*die Zukunft über den eigenen Tod hinaus zu gestalten. Die Freiheit, dies selbstbestimmt, das heißt im weitesten Sinne nach den eigenen Vorstellungen tun zu können, bildet einen wesentlichen Antrieb des Stiftens. Und die Gewähr – oder besser die Hoffnung – der fortdauernden Bindung an den Stifterwillen, das heißt der dauerhaften Erfüllung des vom Stifter vorgegebenen Stiftungszwecks, führt zu der besonderen Befriedigung, die dem Stiftungsakt innewohnt.*⁴⁸⁴

Ein zweiter Grund ist sicherlich der Wunsch, einem möglichen Kontrollverlust angesichts der Plagiatsfälle und des wachsenden Netzwerks entgegenzuwirken.⁴⁸⁵

Bei der Stiftung ZgV handelt es sich ebenfalls um eine selbständige Stiftung bürgerlichen Rechts mit dem BdV als Stifter und Steinbach als allein vertretungsberechtigte Vorsitzende.⁴⁸⁶ Das Ziel ist es, „das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen und ihr kulturelles Erbe im kollektiven Gedächtnis Deutschlands zu verankern und Vertreibung als Mittel von Politik zu ächten.“⁴⁸⁷ Vermutlich handelt es sich um eine Kapitalstiftung, da darauf hingewiesen wird, dass das Vermögen ungeschmälert zu erhalten und darum jede Zustiftung willkommen sei.⁴⁸⁸

*Kapitalstiftungen werden vom Stifter mit einem Grundstockvermögen ausgestattet, mit dessen Erträgen sie die ihnen gesetzten Zwecke verfolgen sollen. Je ertragreicher dieser Grundstock ist, desto größer kann auch der Aktionsradius der Stiftung sein.*⁴⁸⁹

Selbständige Stiftungen bürgerlichen Rechts zählen laut Christiane Weber zu den Rechtsformen, die sich für bürgerschaftliches Engagement eignen.⁴⁹⁰ Anders verhält es sich bei den beiden hier relevanten Stiftungen öffentlichen Rechts. In diesem Fall tritt der Staat als Stifter auf und gründet die Stiftungen per Gesetz.⁴⁹¹ Auch hier ist zwischen selbständigen und un-selbständigen Stiftungen zu unterscheiden. Die *Stiftung Jüdisches Museum Berlin* ist eine selbständige Stiftung öffentlichen Rechts, deren Haushalt vom Bund gestellt und durch Zuwendungen im Sinne einer Public Private Partnership ergänzt wird.⁴⁹² Das eigentliche Stiftungskapital sind die Gebäude und die Sammlung, die selbst keine ertragreiche Kapitalanlage sind. Insofern ist diese Einkommensstiftung immer auch durch eine „Abhängigkeit vom

⁴⁸³ Vgl. dazu Kapitel 3.2.3 Akteure.

⁴⁸⁴ Weber, Stiftungen, S. 20.

⁴⁸⁵ Vgl. dazu Kapitel 3.2.3 Akteure.

⁴⁸⁶ Vgl. dazu Kapitel 3.3.2.3 Die Stiftung *Zentrum gegen Vertreibungen*.

⁴⁸⁷ O.A. (Ohne Datum): So können Sie helfen! Werden Sie Förderer unserer Stiftung! Online im Internet:

<http://www.z-g-v.de/zgv/so-koennen-sie-helfen/> [03.02.2017].

⁴⁸⁸ O.A. (Ohne Datum): Zustiftung, Online im Internet: <http://www.z-g-v.de/zgv/so-koennen-sie-helfen/zustiftung/> [03.02.2017].

⁴⁸⁹ Hof, Typologie, S. 781.

⁴⁹⁰ Weber, Stiftungen, S. 59.

⁴⁹¹ Wenn man Zivilgesellschaft als „die Summe der nichtstaatlichen, nicht gewinnorientierten Akteure in der Gesellschaft“ (Strachwitz, ein Paradox?, S. 196.) definiert, dann zählen Stiftungen öffentlichen Rechts als öffentliche Körperschaften zur Arena des Staates und nicht zur Zivilgesellschaft. Dennoch ähneln einige Handlungslogiken – beispielsweise in Bezug auf Fundraising – denen zivilgesellschaftlicher Organisationen.

⁴⁹² O.A. (Ohne Datum): Organisationsform und Gremien unseres Museums, Online im Internet:

<https://www.jmberlin.de/ueber-die-organisation> [07.02.2017]; Blumenthal, W. Michael (2013): Das Jubiläum des Jüdischen Museums Berlin. In: Jahresbericht 2011/2012, Online im Internet:

https://www.jmberlin.de/sites/default/files/jahresbericht_2011-2012.pdf [07.02.2017], S. 3.

Stifter, der ihnen in der Regel jährlich bestimmte Geldbeträge zur Erfüllung der von ihm gesetzten Zwecke zuweist“,⁴⁹³ gekennzeichnet. Durch die Gründung einer öffentlich-rechtlichen Stiftung sicherte der Staat also seinen Einfluss auf das Projekt.⁴⁹⁴ Laut Strachwitz und Volker Then ist also Skepsis angebracht, wenn der Staat stiftet, denn häufig führten solche Stiftungsgründungen zu „zwitterhaften Rechtsgebilden: Stiftungen mit fragwürdiger Selbständigkeit, die auf laufende Zuwendungen aus öffentlichen Haushalten angewiesen sind.“⁴⁹⁵ Oft betätigen sich Bundesstiftungen heute im weitesten Sinne im kulturellen und wissenschaftlichen Bereich.⁴⁹⁶ Hierzu zählen auch die beiden hier betrachteten Bundesstiftungen. Die überwiegende Anzahl der staatlich gegründeten Stiftungen sind entweder Einkommensstiftungen, die nur über ein Sachvermögen verfügen, oder Kapitalstiftungen, deren Vermögensstock für die Erfüllung ihrer Zwecke ungenügend scheint.⁴⁹⁷ Das zentrale Wesenselement – das eigene Vermögen zur Sicherung der (wirtschaftlichen) Unabhängigkeit – fehlt.⁴⁹⁸ Betrachtet man allerdings die Geschichte des *JMB* mit den beteiligten Akteuren, so wäre eine andere Trägerschaft – beispielsweise durch die *Gesellschaft* – ohnehin sehr unwahrscheinlich gewesen. Soweit mir bekannt ist, stand eine andere als eine öffentliche Trägerschaft auch zu keinem Zeitpunkt zur Debatte.

Bei der *Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung* handelt es sich um eine unselbständige Stiftung öffentlichen Rechts in Trägerschaft der Stiftung *DHM*.⁴⁹⁹ Insofern ist die Kontrolle durch den Anschluss an eine etablierte Institution noch stärker. Nach den vorangegangenen Debatten um den Einfluss des *BdV* war eine Entscheidung für eine unselbständige Stiftung vermutlich auch dem Wunsch geschuldet, die Kontrolle zu behalten.⁵⁰⁰

These 3: Der organisatorische Wandel von partizipatorischen Zusammenschlüssen hin zu Stiftungsformen spiegelt den Übergang der Erinnerung vom kommunikativen ins kulturelle Gedächtnis wider.

Bei allen hier untersuchten Projekten kann man eine Entwicklung von partizipatorisch organisierten Initiatoren zu festen und auf Dauer angelegten Instanzen in Stiftungsform beobachten. In diesem organisatorischen Wandel der Vorhaben spiegelt sich der Übergang vom kommunikativen ins kulturelle Gedächtnis. In den Debatten, die durch die zivilgesellschaftlichen Akteure angestoßen, mitgestaltet oder lebendig gehalten wurden, wurden Erinnerun-

⁴⁹³ Hof, Typologie, S. 774.

⁴⁹⁴ Darüber hinaus ist mit der Entscheidung für den Organisationstyp Stiftung auch das positive Image des Begriffs verbunden, der eine Distanz zum Staat suggeriert, die für das Fundraising hilfreich sein kann. (Müller, Erwin (2009): Die Bundesstiftung. Berlin: BWV, S. 125.)

⁴⁹⁵ Strachwitz, Rupert Graf und Then, Volker (2003): Vorwort. In: Belezza, Enrico u.a. (Hgg.): Der Staat als Stifter. Stiftungen als Public-Private Partnerships im Kulturbereich. Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung, S. 7-9, S. 7.

⁴⁹⁶ Kilian, Michael (2003): Stiftungseinrichtungen durch die öffentliche Hand. In: Belezza, Enrico u.a. (Hgg.): Der Staat als Stifter. Stiftungen als Public-Private Partnerships im Kulturbereich. Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung, S. 11-134, S. 94.

⁴⁹⁷ Ebd.

⁴⁹⁸ Strachwitz und Then, Vorwort, S. 7.

⁴⁹⁹ Vgl. dazu Kapitel 3.3.4 Realisierung.

⁵⁰⁰ Benz, Zur Debatte.

gen innerhalb der Erlebnisgeneration bzw. zwischen den lebenden Generationen verhandelt. Welche Ereignisse mit welchen Interpretationen schließlich den Eingang ins kulturelle Gedächtnis finden sollten, wurde hier selektiert und in den neu geschaffenen Institutionen – zumindest vorerst – verstetigt. Denn wenn die beiden Stiftungen öffentlichen Rechts von staatlichen Zuwendungen abhängig sind, unterliegen sie womöglich auch Veränderungen, die mit Regierungswechseln einhergehen. Insofern sind diese Konstrukte auch kein Garant für die Ewigkeit. Andererseits muss der Gehalt des Funktionsgedächtnisses immer wieder neu bestimmt werden. So bieten diese Stiftungen die Möglichkeit, in regelmäßigen Abständen zu prüfen, ob ihre Ausgestaltung noch ihrem gesellschaftlichen Zweck entspricht. Bei der *Stolperstein*-Stiftung wird die Zeit zeigen, ob sie für den zukünftigen erinnerungskulturellen Wandel gerüstet ist.

Jochen Spielmann, der Anfang der 90er Jahre im Auftrag der Berliner Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen ein Gutachten über die Denkmal-Debatten der 1980er Jahre anfertigte, kam zu diesem Zeitpunkt zu einem wenig optimistischen Urteil:

Zugespißt lässt sich formulieren, daß Ende der achtziger Jahre jeder jedem gedenken kann – ohne daß es politische Folgen hat. Dieser Einschätzung widersprechen die erbitterten Auseinandersetzungen nicht, die weiterhin in vielen Städten geführt werden. Für fast alle diese Gruppen sind Denkmal-Setzungen Teil ihrer Bürgerrechtsarbeit, mit der sie sich für ihre Gleichberechtigung und Anerkennung einsetzen. Ob sich dadurch die Anliegen dieser Gruppen im kulturellen Gedächtnis verankern können, bleibt sehr fraglich. Wahrscheinlich ist eher die Weiterentwicklung des partikularen und zugleich folgenlosen Gedenkens.⁵⁰¹

Die Stiftungsgründungen sowie die Tatsache, dass sich zahlreiche dieser Projekte durchgesetzt haben, sprechen allerdings gegen diese Einschätzung.

Sommer hat die Anwendbarkeit der Assmannschen Theorie auf die *Stolpersteine* untersucht.⁵⁰² Ihrer Ansicht nach verschwinden hierbei die Grenzen zwischen dem kommunikativen und dem kulturellen Gedächtnis, aufgrund der Einbettung in den gesellschaftlichen Diskurs einerseits und aufgrund der Manifestation in Denkmal-Form andererseits.⁵⁰³ Es scheint, als ließe sich diese Annahme auf die anderen beiden hier betrachteten Projekte übertragen. Alle drei Projekte bewegen sich mit ihren öffentlichen Diskussionen im kommunikativen Gedächtnis. Durch die Schaffung fester Institutionen in Denkmals- oder Museumsform sind sie Teil des kulturellen Gedächtnisses. Die Wahl der Stiftungsform stützt diese Annahme.

These 4: Die individuellen Akteure sind grundsätzlich bildungsnah und stehen mit ihren Repräsentanten in der Tradition des Bürgertums.

Bei den Repräsentanten der Gesellschaft und des *BdV* bzw. *ZgV* handelt es überwiegend um gebildete, politisch aktive, prominente und gut vernetzte Persönlichkeiten: Herz, Galinski, und Cramer zählen ebenso in diese Gruppe wie Steinbach, Glotz und der aktuelle *BdV*-Präsident Bernd Fabritius. Dabei handelt es sich um Personengruppen, die der Sozialhistori-

⁵⁰¹ Spielmann, DENK-MAL-PROZESSE, S. 11.

⁵⁰² Sommer, Gesellschaftliches Erinnern, S. 99.

⁵⁰³ Ebd., S. 65, S. 102 ff.

ker Jürgen Kocka vermutlich in der Traditionslinie des Bürgertums als Träger von Zivilgesellschaft sehen würde: Er identifiziert Hinweise darauf,

dass bürgerschaftliches Engagement auch weiterhin vor allem dort gute Chancen hat, wo Restbestände bürgerlicher Kultur – zum Teil in ganz neuen Formen und mit neuen Inhalten, aber nicht ohne dichte Kommunikation in persönlichen Beziehungen – die Bildung sozialen Kapitals erleichtern. Ganz ohne bürgerliche Kultur oder ihre Äquivalente haben es Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement auch zukünftig schwer.⁵⁰⁴

Das Projekt *Stolpersteine* speist sich vorwiegend durch lokale Bürgerinitiativen, die ‚Anwohner von Nebenan‘, interessierte Schüler und alte Klassenkameraden. Da es hier keine stark ausgeprägte Struktur mit formellen Repräsentanten gibt, ist die Zusammensetzung der Engagierten schwer einzuschätzen und vermutlich heterogen mit Tendenz zu bildungsnahen Schichten. Es ist auch – im Gegensatz zur *Gesellschaft* und zum *BdV* – anzunehmen, dass bei den *Stolpersteinen* verschiedene Altersgruppen vertreten sind.⁵⁰⁵

These 5: Die überwiegende Mehrheit der Engagierten war selbst nicht von den Ereignissen betroffen, an die sie erinnern möchten. Dies scheint keinen Einfluss auf die gesellschaftliche Akzeptanz des Projektes zu haben.

Wie gezeigt wurde, stammten die Repräsentanten der *Gesellschaft* aus der deutsch-jüdischen „Zwischenzone“ (Vera Bendt).⁵⁰⁶ In der Regel handelte es sich nicht um selbst vom Holocaust Betroffene. Die *Jüdische Gemeinde* stand – abgesehen von Galinski – dem Projekt ohnehin zunächst skeptisch gegenüber. Die einzigen mir bekannten Ausnahmen sind Cramer, der nach seiner Entlassung aus dem KZ Buchenwald 1938 emigriert war und Galinski, der mehrere Konzentrationslager überlebte.⁵⁰⁷ Die deutsch-jüdische Distanz zeigt sich auch – wie dargelegt – im Selbstverständnis des Vereins.⁵⁰⁸ Vieles spricht also dafür, dass die *Gesellschaft* in ihren Augen gemeinwohlorientiert agierte. Der Verein wurde eigens zur Umsetzung dieses Projektes gegründet. Für die Mitglieder war die Errichtung eines *JMB* gesellschaftlich notwendig. Der Erfolg des Museums heute scheint ihnen Recht zu geben.

Ähnliches gilt für die *Stolpersteine*: Demnig selbst als Initiator hat keinen persönlichen Bezug zum Holocaust. Es ist anzunehmen, dass die Mehrheit der Engagierten ebenso nicht zu den Betroffenen zählt. Zwar werden vereinzelt auch *Stolpersteine* von Angehörigen initiiert, dies scheint in Deutschland jedoch eher die Ausnahme als die Regel zu sein.⁵⁰⁹ Die breite Zu-

⁵⁰⁴ Kocka, Jürgen (2002): Das Bürgertum als Träger von Zivilgesellschaft – Traditionslinien, Entwicklungen, Perspektiven. In: Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ Deutscher Bundestag (Hg.): Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft. Opladen: Leske + Budrich, S. 15-22, S. 22.

⁵⁰⁵ Eine quantitative Studie zur Zusammensetzung der Engagierten im Projekt *Stolpersteine* steht aus und bietet Potential für weitere Forschung.

⁵⁰⁶ Vgl. dazu Kapitel 3.1.3.2 Repräsentanten.

⁵⁰⁷ O.A. (Ohne Datum): Ernst Cramer, Online im Internet: <http://www.axelspringer.de/downloads/21/252621/ec.pdf> [03.02.2017]; O.A. (Ohne Datum): Heinz Galinski 1912-1992. In: Lemo – Lebendiges Museum Online, Online im Internet: <https://www.hdg.de/lemo/biografie/heinz-galinski.html> [07.02.2017].

⁵⁰⁸ Vgl. dazu Kapitel 3.1.3.1 Gründung und Satzung.

⁵⁰⁹ Vgl. dazu Kapitel 3.2.3 Akteure.

stimmung, die das Projekt erfährt, sprechen für einen gesamtgesellschaftlichen Konsens (von vereinzelt – wenn auch zum Teil einflussreichen – Kritikern abgesehen).

Zivilgesellschaftliche Organisationen verfolgen in der Regel „Interessen mit einem breiteren, meist öffentlichen Anspruch.“⁵¹⁰ Das scheint beim *BdV* entgegen seiner Behauptung nicht der Fall zu sein: Der Verein wurde ursprünglich als Interessenvertreter für die Vertriebenen gegründet.⁵¹¹ Die Gründung von Vertriebenenorganisationen war – wie Strachwitz darlegt – zu einem Zeitpunkt, als die Integration akut betrieben werden musste, legitim, notwendig und politisch prioritär.⁵¹² Mittlerweile hat sich die Mitgliederstruktur derartig geändert, dass unklar ist, wessen Interessen der Verein vertritt. Heute dürfte altersbedingt der Anteil derjenigen mit eigenen Erinnerungen an ihre „Heimat“, die sie verlassen haben, gering sein.⁵¹³ Mit der Initiierung eines zentralen Erinnerungsprojektes ist daher unter Umständen nicht nur das Bedürfnis verbunden, an das historische Ereignis zu erinnern und es ins kulturelle Gedächtnis zu transferieren, sondern auch der Selbsterhalt der Organisation. Betrachtet man die drei wichtigsten *BdV*-Repräsentanten im Rahmen dieses Projektes, so zeigt sich, dass die Gruppe der Vertriebenen in der Minderheit ist: Steinbachs Vertriebenen-Status ist umstritten, da die Eltern kriegsbedingt nach Westpreußen kamen.⁵¹⁴ Der aktuelle *BdV*-Präsident Fabritius übersiedelte 1984 mit seinen Eltern aus Rumänien nach Deutschland und zählt somit zu den sogenannten Spätaussiedlern.⁵¹⁵ Nur der mittlerweile verstorbene Glotz flüchtete 1945 aus dem Sudetenland nach Bayern.⁵¹⁶ Die Kontroverse um das *ZgV* sowie die breite Ablehnung, die das Vorhaben öffentlich erfuhr, sprechen dafür, dass der *BdV* kein gesamtgesellschaftliches Interesse vertritt, sondern das einer immer kleiner werdenden Gruppe. Nichtsdestotrotz ist der *BdV* einen Schritt weiter gekommen beim Versuch, das kommunikative Gedächtnis der Erlebnissgeneration an Flucht und Vertreibung in das kulturelle Gedächtnis zu transferieren.⁵¹⁷ „Das Ergebnis war im Wesentlichen“, so das Fazit von Strachwitz, „ein Erfolg des *BdV* zu Lasten einer konsensfähigen politischen Priorität. Seine Forderungen vermochte er in allen wesentlichen Punkten durchzusetzen.“⁵¹⁸ Dabei wurde offensichtlich, dass die Mehrheit der deutschen Bevölkerung nicht auf der Seite des *BdV* stand und sich von dessen Argumenten nicht überzeugen ließ. Letztlich ist es also auf den politischen Einfluss einer einzelnen Interessengruppe zurückzuführen und nicht auf das überzeugende Argument, dass eine

⁵¹⁰ Speth, Rudolf (2016): Interessenvertretung durch NPOs: Vom Mitgliederverband zur professionellen Advocacy? In: Zimmer, Annette u. Hallmann, Thorsten (Hgg.): Nonprofit-Organisationen vor neuen Herausforderungen. Wiesbaden: Springer VS, S. 243-260, S. 245.

⁵¹¹ Vgl. dazu Kapitel 3.3.2.1 Der *Bund der Vertriebenen*.

⁵¹² Strachwitz, Legitimität, S. 35.

⁵¹³ Vgl. dazu Kapitel 3.3.3.1 Legitimität des *BdV*.

⁵¹⁴ Vgl. dazu Kapitel 3.3.2.2 Erika Steinbach.

⁵¹⁵ O.A. (Ohne Datum): Dr. Bernd B. Fabritius, Online im Internet: <http://www.fabritius.de/person.htm> [03.02.2017].

⁵¹⁶ Deutscher Bundestag, Peter Glotz.

⁵¹⁷ Franzen, In der neuen Mitte, S. 52.

⁵¹⁸ Strachwitz, Legitimität, S. 34.

dauerhaften Institution zum Thema Vertreibung eingerichtet wird.⁵¹⁹ Dass der *BdV* seinen Vorschlag „konsequent verfochten und obsiegt“ hat, kann man ihm letztlich nicht vorwerfen.⁵²⁰ Die Bundesregierung hingegen hätte – so Strachwitz – die „Grenzen zivilgesellschaftlicher Mitgestaltung“ wahren müssen und auch der *BdV* hätte im Vorhinein die Konsequenzen seiner Forderung für den politischen Aussöhnungsprozess abwägen können.⁵²¹

These 6: *Mit Voranschreiten der Projekte (mit Ausnahme der Stolpersteine) nimmt der zivilgesellschaftliche Einfluss ab und der staatliche Einfluss zu.*

Mit Ausnahme der *Stolpersteine* nimmt die Bedeutung der zivilgesellschaftlichen Akteure mit Voranschreiten des Projektes ab. Je konkreter die Planungen und die Umsetzung der Projekte *JMB* und *SFVV* gediehen, desto weniger traten die initiiierenden Gruppen in Erscheinung und desto mehr nahm die staatliche Kontrolle zu. Es scheint also, als komme den zivilgesellschaftlichen Akteuren insbesondere bei der Initiierung der Projekte eine große Bedeutung zu. Es ist anzunehmen, dass es das *JMB* heute nicht bzw. nicht in dieser Form geben würde, wenn Herz, seine Mitstreiter und Nachfolger nicht so unerlässlich für ihre Sache gekämpft hätten. An der letztendlichen Ausgestaltung hatten sie jedoch keinen Anteil.

Gleiches gilt für den *BdV*, der den Diskurs über Vertreibung erfolgreich in die Öffentlichkeit getragen und so einen Prozess in Gang gebracht hatte, an dessen vorläufigem Ende die *SFVV* steht. Zwar konnte sich der *BdV* einen erheblichen Einfluss im Stiftungsrat sichern bzw. seinen Einfluss vergrößern und sich mit zahlreichen Forderungen durchsetzen. Sein Stimmanteil im Stiftungsrat liegt aktuell bei 29%.⁵²² Ganz anders wäre der Fall gewesen, hätte der *BdV* seinen ursprünglichen Plan, ein eigenes *Zentrum gegen Vertreibungen* zu errichten und dafür staatliche Förderung zu erhalten, umsetzen können. Insofern hat auch hier die Bedeutung des zivilgesellschaftlichen Initiators mit fortschreitender Umsetzung des Projektes abgenommen.

These 7: *Personelle Überschneidungen zwischen Zivilgesellschaft und Politik implizieren nicht unbedingt einen Konsens hinsichtlich des jeweiligen erinnerungskulturellen Projekts.*

Bei der Betrachtung der Projekte in Bezug auf die Beziehung zu Politik und staatlicher Verwaltung fällt auf, dass die beiden Projekte *JMB* und *SFVV* von Anfang an personelle Überschneidungen zwischen Zivilgesellschaft und Staat aufweisen. Herz war Staatssekretär und Leiter der Berliner Senatskanzlei, als die *Gesellschaft* gegründet wurde. Kolland war Leiterin des Neuköllner Kulturamtes und Schneider war Planungsreferent für Kultursenator Hasse-

⁵¹⁹ Ebd.

⁵²⁰ Ebd.

⁵²¹ Ebd.

⁵²² Steinbach, Erinnerung, S. 121.

mer.⁵²³ Steinbach war langjährige Bundestagsabgeordnete und darüber hinaus unter anderem Mitglied im Innen- und Kulturausschuss, im Fraktionsvorstand, sowie menschenrechtspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion.⁵²⁴ Glotz war ebenfalls Bundestagsmitglied und unter anderem SPD-Bundesgeschäftsführer sowie Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesbildungsministerium.⁵²⁵ Fabritius ist Bundestagsmitglied und in mehreren Bundestagsausschüssen.⁵²⁶ Das bedeutet aber keineswegs, dass die Zusammenarbeit zwischen den zivilgesellschaftlichen Organisationen und der institutionalisierten Politik deswegen harmonisch war. Sowohl die *Gesellschaft* (zum Beispiel hinsichtlich der Entlassung Amnon Barzels)⁵²⁷ als auch der *BdV* bzw. das *ZgV* haben sich zum Teil deutlich gegen die institutionalisierte Politik positioniert.

These 8: Die dezentrale Struktur des Stolpersteine-Projektes hat im Hinblick auf die Beziehung zu staatlichen Institutionen Vor- und Nachteile. Dabei spielen staatliche Institutionen eine doppelte Rolle: zum einen als Genehmiger und zum anderen als finanzieller und personeller Förderer.

Die öffentliche Verwaltung ist entscheidend für die Umsetzung der *Stolpersteine*, da sie die Verlegungen genehmigen muss. Versagt sie dies, kann auch das Projekt nicht umgesetzt werden. Wie am Beispiel München deutlich wurde, finden die zivilgesellschaftlichen Akteure zwar dennoch Handlungsspielraum in kleinen Nischen der digitalen Welt oder der privaten Sphäre, aber ohne diese Genehmigungen ist die ursprüngliche Idee nicht umzusetzen.⁵²⁸ Neben dieser Genehmigungsfunktion treten staatliche Institutionen hier auch in anderer Form in Erscheinung: So werden einige Koordinierungsstellen finanziell durch die öffentliche Hand gefördert. Manchmal stellt die öffentliche Verwaltung auch Mitarbeiter zur Unterstützung und Koordinierung des Projektes zur Verfügung. So wurde die Koordinierung in Berlin zunächst von den öffentlich geführten Bezirksmuseen Friedrichshain-Kreuzberg und Mitte übernommen.⁵²⁹ Aufgrund der dezentralen Struktur sind die Ansprechpartner hier in der Regel einzelne Mitarbeiter bei Kommunen und Städten. Insofern erfolgt hier eine Unterstützung nicht durch große Zusagen auf der politischen Bühne der Bundespolitik mit weitreichenden Konsequenzen beispielsweise für außenpolitische Prozesse. Je nach Standort kann die Zusammenarbeit daher positiv oder negativ sein. Das ist zugleich Vor- und Nachteil der dezentralen Struktur.

⁵²³ Vgl. dazu Kapitel 3.1.3.2 Repräsentanten.

⁵²⁴ Vgl. dazu Kapitel 3.3.2.2 Erika Steinbach.

⁵²⁵ Deutscher Bundestag, Dr. Peter Glotz.

⁵²⁶ O.A., Dr. Bernd B. Fabritius.

⁵²⁷ Vgl. dazu Kapitel 3.1.3.3 Charakter und Aktivitäten.

⁵²⁸ Vgl. dazu Kapitel 3.2.4 Kritik. Allerdings führt der Widerstand der Münchener Behörden auch zu einer breiteren Öffentlichkeit, die dem Projekt zugutekommt.

⁵²⁹ Vgl. dazu Kapitel 3.2.3 Akteure.

These 9: Zivilgesellschaftliche Organisationen entfalten auch im erinnerungskulturellen Kontext ihre Kraft in lokalen Initiativen ohne nationalen Anspruch. Sie eignen sich, um erinnerungskulturelle Diskurse anzuregen und lebendig zu halten; bei der Realisierung zentraler gesamtstaatlicher Erinnerungs-Projekte sind sie weniger erfolgreich.

Das JMB begann als lokales Projekt mit dem Ziel der Einrichtung eines *Jüdischen Museums* im *Berlin Museum* und ihm wurde „erst im Laufe seiner umkämpften Konzeption und bedingt durch die politischen Wandlungen im Kontext der deutschen Einheit eine nationale Bedeutung zugesprochen, die letztendlich dem Museum Ende der 90er Jahre den Realisierungsschub verpasste.“⁵³⁰ Die Initiative des BdV hatte dagegen von Anfang an einen nationalen Anspruch. Zwar können zivilgesellschaftliche Organisationen im Rahmen ihrer Themenanwaltschaftsfunktion Diskurse anstoßen. Dazu sind sie außerordentlich geeignet, denn „Zivilgesellschaftsorganisationen sind Seismographen von Veränderung. Sie sind am ‚Puls‘ der Zeit der gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Veränderungen.“⁵³¹ Für die Umsetzung sind sie allerdings nicht zuletzt aufgrund ihrer anzunehmenden Partikularinteressen im doch äußerst komplexen Feld der Erinnerungskultur ungeeignet. Potential entfalten sie, wie das Beispiel *Stolpersteine* gezeigt hat, im lokalen dezentralen Kontext. So scheinen die zivilgesellschaftlichen Akteure gerade in den kleineren lokalen Initiativen vor Ort ihre Kraft zu entfalten. „Zweifelloos findet bürgerschaftliches Engagement mehrheitlich lokal statt.“⁵³²

Schließlich wurde eingangs noch gefragt, ob es Hinweise darauf gibt, dass der zivilgesellschaftliche Rückhalt für das Gelingen zentraler erinnerungskultureller Projekte notwendig ist. Nach Analyse der Beispiele bedarf es einer differenzierteren Betrachtung: Ein gelungenes erinnerungskulturelles Projekt ermöglicht in meinen Augen in erster Linie einen gesellschaftlichen Diskurs über ein geschichtliches Ereignis sowie die Schaffung einer Institution, die den Übergang dieser Erinnerung vom kommunikativen in das kulturelle Gedächtnis sichert. Es scheint, als seien zivilgesellschaftliche Organisationen in einem solchen Diskurs unbedingt notwendig. Sie können neue Themen aufwerfen, Debatten in Gang bringen, lebendig halten und dabei auch die Entstehung fester Institutionen anregen. Das Beispiel *Neue Wache* deutet darauf hin, dass Diskurse mit zivilgesellschaftlicher Beteiligung notwendig sind, um den Eingang der jeweiligen Institution ins kulturelle Gedächtnis zu sichern. Die *Neue Wache* wurde auf Wunsch des damaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl nach einem Umbau 1993 „Den Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft“ gewidmet und fristet seitdem ein Dasein als in der Öffentlichkeit wenig beachtete ‚Kranzabwurfstelle‘ für Staatsgäste.⁵³³ Das Denkmal ist ein

⁵³⁰ Pieper, Musealisierung, S. 318.

⁵³¹ Zimmer, Annette (2011): Zivilgesellschaftsorganisationen – eine vernachlässigte Kategorie der Engagementforschung. In: Priller, Eckhard u.a. (Hgg.): Zivilengagement. Herausforderungen für Gesellschaft, Politik und Wissenschaft. Berlin: Lit, S. 179-196, S. 179.

⁵³² Ebd., S. 192.

⁵³³ Schütze, Elmar (2013): Zentraler Gedenkort. Die Neue Wache als Denkmal für DDR-Opfer? In: Berliner Zeitung, 13.03.2013, Online im Internet: <http://www.berliner-zeitung.de/berlin/zentraler-gedenkort-die-neue-wache->

Beispiel für eine Erinnerungskultur ‚von oben‘, der keine zivilgesellschaftliche Diskussion vorausging. Der Prozess der erinnerungskulturellen Auseinandersetzung ist wichtiger als das Resultat.⁵³⁴ An diesen Prozessen haben zivilgesellschaftliche Akteure einen großen Anteil. Für die Realisierung und Trägerschaft der zentralen erinnerungskulturellen Projekte scheinen sie hingegen wenig geeignet: Zu hoch ist die Gefahr, sich im eigenen Deutungsanspruch zu verzetteln und zu gering die Wahrscheinlichkeit, den Anspruch gesamtgesellschaftlicher Interessenvertretung in der Öffentlichkeit durchsetzen zu können. Staatlicher Rückhalt ist hier notwendig.

Colin Crouch weist der Zivilgesellschaft eine Wächterfunktion zu, die er durch den Pluralismus zivilgesellschaftlicher Organisationen begründet.⁵³⁵ Die Vorverfasstheit der einzelnen Institutionen gleiche sich durch den Pluralismus der Akteure seiner Auffassung nach aus.⁵³⁶ So scheint es problematisch, wenn ein einzelner zivilgesellschaftlicher Akteur mit einer solchen unterstellten Vorverfasstheit derartige erinnerungskulturelle Debatten klar dominiert.⁵³⁷

*Worauf es ankommt, ist vielmehr die prinzipielle Durchschaubarkeit der hinter der Positionierung stehenden Absichten, die es den übrigen Teilnehmern an politischen Diskursen ermöglicht, vertretene Positionen Partikularinteressen oder allgemeinen Zielen zuzuordnen, Vorverfasstheiten zu erkennen und die vorgebrachten Positionen und Argumente entsprechend zu gewichten.*⁵³⁸

Dabei ist man auf eine transparente Arbeitsweise der Akteure angewiesen, die zumindest im Fall des *BdV/ZgV*, wie Strachwitz und Hinterhuber dargelegt haben, ungenügend erscheint.⁵³⁹ Im Falle der *Gesellschaft* ist schwer zu rekonstruieren, welche Informationen zum Zeitpunkt der Debatte über den Verein öffentlich verfügbar waren. Die *Stolpersteine*-Stiftung macht ebenso keine öffentlichen Angaben über Satzung, Zwecke, Finanzierung, Gremien, Kooperationspartner und Struktur und veröffentlicht auch keine Jahresberichte. Allerdings beteiligt sie sich auch nicht als Akteur an öffentlichen erinnerungskulturellen Debatten, sondern sichert eher im Stillen die Zukunft des Projektes.

These 10: Die Gesellschaft und der BdV hätten mit einer anderen Schwerpunktsetzung eine nachhaltigere Relevanz entfalten können.

Es hätte der *Gesellschaft* vermutlich gut getan, wenn sie sich spätestens zu dem Zeitpunkt, als die Gründung als eigenständiges Museum in Form einer öffentlichen Stiftung abzusehen war, entweder aufgelöst oder ihren Aufgabenschwerpunkt auf den eines klassischen Förder-

als-denkmal-fuer-ddr-opfer--5825960 [07.02.2017]; Stölzl, Christoph (Hg.) (1993): Die Neue Wache Unter den Linden. Berlin: Koehler & Amelang.

⁵³⁴ Spielmann, DENK-MAL-PROZESSE, S. 35.

⁵³⁵ Crouch, Colin (2011): Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus. Berlin: Suhrkamp, S. 240 ff.

⁵³⁶ Bergmann, Knut und Strachwitz, Rupert Graf (2015): Lobbyisten, Marketing-Instrumente, Themenanwälte, Think Tanks, unparteiische Berater oder Wächter? Stiftungen im Kontext aktiver Politikgestaltung. In: Speth, Rudolf und Zimmer, Annette (Hg.): Lobby Work. Interessenvertretung als Politikgestaltung, Wiesbaden: Springer VS, S. 173-186, S. 175.

⁵³⁷ Eine Beteiligung an der Debatte hingegen ist durch die freie Meinungsäußerung geschützt und durchaus legitim insofern, da sich ja auch jede Privatperson zu jedem beliebigen Thema frei äußern kann, sofern sich diese Äußerung im Rahmen der Verfassung bewegt. (Ebd., S. 176.)

⁵³⁸ Ebd.

⁵³⁹ Vgl. dazu Kapitel 3.3.3.1 Legitimität des *BdV*; Hinterhuber, Zivilgesellschaft; Strachwitz, Legitimität.

vereins verlagert hätte. Dass das Museum heute über einen Förderverein verfügt, spricht schließlich dafür, dass der Bedarf vorhanden war. So hätte die *Gesellschaft* ihre über Jahrzehnte gesammelte Networking- und Fundraising-Kompetenz zugunsten des von ihr initiierten Museums nutzen können – vorausgesetzt natürlich, dies wäre von Gründungsdirektor Blumenthal und dem Stifter erwünscht gewesen.⁵⁴⁰ So zerfiel die *Gesellschaft* aufgrund inhaltlicher vereinsinterner Auseinandersetzungen und verschwand von der öffentlichen Bühne.⁵⁴¹

Auch der *BdV* hätte die Möglichkeit gehabt, sich mit Gründung der Bundesstiftung aus dem Projekt zurückzuziehen. Das hätte wahrscheinlich nicht nur der Stiftung gut getan, sondern auch dem *BdV*. Die Auseinandersetzungen um den geforderten Stiftungsratssitz für Steinbach haben beiden Organisationen hinsichtlich der öffentlichen Wahrnehmung geschadet. Nach Rückzug aus dem Projekt und nachdem die gesamtstaatliche Bedeutung des Themas anerkannt wurde, hätte der *BdV* verschiedene Möglichkeiten gehabt: Der Politikwissenschaftler Pertti Ahonen spricht dem *BdV* das Potential zu, mittels Versöhnungsprojekten zum Brückenbauer zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn zu werden und so einen Bedeutungs- und Imagewandel zu vollziehen.⁵⁴² Dazu müsste der Verband laut Ahonen jedoch seine politischen Ambitionen zurückschrauben und eher bestehende Institutionen unterstützen, statt neue tendenziöse Einrichtungen aufzubauen.⁵⁴³ Andererseits hätte er sich auch schwerpunktmäßig der Arbeit der Stiftung *ZgV* widmen können, die schließlich weiterhin besteht. Die Stiftung könnte sich beispielsweise zukünftig neben der Verleihung des *Franz-Werfel-Menschenrechts-preises* auf Zusammenarbeit mit lokalen Initiativen konzentrieren:

*Überall haben die Heimatvertriebenen die Speicher ihrer Erinnerung, die Depots errichtet. Sie sind in ihrer Vielfalt und Funktion ganz einzigartig, wenngleich den meisten anzusehen ist, dass die Leidenschaft und das Interesse erkaltet ist und viele Orte, die einmal der Sammlung des Verlorenen, der Vergegenwärtigung, der Schätze, von denen die übrige Bevölkerung in der Regel nichts weiß, längst die Züge von Lieblosigkeit und Gleichgültigkeit, wie man sie bei Behörden findet, tragen.*⁵⁴⁴

So scheint es, dass sich zivilgesellschaftliche Organisationen für lokale Initiativen eignen und die Zukunft der Erinnerungskultur eher in dezentralen Projekten zu finden sein wird. Denn es

⁵⁴⁰ Ähnlich ist es Lea Rosh gelungen, nachdem das von ihr maßgeblich mit der Bürgerinitiative *Perspektive Berlin* initiierte *Holocaust-Mahnmal* entstanden war, den noch heute existierenden Förderkreis zu führen. Darüber hinaus ist Rosh allerdings auch Kuratoriumsmitglied der *Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas*. (O.A. (Ohne Datum): Kuratorium & Beirat, Online im Internet: <http://www.stiftung-denkmal.de/stiftung/kuratorium-beirat.html> [03.02.2017].)

⁵⁴¹ Ob es tatsächlich eine realistische Option gewesen wäre, die Aktivitäten der *Gesellschaft* auf die eines Fördervereins zu verlagern, ist auf Basis der verfügbaren Literatur nicht abzuschätzen. Die Analyse von Akten und Unterlagen der *Gesellschaft* (abgesehen von ihrer Verfügbarkeit) sowie umfangreiche Auswertungen der Presseberichterstattung waren im Rahmen dieser Arbeit nicht zu leisten.

⁵⁴² Ahonen, Pertti (2005): German Expellee Organizations. Between Revisionism and Reconciliation. In: Archiv für Sozialgeschichte 45/2005, S. 353-372, S. 372.

⁵⁴³ Ebd.

⁵⁴⁴ Schlögel, Karl (2003): Europa ist nicht nur ein Wort. Zur Debatte um ein Zentrum gegen Vertreibungen. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 51/2003, S. 5-12, S. 10.

„gibt zu viele Perspektiven, zu viele Beteiligte, zu viele Opfer und Täter, als dass man sie, ohne ihnen Gewalt anzutun, zusammenfassen oder auf einen Nenner bringen könnte.“⁵⁴⁵

4.2 Ausblick

Uwe Neumärker, Direktor der *Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas*, plädiert dafür, sich in der zukünftigen Erinnerung an den Holocaust nicht mit der Errichtung weiterer Denkmäler zufriedenzugeben, sondern auch darüber zu diskutieren, wie im Rahmen der Denkmalspraxis zeitgemäß Informationen vermittelt werden können.⁵⁴⁶ Dass beides möglich ist, beweist das *Holocaust-Mahnmal* mit dem unter dem Stelenfeld gelegenen *Ort der Information*. Auch die Kunsthistorikerin Endlich blickt mahnend in die Zukunft: Sie befürchtet, dass mit der Etablierung der Gedenkstätten und Denkmäler, die Erinnerung an die NS-Verbrechen langfristig verblassen und als etwas ‚abgeschlossenes‘ gesehen wird.⁵⁴⁷

*Die Orte des Erinnerns stehen nicht mehr am Rande der öffentlichen Wahrnehmung. Im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts sind sie, trotz mancher Ausnahmen, gesellschaftlich weitgehend etabliert. Bund, Länder und Kommunen haben die Förderung von Gedenkstätten in ihr Aufgabenprogramm übernommen; im Gegenzug erwarten sie von ihnen einen Beitrag zur Identitätsvermittlung, auch zur ‚nationalen‘ Selbstvergewisserung. Bemerkenswert ist allerdings, dass das historische Wissen der Gedenkstätten trotz deren Etabliertheit nach wie vor wenig Einfluss auf den öffentlichen Diskurs hat [...].*⁵⁴⁸

Hier warten also weitere mögliche Aufgaben für die Zivilgesellschaft: einerseits das Thema Informationsvermittlung in den Denkmalsdiskurs zu tragen und andererseits die Erinnerung auch in Abwesenheit der Zeitzeugen lebendig zu halten. Die Zeit ohne Zeitzeugen steht unmittelbar bevor. Insofern können zivilgesellschaftliche Organisationen die Interessenvertretung für die Opfergruppen übernehmen, die nicht mehr für sich sprechen können. Die Aufnahme der Erinnerung an den Holocaust ist nach wie vor fragil. In Zeiten, in denen eine Partei wie die AfD, deren thüringischer Fraktionsvorsitzende Björn Höcke das *Holocaust-Mahnmal* abfällig als „Denkmal der Schande“⁵⁴⁹ bezeichnet, immer mehr Zuspruch erfährt und bundesweit Wahlerfolge erzielt, wird deutlich, dass eine vielfältige Erinnerungslandschaft mit zahlreichen Denkmälern nicht ausreicht. Die Erinnerung muss beständig lebendig gehalten werden. Dafür sind dezentrale und prozesshafte Projekte wie die *Stolpersteine* außerordentlich geeignet, da sie viele Menschen involvieren, ansprechen und nicht abgeschlossen werden können. Es scheint vor allem die Verbindung von individuellem und kollektivem Gedenken sowie von kommunikativem und kulturellem Gedächtnis zu sein, die den Reiz der *Stolpersteine* ausmacht.⁵⁵⁰ Durch die Integration der *Stolpersteine* im aktiven gesellschaftli-

⁵⁴⁵ Ebd.

⁵⁴⁶ Neumärker, *Monumente*, S. 213.

⁵⁴⁷ Endlich, *Orte des Erinnerns*, S. 377.

⁵⁴⁸ Ebd., S. 376.

⁵⁴⁹ O.A. (2017): Bundesregierung verurteilt Höcke-Äußerungen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.01.2017, Online im Internet: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/bundesregierung-verurteilt-aeusserungen-von-bjoern-hoecke-14706398.html> [04.02.2017].

⁵⁵⁰ Sommer, *Gesellschaftliches Erinnern*, S. 103.

chen Diskurs wird die „Aushandlung verschiedener Sichtweisen zu einem bedeutenden Bestandteil des Denkmals“. ⁵⁵¹ Das Projekt kann als Vorbild für weitere Vorhaben dienen.

Ein weiteres Potential liegt in dem Aufgreifen aktueller Debatten, die dem Erinnern zusätzlich einen zeitgemäßen Bezug geben und es so lebendig halten. Denkbar sei hier die Flüchtlingsdebatte, die dem Thema Flucht und Vertreibung eine neue Aktualität geben könnte. Die SFVV verschläft „eine historische Chance“, wenn sie das Thema ignoriert. ⁵⁵²

60 Millionen sind derzeit auf der Flucht – so viele, wie die Flüchtlingsorganisation UNHCR nie zuvor gezählt hat. Es wäre die Chance, über die Instrumentalisierung von Menschen, über staatlich organisierte Vertreibung und über verlorene Heimat zu erzählen. Im besten Fall könnte das Erlebte Generationen und Herkunft verbinden. Dafür aber müsste man sich von der Fixierung auf deutsche Leiden lösen. ⁵⁵³

In diese Richtung weist auch Michael Roth, Staatsminister und SFVV-Ratsmitglied:

Deshalb muss auch die Bundesstiftung ihren Blick weiten und ihre Arbeit neu ausrichten – am Leitbild Europas als Einwanderungskontinent. Gefragt ist ein Ansatz, der die europäische Dimension stärkt und die Aufarbeitung der Vergangenheit mit konkreten Impulsen für Versöhnung und Integration für heute verknüpft. ⁵⁵⁴

Das JMB hat sich bereits aktueller gesellschaftlicher Themen angenommen und widmet sich mit den *Akademieprogrammen* den Themen Migration und Diversität:

Ausgehend von der Aufgabe unseres Museums, sich der jüdischen Geschichte und Kultur in Deutschland zu widmen, geben die Akademieprogramme auch den Perspektiven anderer religiöser und ethnischer Minderheiten Raum. Dabei nehmen wir nicht nur die Beziehung zwischen Mehrheitsbevölkerung und einzelnen Minderheiten in den Blick, sondern fördern insbesondere den Austausch und die Vernetzung von Minderheiten untereinander. ⁵⁵⁵

In Zukunft wird es also weniger um neue Denkmäler gehen, sondern vielmehr darum, die erinnerungskulturellen Debatten zu re-evaluieren, lebendig zu halten und mit neuem Inhalt zu füllen. Hier könnte die Zivilgesellschaft wertvolle Beiträge leisten. Darüber hinaus werden hinsichtlich der eingangs postulierten „Epochenschwelle“ ⁵⁵⁶ auch neue historische Ereignisse im Erinnerungsdiskurs auftauchen – und mit ihnen neue zivilgesellschaftliche Akteure.

⁵⁵¹ Ebd., S. 107.

⁵⁵² Ackermann, Felix (2016): Wer kommt alles aus dem Bullenkloster? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung am 06.01.2016, Online im Internet: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/die-stiftung-flucht-und-vertreibung-schlaeft-13996887.html> [01.02.2017].

⁵⁵³ Bota, Alice (2015): Zu deutsch gedacht. In: Die Zeit, 19.07.2015, Online im Internet: <http://www.zeit.de/2015/27/fluechtlinge-stiftung-flucht-vertreibung-versoehnung-erinnerung-streit> [01.02.2017].

⁵⁵⁴ Roth, Martin (2015): Integration als Auftrag der Vertriebenenstiftung. In: RP Online, 16.12.2015, Online im Internet: <http://www.rp-online.de/politik/deutschland/gastbeitrag-von-michael-roth-integration-als-auftrag-der-vertriebenenstiftung-aid-1.5634625> [01.02.2017].

⁵⁵⁵ O.A. (Ohne Datum): Die Akademieprogramme, Online im Internet: <https://www.jmberlin.de/akademie> [03.02.2017].

⁵⁵⁶ Assmann, Das kulturelle Gedächtnis, S. 11.

5. Quellenverzeichnis

5.1 Print-Quellen

Ackermann, Paul und Müller, Ragnar (2015): Bürgerhandbuch. Politisch aktiv werden, Öffentlichkeit herstellen, Rechte durchsetzen. 4. Aufl. Schwalbach: Wochenschau-Verlag.

Adloff, Frank (2005): Zivilgesellschaft. Theorie und politische Praxis. Frankfurt/Main: Campus Verlag.

Ahonen, Pertti (2005): German Expellee Organizations. Between Revisionism and Reconciliation. In: Archiv für Sozialgeschichte 45/2005, S. 353-372.

Assmann, Aleida (2006): Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik. München: Beck.

Assmann, Aleida (2010): Erinnerungsräume. Formen und Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses. 5. Aufl. München: Beck.

Assmann, Aleida (2007): Geschichte im Gedächtnis. Von der individuellen Erfahrung zur öffentlichen Inszenierung. München: Beck.

Assmann, Aleida und Frevert, Ute (1999): Geschichtsvergessenheit – Geschichtsversessenheit. Vom Umgang mit deutschen Vergangenheiten nach 1945. Stuttgart: DVA.

Assmann, Jan (1997): Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen. 2. Aufl. München: Beck.

Assmann, Jan (1988): Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität. In: Assmann, Jan und Hölscher, Antonio (Hgg.): Kultur und Gedächtnis. Frankfurt/Main: Suhrkamp, S. 9-19.

Becker, Manuel (2013): Geschichtspolitik in der „Berliner Republik“. Konzeptionen und Kontroversen. Wiesbaden: Springer VS.

Bendt, Vera (1990): Brief an Kultursenator Reiner Güntzer ohne Betreff, 22.06.1990 (abgedruckt als Dokument 65). In: Weinland, Martina und Winkler, Kurt (1997): Das Jüdische Museum im Stadtmuseum Berlin. Eine Dokumentation. Berlin: Nicolai, S. 298-299.

Bendt, Vera und Bothe, Ralf (1983): Brief an die Vorstandsmitglieder der Gesellschaft für ein Jüdisches Museum in Berlin ohne Betreff, 19.08.1983 (abgedruckt als Dokument 30). In: Weinland, Martina und Winkler, Kurt (1997): Das Jüdische Museum im Stadtmuseum Berlin. Eine Dokumentation. Berlin: Nicolai, S. 178-179.

Bendt, Vera (1986): Das Jüdische Museum Berlin. Eine Abteilung des Berlin Museums. Berliner Forum 5/86. Berlin: Presse- und Informationsamt des Landes Berlin.

Benz, Wolfgang (2006): Zwiespältig und missverständlich. Über das „Zentrum gegen Vertreibungen“. In: Tribüne 45/2006, S. 60-68.

Bergmann, Knut und Strachwitz, Rupert Graf (2015): Lobbyisten, Marketing-Instrumente, Themenanwälte, Think Tanks, unparteiische Berater oder Wächter? Stiftungen im Kontext aktiver Politikgestaltung. In: Speth, Rudolf und Zimmer, Annette (Hg.): Lobby Work. Interessenvertretung als Politikgestaltung, Wiesbaden: Springer VS, S. 173-186.

Bingen, Dieter u.a. (2003): Erklärung zum internationalen wissenschaftlichen Kolloquium „Ein europäisches Zentrum gegen Vertreibungen. Historische Erfahrungen – Erinnerungspolitik – Zukunftskonzeptionen“. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 51/2003, S. 102-104.

Burczyk, Dirk (2009): Neue Wege der Versöhnung – Der Weg zum „sichtbaren Zeichen gegen Vertreibung“. In: Jan Korte und Gerd Wiegel (Hgg.): Sichtbare Zeichen. Die neue deutsche Geschichtspolitik – von der Tätergeschichte zur Opfererinnerung. Köln: PapyRossa-Verlag, S. 14-29.

Bürgerverein Luisenstadt e.V. (Hg.) (2003): Projekt "Stolpersteine" Oktober 2002 - Oktober 2003: Erinnerungen an Opfer des Nationalsozialismus im öffentlichen Raum von Berlin durch "Stolpersteine". Berlin.

Bussenius, Daniel (2014): Von der Hauptstadtposse zur Erfolgsgeschichte. Die Entstehung des Jüdischen Museums Berlin 1971–2001. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Cramer, Ernst (1990): Brief an Hanns-Peter Herz ohne Betreff, 05.02.1990 (abgedruckt als Dokument 63). In: Weinland, Martina und Winkler, Kurt (1997): Das Jüdische Museum im Stadtmuseum Berlin. Eine Dokumentation. Berlin: Nicolai, S. 291-293.

Cramer, Ernst (1991): Brief an Heinz Galinski und Hanns-Peter Herz, 04.03.1991 (abgedruckt als Dokument 65a). In: Weinland, Martina und Winkler, Kurt (1997): Das Jüdische Museum im Stadtmuseum Berlin. Eine Dokumentation. Berlin: Nicolai, S. 300-304.

Crede, Daniela (2000): Der Verein als – zentrales? – Element bürgerschaftlichen Engagements. Münster: Arbeitsstelle Aktive Bürgerschaft.

Crouch, Colin (2011): Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus. Berlin: Suhrkamp.

Czaja, Herbert (1989): Politischer Einfluß und politische Zielvorstellungen der Vertriebenen. In: Frantzioch, Marion u.a. (Hgg.): 40 Jahre Arbeit für Deutschland – die Vertriebenen und Flüchtlinge. Ausstellungskatalog. Frankfurt/Main und Berlin: Ullstein, S. 284-293.

Düspohl, Martin (2013): Stolpersteine. Die Anfänge in Berlin. In: Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V., Koordinierungsstelle Stolpersteine Berlin, Kulturprojekte Berlin GmbH (Hgg.): Stolpersteine in Berlin. 12 Kiezspaziergänge. Berlin, S. 21-23.

Frevert, Ute (2003): Geschichtsvergessenheit und Geschichtsversessenheit revisited. Der jüngste Erinnerungsboom in der Kritik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 40-41/2003, S. 6-13.

Fritsche, Petra T. (2014): Stolpersteine. Das Gedächtnis einer Straße. Berlin: wvb.

Elkana, Yehuda (1996): Brief an Kurt Winkler ohne Betreff, 30.09.1996 (abgedruckt als Dokument 81). In: Weinland, Martina und Winkler, Kurt (1997): Das Jüdische Museum im Stadtmuseum Berlin. Eine Dokumentation. Berlin: Nicolai, S. 399-400.

Elkana, Yehuda (1996): Participants in the Round-Table-Dialogue. Wissenschaftskolleg, November 3, 1996 (September 1996), (abgedruckt als Dokument 82a). In: Weinland, Martina und Winkler, Kurt (1997): Das Jüdische Museum im Stadtmuseum Berlin. Eine Dokumentation. Berlin: Nicolai, S. 401.

Endlich, Stefanie (2009): Orte des Erinnerns – Mahnmale und Gedenkstätten. In: Reichel, Peter u.a. (Hgg.): Der Nationalsozialismus – Die zweite Geschichte. Überwindung – Deutung – Erinnerung. Bonn: Bpb, S. 350 – 377.

Franzen, K. Erik (2003): In der neuen Mitte der Erinnerung. Anmerkungen zur Funktion eines Opferdiskurses. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 51/2003, S. 49-53.

Geißel, Brigitte und Thillmann, Katja (2006): Partizipation in Neuen Sozialen Bewegungen, In: Hoecker, Beate (Hg.): Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest. Eine studienorientierte Einführung. Opladen: Budrich, S. 159-183.

Gesellschaft für ein Jüdisches Museum in Berlin e.V. (1976): Rundbrief ohne Titel (abgedruckt als Dokument 10). In: Weinland, Martina und Winkler, Kurt (1997): Das Jüdische Museum im Stadtmuseum Berlin. Eine Dokumentation. Berlin: Nicolai, S. 107-108.

Göllner, Dieter (2015): Als aus Landsleuten Migranten wurden. Ausstellungstrilogie der Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen. In: Kulturpolitische Korrespondenz 1352/2015, S. 18-19.

Herz, Hanns-Peter u.a. (1985): Brief an Kultursenator Volker Hassemer ohne Betreff, 05.12.1985 (abgedruckt als Dokument 34). In: Weinland, Martina und Winkler, Kurt (1997): Das Jüdische Museum im Stadtmuseum Berlin. Eine Dokumentation. Berlin: Nicolai, S. 185-186.

Herz, Hanns-Peter (1987): Rede. In: Berlinische Notizen 4/87, S. 129 -130.

Herz, Hanns-Peter (1983): Rundbrief, 15.08.1983 (abgedruckt als Dokument 30). In: Weinland, Martina und Winkler, Kurt (1997): Das Jüdische Museum im Stadtmuseum Berlin. Eine Dokumentation. Berlin: Nicolai, S. 177.

Hillebrecht, Sabine und Kühling, Gerd (2013): Der 5000. Stolperstein in Berlin. In: Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V., Koordinierungsstelle Stolpersteine Berlin, Kulturprojekte Berlin GmbH (Hgg.): Stolpersteine in Berlin. 12 Kiezspaziergänge. Berlin, S. 25-27.

Hinterhuber, Eva Maria (2010): Der Bund der Vertriebenen als Organisation der Zivilgesellschaft. Eine kritische Analyse. In: Opusculum 44/2010, S. 4-27.

Hof, Hagen (2003): Zur Typologie der Stiftung. In: Bertelsmann Stiftung (Hg.): Handbuch Stiftungen. 2. Aufl. Wiesbaden: Gabler, S. 765-797.

Höhn (1988): Schreiben des Senators für Finanzen an den Senator für Kulturelle Angelegenheiten. Betr.: Erweiterungsbau für das Berlin-Museum, 17 00 / 701 08, 11.10.1988 (abgedruckt als Dokument 59). In: Weinland, Martina und Winkler, Kurt (1997): Das Jüdische Museum im Stadtmuseum Berlin. Eine Dokumentation. Berlin: Nicolai, S. 282-286.

Kačič, Silvija (2013): Die Koordinierungsstelle Stolpersteine Berlin. In: Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V., Koordinierungsstelle Stolpersteine Berlin, Kulturprojekte Berlin GmbH (Hgg.): Stolpersteine in Berlin. 12 Kiezspaziergänge. Berlin, S. 9-13.

Kačič, Silvija (2013): Koordinierungsstelle Stolpersteine. Das dezentrale Denkmal. Gunter Demnigs Kunstprojekt im öffentlichen Raum. In: Museumsjournal 1/2013, S. 34-35.

Kilian, Michael (2003): Stiftungseinrichtungen durch die öffentliche Hand. In: Belezza, Enrico u.a. (Hgg.): Der Staat als Stifter. Stiftungen als Public-Private Partnerships im Kulturbereich. Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung, S. 11-134.

Kocka, Jürgen (2002): Das Bürgertum als Träger von Zivilgesellschaft – Traditionslinien, Entwicklungen, Perspektiven. In: Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ Deutscher Bundestag (Hg.): Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft. Opladen: Leske + Budrich, S. 15-22.

Lackmann, Thomas (2000): Jewrassic Park. Wie baut man (k)ein Jüdisches Museum in Berlin. Berlin: Philo.

Landespressedienst Berlin (1983): Aktuelles der Woche. Ausstellung „Synagogen in Berlin“ im Berlin-Museum, 10.02.1983 (abgedruckt als Dokument 24). In: Weinland, Martina und Winkler, Kurt (1997): Das Jüdische Museum im Stadtmuseum Berlin. Eine Dokumentation. Berlin: Nicolai, S. 162-167.

Lauth, Hans-Joachim (2003): Zivilgesellschaft als Konzept und die Suche nach ihren Akteuren. In: Bauerkämper, Arnd (Hg.): Die Praxis der Zivilgesellschaft. Akteure, Handeln und Strukturen im internationalen Vergleich. Frankfurt/Main: Campus-Verlag, S. 31-56.

Leggewie, Claus und Meyer, Erik (2005): „Ein Ort, an den man gerne geht“. Das Holocaust-Mahnmal und die deutsche Geschichtspolitik nach 1989. München: Hanser.

Mann, Bärbel (2012): Ein Blick zurück auf die Jahrzehnte 1962 bis 2012. In: Beuermann, Dieter (Hg.): 50 Jahre Bekenntnis zu Berlin. Verein der Freunde und Förderer des Stadtmuseums Berlin. Berlin: Verlag M, S. 17-55.

Mihr, Bettina (2007): Wund-Male. Folgen der „Unfähigkeit zu trauern“ und das Projekt eines „Zentrums gegen Vertreibungen“. Gießen: Haland & Wirth im Psychosozial-Verlag.

Müller, Erwin (2009): Die Bundesstiftung. Berlin: BWV.

Neumärker, Uwe (2009): Monumente und Stolpersteine. Erinnerungslandschaft Berlin. In: Dachauer Hefte 25/2009, S. 206-213.

NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln (Hg.) (2007): Stolpersteine. Gunter Demnig und sein Projekt. Köln: Emons.

O.A. (1997): Der Streit um das Jüdische Museum verschärft sich. In: Der Tagesspiegel, 04.07.1997.

O.A. (1980): Erwerbungen und Stiftungen für das künftige Jüdische Museum seit Herbst 1978, Berlin: Berlin Museum.

O.A. (1996): Internationale Debatte zum Jüdischen Museum abgesagt. In: Der Tagesspiegel, 31.10.1996.

O.A. (1994): Jüdisches Museum: Neuer Gesellschaftsvorstand. In: Der Tagesspiegel, 10.06.1994.

O.A. (1988/89): Realisierungswettbewerb Erweiterung BERLIN MUSEUM mit Abteilung JÜDISCHES MUSEUM. Berlin: Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen.

O.A. (1990): Realisierungswettbewerb Erweiterung BERLIN MUSEUM mit Abteilung JÜDISCHES MUSEUM. Voraussetzungen, Verfahren, Ergebnisse. Berlin: Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen.

O.A. (1976): Satzung des Vereins „Gesellschaft für ein Jüdisches Museum in Berlin e.V.“ (abgedruckt als Dokument 9). In: Weinland, Martina und Winkler, Kurt (1997): Das Jüdische Museum im Stadtmuseum Berlin. Eine Dokumentation. Berlin: Nicolai, S. 106.

Ohlinger, Rainer (2008): Gelungene Wege der Erinnerung? Zur Errichtung der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“. In: Deutschland Archiv 41/2008, S. 773-775.

Pieper, Katrin (2006): Die Musealisierung des Holocaust. Das Jüdische Museum Berlin und das U.S. Holocaust Memorial Museum in Washington D.C.. Köln: Böhlau.

Priller, Eckhard und Zimmer, Annette (2004): Gemeinnützige Organisationen im gesellschaftlichen Wandel. Ergebnisse der Dritte-Sektor-Forschung. Wiesbaden: VS.

Salzborn, Samuel (2002): Ein neuer deutscher Opferdiskurs. Zur Bedeutung der Vertriebenenverbände und ihrer Anliegen für politische Debatten der Gegenwart. In: Butterwegge, Christoph u.a. (Hgg.): Themen der Rechten – Themen der Mitte. Zuwanderung, demografischer Wandel und Nationalbewusstsein. Opladen: Leske + Budrich, S. 147-166.

Salzborn, Samuel (2009): Entwurzelt im eigenen Land? Die deutschen Vertriebenenverbände zwischen sozioökonomischer Integration und politischer Integrationsverweigerung. In: Exilforschung 27/2009, S. 168-181.

Salzborn, Samuel (2003): Geschichtspolitik in den Medien. Die Kontroverse über ein „Zentrum gegen Vertreibungen“. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 51/2003, S. 1120-1131.

Salzborn, Samuel (2000): Grenzenlose Heimat. Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Vertriebenenverbände. Berlin: Elefanten Press.

Schlögel, Karl (2003): Europa ist nicht nur ein Wort. Zur Debatte um ein Zentrum gegen Vertreibungen. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 51/2003, S. 5-12.

Schlör, Joachim (1998): Ein Ort des Zurückfindens. Die Zukunft des Jüdischen Museums – eine Tagung in Berlin. In: Der Tagesspiegel, 07.04.1998.

Simon, Hermann (2000): Das Berliner Jüdische Museum in der Oranienburger Straße. Geschichte einer zerstörten Kulturstätte. Berlin: Hentrich & Hentrich.

Sommer, Brinda (2007): Gesellschaftliches Erinnern an den Nationalsozialismus: Stolpersteine wider das Vergessen. Berlin: Institut für Museumsforschung.

Speth, Rudolf (2016): Interessenvertretung durch NPOs: Vom Mitgliederverband zur professionellen Advocacy? In: Zimmer, Annette u. Hallmann, Thorsten (Hgg.): Nonprofit-Organisationen vor neuen Herausforderungen. Wiesbaden: Springer VS, S. 243-260.

Speth, Rudolf und Zimmer, Annette (2015): Einleitung. Von Interessenvertretung zu „Lobby-Work“. In: Speth, Rudolf und Zimmer, Annette (Hgg.): Lobby Work. Interessenvertretung als Politikgestaltung. Wiesbaden: Springer VS, S. 9-27.

Spielmann, Jochen (1991): DENK-MAL-PROZESSE. Eine Bilanz der in den achtziger Jahren mit Denkmälen geführten Auseinandersetzungen über den Nationalsozialismus. Berlin: Selbstverlag.

Steinbach, Erika (2010): Die Macht der Erinnerung. München: Universitas.

Stickler, Matthias (2005): Die deutschen Vertriebenenverbände – Interessengruppen mit gesamt nationalem Anspruch. In: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hg.): Flucht, Vertreibung, Integration. Begleitbuch zur Ausstellung. Bielefeld: Kerber, S. 144-153.

Stickler, Matthias (2008): Forschung zur Geschichte der Vertriebenenverbände. Hinweise auf ein wenig beachtetes Arbeitsfeld der jüngeren Zeitgeschichte. In: Historisches Jahrbuch 128/2008, S. 469-494.

Stölzl, Christoph (Hg.) (1993): Die Neue Wache Unter den Linden. Berlin: Koehler & Amelang.

Strachwitz, Rupert Graf (2014): Achtung vor dem Bürger. Ein Plädoyer für die Stärkung der Zivilgesellschaft. Freiburg im Breisgau: Herder.

Strachwitz, Rupert Graf (2010): Die Stiftung – ein Paradox? Zur Legitimität von Stiftungen in der politischen Ordnung, Stuttgart: Lucius & Lucius.

Strachwitz, Rupert Graf: „Europäisches Zentrum gegen Vertreibung. Einige Überlegungen zum Thema“, in: Strachwitz, Rupert Graf (Hg.): Erinnern für die Zukunft. Auf dem Weg zu einer europäischen Erinnerungskultur. Ein Projekt der Kulturstiftung Haus Europa 2000-2009. Berlin: Maecenata-Verlag, S. 32-34.

Strachwitz, Rupert Graf (2010): Projektskizze: Europäisches Forschungszentrum Vertreibung. In: Strachwitz, Rupert Graf (Hg.): *Erinnern für die Zukunft. Auf dem Weg zu einer europäischen Erinnerungskultur. Ein Projekt der Kulturstiftung Haus Europa 2000-2009*. Berlin: Maecenata-Verlag, S. 26-31.

Strachwitz, Rupert Graf und Then, Volker (2003): Vorwort. In: Belezza, Enrico u.a. (Hgg.): *Der Staat als Stifter. Stiftungen als Public-Private Partnerships im Kulturbereich*. Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung, S. 7-9.

Strachwitz, Rupert Graf (2010): Zivilgesellschaft und politisches Mandat. Zur Legitimität des Handelns des Bundes der Vertriebenen. In: *Opusculum* 44/2010, S. 28-37.

Strachwitz, Rupert Graf (2010): Zivilgesellschaft und Stadtentwicklung. In: Strachwitz, Rupert Graf u.a. (Hgg.): *Stadtentwicklung, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement*. Stuttgart: Lucius & Lucius, S. 279-302.

Weinland, Martina und Winkler, Kurt (1997): *Das Jüdische Museum im Stadtmuseum Berlin. Eine Dokumentation*. Berlin: Nicolai.

Weber, Christiane (2009): *Stiftungen als Rechts- und Ausdrucksform Bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland*. Baden-Baden: Nomos.

Wowereit, Klaus (2013): Geleitwort des Regierenden Bürgermeisters von Berlin. In: *Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V., Koordinierungsstelle Stolpersteine Berlin, Kulturprojekte Berlin GmbH (Hgg.): Stolpersteine in Berlin. 12 Kiezspaziergänge*. Berlin, S. 5-6.

Zimmer, Annette (2007): *Vereine – Zivilgesellschaft konkret*. 2. Aufl. Wiesbaden: VS.

Zimmer, Annette (2011): Zivilgesellschaftsorganisationen – eine vernachlässigte Kategorie der Engagementforschung. In: Priller, Eckhard u.a. (Hgg.): *Zivilengagement. Herausforderungen für Gesellschaft, Politik und Wissenschaft*. Berlin: Lit, S. 179-196.

5.2 Online-Quellen

Ackermann, Felix (2016): Wer kommt alles aus dem Bullenkloster? In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* am 06.01.2016, Online im Internet:

<http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/die-stiftung-flucht-und-vertreibung-schlaeft-13996887.html> [01.02.2017].

Alexander, Robin (2017): Erika Steinbach verlässt CDU und wirft Merkel Rechtsbruch vor. In: Die Welt am 14.01.2017, Online im Internet:

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article161173232/Erika-Steinbach-verlaesst-die-CDU-und-wirft-Merkel-Rechtsbruch-vor.html> [01.02.2017].

Augstein, Franziska (2010): Versöhnen oder verhöhnen. In: Süddeutsche Zeitung, 01.08.2010, Online im Internet: <http://www.sueddeutsche.de/politik/stiftung-flucht-vertreibung-versoehnung-versoehnen-oder-verhoehnen-1.982185> [01.02.2017].

Bartels, Gunda (2012): Glück ist immer möglich. In: Der Tagesspiegel, 22.05.2012, Online im Internet: <http://www.tagesspiegel.de/kultur/portraet-glueck-ist-immer-moeglich/6656992.html> [01.02.2017].

Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien (2008): Konzeption: „Sichtbares Zeichen gegen Flucht und Vertreibung“. Ausstellungs-, Dokumentations- und Informationszentrum in Berlin, 19.03.2008, Online im Internet: http://www.sfvv.de/sites/default/files/downloads/konzeption_bundesregierung_2008_sfvv_0.pdf [03.02.2017].

Benz, Wolfgang (2008): Zur Debatte: Flucht, Vertreibung, Versöhnung (12.11.2008). Online im Internet: <http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/geschichte-und-erinnerung/39826/flucht-vertreibung-versoehnung> [01.02.2017].

Blumenthal, W. Michael (2013): Das Jubiläum des Jüdischen Museums Berlin. In: Jahresbericht 2011/2012, Online im Internet:

https://www.jmberlin.de/sites/default/files/jahresbericht_2011-2012.pdf [07.02.2017], S. 3.

Bota, Alice (2015): Zu deutsch gedacht. In: Die Zeit, 19.07.2015, Online im Internet:

<http://www.zeit.de/2015/27/fluechtlinge-stiftung-flucht-vertreibung-versoehnung-erinnerungsstreit> [01.02.2017].

Brössler, Daniel (2010): Koalition streitet wegen Steinbach. In: Süddeutsche Zeitung, 17.05.2010, Online im Internet: <http://www.sueddeutsche.de/politik/vertriebenen-stiftung-koalition-streitet-wegen-steinbach-1.491248> [01.02.2017].

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2016): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Zentrale Ergebnisse des Deutschen Freiwilligensurveys 2014, Online im Internet:

<https://www.bmfsfj.de/blob/93914/e8140b960f8030f3ca77e8bbb4cee97e/freiwilligensurvey-2014-kurzfassung-data.pdf> [03.02.2017].

CSU, CDU, SPD (2005): Gemeinsam für Deutschland – Mit Mut und Menschlichkeit. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 11.11.2005, Online im Internet:

<http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Koalitionsvertraege/Koalitionsvertrag2005.pdf> [03.02.2017].

Deutscher Bundestag (Ohne Datum): Abgeordnete. Dr. Peter Glotz, Online im Internet:

<http://webarchiv.bundestag.de/archive/2007/0206/mdb/mdb13/bio/G/glotzpe0.html> [03.02.2017].

Deutscher Bundestag (2017): Ständig aktualisierte Fassung der öffentlichen Liste über die Registrierung von Verbänden und deren Vertretern, Stand: 02.02.2017, Online im Internet:

<http://www.bundestag.de/blob/189476/1daf71f69a6456730adf3b4e6cd82d61/lobbylisteaktuell-data.pdf> [02.02.2017].

Garber, Patrick (2016): Im Dickicht geschichtspolitischer Kontroversen. In: DRadio Kultur, 09.04.2016, Online im Internet: http://www.deutschlandradiokultur.de/direktorin-stiftung-flucht-vertreibung-versoehnung-im.990.de.html?dram:article_id=350429 [01.02.2017].

Gnauck, Gerhard (2009): Die Polen sind kein Tätervolk. In: Die Welt, 17.12.2009, Online im Internet: https://www.welt.de/welt_print/politik/article5556404/Die-Polen-sind-kein-Taetervolk.html [01.02.2017].

Gnauck, Gerhard (2011): Polen zeigt Erika Steinbach die kalte Schulter. In: Welt Online, 23.05.2011, Online im Internet:

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article13390099/Polen-zeigt-Erika-Steinbach-die-kalte-Schulter.html> [01.02.2017].

Gorgis, Elena u. Sander, Martin (2015): Interne Querelen bei der Vertriebenenstiftung. In: DRadio Kultur, 04.11.2015, Online im Internet: <http://www.deutschlandradiokultur.de/abgang->

von-winfried-halder-interne-querelen-bei-der.1013.de.html?dram:article_id=335938
[01.02.2017].

Gosewinkel, Dieter (2010): Zivilgesellschaft. In: Europäische Geschichte Online (EGO),
03.12.2010, Online im Internet: <http://ieg-ego.eu/de/threads/transnationale-bewegungen-und-organisationen/zivilgesellschaft/dieter-gosewinkel-zivilgesellschaft> [13.12.2016].

Hahn, Hans Henning u.a. (2003): Für einen kritischen und aufgeklärten Vergangenheitsdis-
kurs, 10.08.2003, Online im Internet: <http://vertreibungszentrum.de/> [03.02.2017].

Hofmann, G. (2003): Unsere Opfer, ihre Opfer. Erinnern an die Vertreibungen national oder
europäisch? In: Die Zeit, 17.07.2003, Online im Internet:
<http://www.zeit.de/2003/30/Vertreibung> [01.02.2017].

Jürgens, Isabell (2016): Richtfest mit Hindernissen. In: Berliner Morgenpost, 18.10.2016,
Online im Internet: <http://www.morgenpost.de/berlin/article208442243/Richtfest-mit-Hindernissen.html> [01.02.2017].

Kellerhoff, Sven Felix (2016): Diese Frau soll die Vertriebenenstiftung retten. In: Die Welt,
22.02.2016, Online im Internet: <https://www.welt.de/geschichte/article152513643/Diese-Frau-soll-die-Vertriebenen-Stiftung-retten.html> [01.02.2017].

Lackmann, Thomas (1997): Bleibt nur ein Berliner Zimmer? In: Der Tagesspiegel,
05.07.1997.

Mang, Michael (2013): Peter Glotz, 21.06.2013, Online im Internet:
http://blexkom.halemverlag.de/lexikoneintrag_peter-glotz/ [03.02.2017].

Meckel, Markus (2004): Überlegungen zu einem „Europäischen Netzwerk gegen Vertreibun-
gen“ (ENgV) Konzeption und Erarbeitung, 14.01.2004, Online im Internet: <http://markus-meckel.de/texte-reden-publikationen/publikation-detail/artikel/ueberlegungen-zu-einem-europaeischen-netzwerk-gegen-vertreibungen-engv-konzeption-und-erarbeitung.html>
[03.02.2017].

O.A. (2003): Aktuelles: Ein nationales und ein europäisches Anliegen, 13.08.2003, Online im
Internet: <http://www.z-g-v.de/presse/aktuelles-details/datum/2003/08/13/ein-nationales-und-ein-europaeisches-anliegen/> [03.02.2017].

O.A. (1988): Almas Endsieg über den toten Dichter, 15.02.2017, Online im Internet:
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13528249.html> [03.02.2017].

O.A. (Ohne Datum): BdV – Rechtsform und Organisation, Online im Internet:
<http://www.bund-der-vertriebenen.de/strukturen-organisation-aufgaben/rechtsform.html>
[02.02.2017].

O.A. (Ohne Datum): BdV – Strukturen, Organisation, Aufgaben, Online im Internet:
<http://www.bund-der-vertriebenen.de/strukturen-organisation-aufgaben/rechtsform.html>
[02.02.2017].

O.A. (2015): Beiräte treten nach Wahl des neuen Chefs zurück. In: Die Zeit, 30.06.2015,
Online im Internet: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-06/winfried-halder-vertriebenen-stiftung-streit-ruecktritt-beiraete> [01.02.2017].

O.A. (2017): Bundesregierung verurteilt Höcke-Äußerungen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.01.2017, Online im Internet:
<http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/bundesregierung-verurteilt-aeusserungen-von-bjoern-hoecke-14706398.html> [04.02.2017].

O.A. (Ohne Datum): Bürgerinitiative, die (Duden), Online im Internet:
<http://www.duden.de/rechtschreibung/Buergerinitiative> [03.02.2017].

O.A. (Ohne Datum): Dank der Unterstützung unserer Mitglieder, Online im Internet:
<https://www.jmberlin.de/vom-freundeskreis-unterstuetzt> [01.02.2017].

O.A. (Ohne Datum): Deutscher Bundestag – Erika Steinbach, fraktionslos, Online im Internet: https://www.bundestag.de/abgeordnete18/biografien/S/steinbach_erika/258942
[02.02.2017].

O.A. (Ohne Datum): Die Akademieprogramme, Online im Internet:
<https://www.jmberlin.de/akademie> [03.02.2017].

O.A. (Ohne Datum): Die Vorsitzende – Erika Steinbach MdB, Online im Internet:
<http://www.z-g-v.de/zgv/unsere-stiftung/die-vorsitzende/> [16.02.2017].

O.A. (Ohne Datum): Dr. Bernd B. Fabritius, Online im Internet:
<http://www.fabritius.de/person.htm> [03.02.2017].

O.A. (Ohne Datum): Erika Steinbach – Erklärung, Online im Internet: <http://www.erika-steinbach.de/erklaerung.html> [02.02.2017].

O.A. (Ohne Datum): Erika Steinbach – in der Politik, Online im Internet: http://www.erika-steinbach.de/index.php/in_der_Politik.html [16.01.2017].

O.A. (Ohne Datum): Erika Steinbach – zur Person, Online im Internet: http://www.erika-steinbach.de/index.php/zur_person.html [16.01.2017].

O.A. (Ohne Datum): Erleben Sie spannende Einblicke, Begegnungen und Perspektiven, Online im Internet: <https://www.jmberlin.de/erleben-sie-spannende-einblicke-begegnungen-und-perspektiven> [01.02.2017].

O.A. (Ohne Datum): Ernst Cramer, Online im Internet:
<http://www.axelspringer.de/downloads/21/252621/ec.pdf> [03.02.2017].

O.A. (Ohne Datum): Freund*innen des Jüdischen Museums Berlin, Online im Internet:
<https://www.jmberlin.de/gesellschaft-der-freunde-und-foerderer-des-juedischen-museums-berlin> [01.02.2017].

O.A. (Ohne Datum): Heinz Galinski 1912-1992. In: Lemo – Lebendiges Museum Online, Online im Internet: <https://www.hdg.de/lemo/biografie/heinz-galinski.html> [07.02.2017].

O.A. (Ohne Datum): Impressum - Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, Online im Internet:
<https://www.asf-ev.de/de/meta/impressum.html> [06.12.2016].

O.A. (Ohne Datum): Kuratorium & Beirat, Online im Internet: <http://www.stiftung-denkmal.de/stiftung/kuratorium-beirat.html> [03.02.2017].

O.A. (Ohne Datum): Lothar C. Poll. Rechtsanwalt, Online im Internet: <http://www.pw-kanzlei.de/kanzlei/lothar-c-poll> [01.02.2017].

O.A. (Ohne Datum): Organisationsform und Gremien unseres Museums, Online im Internet:
<https://www.jmberlin.de/ueber-die-organisation> [07.02.2017].

O.A. (2011): Presse: Präsidentin Steinbach: Mehr Mitglieder im BdV als in politischen Parteien, 09.11.2011, Online im Internet: <http://www.bund-der-vertriebenen.de/presse/news-detail/datum/2011/11/09/praesidentin-steinbach-mehr-mitglieder-im-bdv-als-in-politischen-parteien.html> [03.02.2017].

O.A. (Ohne Datum): Projekt Gutenberg-DE: Franz Werfel, Online im Internet: <http://gutenberg.spiegel.de/autor/franz-werfel-1443> [03.02.2017].

O.A. (Ohne Datum): So können Sie helfen! Werden Sie Förderer unserer Stiftung! Online im Internet: <http://www.z-g-v.de/zgv/so-koennen-sie-helfen/> [03.02.2017].

O.A. (Ohne Datum): Stationen unserer Wanderausstellungen, Online im Internet: <http://www.z-g-v.de/zgv/stationen-unserer-wanderausstellungen/> [03.02.2017].

O.A. (Ohne Datum): Stiftung – Chronologie, Online im Internet: <http://www.sfvv.de/de/stiftung/chronologie> [03.02.2017].

O.A. (Ohne Datum): Stiftungsverzeichnis, Online im Internet: <http://bit.ly/2k5NVuw> [02.02.2017].

O.A. (Ohne Datum): Stolpersteine. Erinnerungsmale für die Opfer des Nationalsozialismus, Online im Internet: <http://www.museenkoeln.de/ns-dokumentationszentrum/default.aspx?s=1194> [02.02.2017].

O.A. (Ohne Datum): Stolpersteine finden, Online im Internet: <https://www.stolpersteine-berlin.de/de/stolpersteine-finden> [02.02.2017].

O.A. (Ohne Datum): Stolpersteine München, Online im Internet: <http://stolpersteine.partcours.de/> [02.02.2017].

O.A. (Ohne Datum): Technik, Online im Internet: <http://www.stolpersteine.eu/technik/> [02.02.2017].

O.A. (Ohne Datum): Zentrum gegen Vertreibungen: Chronik, Online im Internet: <http://www.z-g-v.de/zgv/unsere-stiftung/chronik/> [03.02.2017].

O.A. (Ohne Datum): Zentrum gegen Vertreibungen: Franz-Werfel-Menschenrechtspreis, Online im Internet: <http://www.z-g-v.de/zgv/franz-werfel-menschenrechtspreis/> [20.01.2017].

O.A. (Ohne Datum): Zentrum gegen Vertreibungen: Unsere Stiftung, Online im Internet: <http://www.z-g-v.de/zgv/unsere-stiftung/> [03.02.2017].

O.A. (Ohne Datum): Zustiftung, Online im Internet: <http://www.z-g-v.de/zgv/so-koennen-sie-helfen/zustiftung/> [03.02.2017].

O.A. (2014): Wechsel beim Bund der Vertriebenen. Erika Steinbach geht „mit gutem Gewissen“. In: Süddeutsche Zeitung, 06.07.2014, Online im Internet: <http://www.sueddeutsche.de/politik/wechsel-beim-bund-der-vertriebenen-erika-steinbach-geht-mit-gutem-gewissen-1.2033603> [01.02.2017].

Remlein, Thomas (2016): Internes CDU-Duell um Bundestagskandidatur. Kandidaten um Steinbach-Nachfolge präsentieren sich der Basis. In: Frankfurter Neue Presse, 21.09.2016, Online im Internet: <http://www.fnp.de/lokales/frankfurt/Kandidaten-um-Steinbach-Nachfolge-praesentieren-sich-der-Basis;art675,2226268> [01.02.2017].

Roser, Thomas u. Von Marschall, Christoph (2004): Polen solidarisch mit „taz“. In: Der Tagesspiegel, 18.02.2004, Online im Internet: <http://www.tagesspiegel.de/medien/polen-solidarisch-mit-taz/491870.html> [01.02.2017].

Roth, Martin (2015): Integration als Auftrag der Vertriebenenstiftung. In: RP Online, 16.12.2015, Online im Internet: <http://www.rp-online.de/politik/deutschland/gastbeitrag-von-michael-roth-integration-als-auftrag-der-vertriebenenstiftung-aid-1.5634625> [01.02.2017].

Schulz, Bernhard (2014): Direktor der Stiftung Vertreibung geht. In: Der Tagesspiegel Online, 15.12.2014, Online im Internet: <http://www.tagesspiegel.de/kultur/manfred-kittel-direktor-der-stiftung-vertreibung-geht/11125072.html> [01.02.2017].

Schütze, Elmar (2013): Zentraler Gedenkort. Die Neue Wache als Denkmal für DDR-Opfer? In: Berliner Zeitung, 13.03.2013, Online im Internet: <http://www.berliner-zeitung.de/berlin/zentraler-gedenkort-die-neue-wache-als-denkmal-fuer-ddr-opfer--5825960> [07.02.2017].

Troebst, Stefan (2015): Rettet die Vertriebenenstiftung vor der Provinz! In: Die Welt, 12.07.2015, Online im Internet: <https://www.welt.de/geschichte/article143832676/Rettet-die-Vertriebenenstiftung-vor-der-Provinz.html> [03.02.2017].

Zimmer, Matthias (2017): Offener Brief: Du verhältst Dich wie ein Falschfahrer. In: Frankfurter Neue Presse, 15.01.2017, Online im Internet: <http://www.fnp.de/rhein-main/Offener-Brief-Du-verhaelst-dich-wie-ein-Falschfahrer;art801,2424016> [01.02.2017].

5.3 Unveröffentlichte Quellen

Bendt, Vera (2016): Re: Fragen zur Gesellschaft für ein Jüdisches Museum in Berlin e.V..
Email: vera@bendt.org (10.11.2016).

Bussenius, Daniel (2006): Aufzeichnungen zum Zeitzeugen-Gespräch mit Hanns-Peter Herz, 24.07.2006.

Demnig, Gunter (2017): Re: Satzung der STOLPERSTEINE-Stiftung.
Email: gunter@gunterdemnig.de (29.01.2017).

O.A. (1984): Einladungs-Poster für Musikveranstaltung im Oktober 1984, Archiv des Jüdischen Museums Berlin, Konvolut 434.

6. Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
AfD	Alternative für Deutschland
Aufl.	Auflage
BdV	<i>Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände e. V.</i>
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BvD	<i>Bund der vertriebenen Deutschen</i>
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
CDU	Christlich Demokratische Union
CSU	Christlich-Soziale Union
ddp	Deutscher Depeschendienst
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DHM	<i>Deutsches Historisches Museum</i>
Ebd.	Ebenda
ENgN	<i>Europäisches Netzwerk gegen Vertreibung</i>
Gesellschaft	<i>Gesellschaft für ein Jüdisches Museum in Berlin e. V.</i>
ggf.	gegebenenfalls
Hg.	Herausgeber
Hgg.	Herausgeber (Plural)
IKG	Israelitische Kultusgemeinde
JMB	<i>Jüdisches Museum Berlin</i>
NPOs	Nonprofit-Organisationen
NS	Nationalsozialismus
NGBK	<i>Neue Gesellschaft für Bildende Kunst e. V.</i>
NSB	<i>Neue Soziale Bewegungen</i>
O.A.	Ohne Autor
OdF	<i>Ausschuss Opfer des Faschismus</i>
SFVV	<i>Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung</i>
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
UNHCR	<i>United Nations High Commissioner for Refugees</i>
Vgl.	Vergleiche
VVN	<i>Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes</i>
ZgV	<i>Zentrum gegen Vertreibungen</i>
ZvD	<i>Zentralverband vertriebener Deutscher</i>

Reihe Opuscula

Frei verfügbar auf www.opuscula.maecenata.eu

2015	Nr. 83	Vom Sterben und Stiften Eine Untersuchung zu Bedeutung und Potenzial des Stiftungswesens für die Hospizarbeit in Berlin <i>Titus Laser</i>
	Nr. 84	Are Foundations For Ever? Sind Stiftungen ewig? <i>Rupert Graf Strachwitz</i>
	Nr. 85	The Role of Foundations in German Higher Education A Case Study on the Influence of Foundations on Teaching at Universities <i>Julia Reis</i>
	Nr. 86	Stiftungen in den sozialen Medien Eine Betrachtung anhand ausgewählter Mitglieder des Berliner Stiftungsnetzwerkes <i>Jacqueline Hoffmann, Julia Meißner</i>
	Nr. 87	Öffentlich-rechtlicher Rundfunk und Zivilgesellschaft Über den Einfluss des öffentlich-rechtlichen Rundfunks beim Aufbau einer Zivilgesellschaft nach dem Zweiten Weltkrieg in der BRD <i>Jasmin Heyer</i>
2016	Nr.88	Die Schirmherrin Zur Geschichte der Schirmfrau <i>Gunter Stemmler</i>
	Nr.89	Bewegter Ruhestand: Ehrenamt im Rentenalter Eine empirische Betrachtung im Gesundheitsbereich <i>Luise Burkhardt</i>
	Nr. 90	Die Gründung der Stiftungsuniversität Frankfurt am Main Ausdruck des Protests gegen die preußische Staatsmacht? <i>Claudia Eller</i>
	Nr. 91	Der Einsatz von ehrenamtlichen Mitarbeitern in deutschen Museen <i>Franziska Götz</i>
	Nr. 92	Zivilgesellschaftliche Akteure und die Betreuung geflüchteter Menschen in deutschen Kommunen <i>Rudolf Speth, Elke Becker</i>
	Nr. 93	Kulturstiftungen im Wandel? Konsequenzen für die Förderung von Kunst und Kultur in Deutschland <i>Andrea Wenger</i>
	Nr.94	Hospizbewegung und Stiftungen Zur Institutionalisierung der Hospizarbeit und den Potenzialen von Stiftungen, im Rahmen dieser Entwicklungen.
	Nr. 95	Voluntary work in Germany and Norway: a comparative study <i>Nina Antonov</i>
2017	Nr. 96	(Un-)Abhängigkeit operativer Stiftungen? Eine organisationssoziologische Betrachtung am Beispiel der Stiftung Studienfonds OWL <i>Linda Hagemann</i>
	Nr. 97	Mission Investing – Hype oder Revolution des Stiftungssektors? Zweckbezogenes Investieren als strategische Option für Stiftungen im Niedrigzinsumfeld <i>Phillip Kratschmer</i>
	Nr. 98	Islamische Stiftungen in Deutschland <i>Sarah Echter, Linda Mattes</i>
	Nr. 99	Foundation owned firms a comparative study of stakeholder approaches <i>Matthias Draheim, Günter Franke</i>
	Nr. 100	Visualizing the knowledge of Voluntary and Nonprofit Sector Research: Panorama and Foundation <i>Min Chen, Chao Min</i>
	Nr. 101	Transparenz in deutschen Sportstiftungen – Eine Untersuchung anhand der Kriterien der "Initiative Transparente Zivilgesellschaft" <i>Oliver Grubert, Matthias Kasper, Daniel Priller</i>
